

Bachelorthesis

Abschlussarbeit zur Erlangung des Bachelorgrades “Bachelor of Arts“

an der Hochschule Aalen, Fakultät Wirtschaftswissenschaften

Studiengang Internationale Betriebswirtschaft



Die Rolle des Internationalen Währungsfonds in der Finanzkrise



Vorgelegt von: Maila Heck

Matrikelnummer: 29579

Semester: SS 2013

Erstbetreuer: Herr Prof. Dr. Reinhard Heyd

Zweitbetreuer: Herr Prof. Dr. Robert Rieg

Ausgabetermin: 02.04.2013

Abgabetermin: 02.08.2013

Inhaltsangabe

Die Weltwirtschaft und ihre einzelnen Komponenten sind durch gewisse Ereignisse verwundbar und bedürfen deshalb ökonomischer Betrachtung und den jeweiligen Situationen angepassten Handlungen. Krisen müssen verhindert oder bewältigt werden, um ein starkes Immunsystem zu erlangen und entstandene Schäden zu korrigieren. Gesteuert wird die Wirtschaft durch verschiedene Sektoren wie Handel, Sozialwirtschaft, öffentliche Haushalte oder Kreditinstitute. Unterstützend existieren internationale und nationale Organisationen, die meistens beobachten, analysieren und kontrollieren. Im Bereich der internationalen Währungs- und Geldpolitik agiert unter anderem der **Internationale Währungsfonds**. Ausgehend von theoretisch orientierten Abschnitten zur Organisation und Funktion des IWF und der Erläuterung der **Finanzkrise ab 2007**, wird sich diese Arbeit mit der Rolle des Internationalen Währungsfonds in der heutigen Finanzkrise beschäftigen. Durch eine nähere Betrachtung des aktuellen Beispiels der **Staatshaushaltskrise in Griechenland** und eine darauf bezogene Analyse der Handlungen des IWF sollen die Charakteristika dieser Organisation ersichtlich werden. Es kommt häufig vor, dass er aufgrund seines teilweise aggressiven Eingreifens in die Wirtschaft eines seiner Mitgliedsländer **Kritik** unterzogen wird. Seine Vorgehensweise wird in der Öffentlichkeit oft in Frage gestellt, vor allem ihre Wirksamkeit. Ob diese Auffassung gerechtfertigt ist oder ob der Internationale Währungsfonds mit seinen strengen Methoden die **Wirtschaft stärken** kann, wird ebenso Bestandteil der vorliegenden Arbeit sein.

Gleich zu Beginn wird deutlich gemacht, dass eine Haupttätigkeit des IWF die Kreditvergabe ist und im Gegenzug bestimmte Maßnahmen erwartet werden. Die Arbeit wird in der Erkenntnis münden, dass seine Vorgehensweise zwar aggressiv aber effektiv ist, und dass die Einflussfähigkeit des IWF in der Finanzkrise auch ihre Grenzen hat. Es wird erkenntlich, dass er eine wichtige Rolle spielt und auch in Zukunft spielen wird. Allerdings agiert er in Finanzkrisen größtenteils beobachtend und beratend; Entscheidungen trifft er erst, wenn er durch einen Mitgliedsstaat zur Hilfe aufgefordert wird und dadurch aktiv in die jeweilige Wirtschaft eingreifen kann.

Abstract

The global economy with all its components is vulnerable and requires economic observation and coordinated operations. Crises need to be prevented or overcome to acquire a strong immune system as well as to repair existing harm and an eventual recession. The economy is headed by several divisions such as trade, social economy, government budget or financial institutions. International and national organizations which mainly observe, monitor and analyze the circumstances, exist as a supportive element. Among similar institutions the **International Monetary Fund** operates in the field of international monetary policy. Based on theoretical considerations of the arrangement and function of the IMF and an illustration of the **financial crisis of 2007**, this paper will expose with the role of the IMF in this present crisis. Its characteristics should turn evident by means of a closer consideration of the current example of the **Greek government-debt crisis** and in relation to this an analysis of the operations realized by the IMF. It is typical of the IMF that it is fiercely **criticized** for its particularly assertive interventions into the economies of its member states. Its methods are often queried by the public, foremost the efficiency of them. Whether this criticism is justified or whether the IMF achieves a **strengthening of economies** with the aid of its strict measures is also addressed in this paper.

At the beginning it will be revealed that providing credits and demanding certain measures to be taken in return are the main activities of the IMF. This paper will lead to the recognition that the IMF's approach is indeed assertive but effective and that its role in the financial crisis is limited. It operates mostly in an observing and consulting way. Decisions are not made before a member state asks for help and therefore to intervene and influence economies.

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	1
2. Der Internationale Währungsfonds	2
2.1 Charakterisierung und Entstehung	2
2.2 Die Organisation im IWF	4
2.3 Das Paritäten-System und die Sonderziehungsrechte	7
2.4 Die Geschichte der Goldreserven im IWF	10
2.5 Die Mittel des Internationalen Währungsfonds	10
3. Das Mandat und die Funktionen des IWF	13
4. Abgrenzung des IWF zu vergleichbaren Organisationen	14
4.1 Die Weltbankgruppe und das Bretton Woods System	15
4.2 Die Welthandelsorganisation (WTO)	17
4.3 Die Europäische Zentralbank (EZB)	18
4.4 Die Europäische Kommission	20
5. Die finanziellen Hilfen des IWF	21
5.1 Kreditfazilitäten für Entwicklungsländer	22
5.1.1 Standby Credit Facility (SCF)	22
5.1.2 Extended Credit Facility (ECF)	23
5.1.3 Rapid Credit Facility (RCF)	24
5.2 Kreditfazilitäten für Industrieländer	25
5.2.1 Stand-By Arrangement (SBA)	25
5.2.2 Flexible Credit Line (FCL)	27
5.2.3 Precautionary and Liquidity Line (PLL)	28
6. Die Finanzkrise	29
6.1 Der Zusammenbruch des Finanzsystems und dessen Folgen insbesondere in Deutschland	32
6.2 Die Zentralbanken-Krisenmaßnahmen	35
6.3 Die Troika: IWF, EZB und EU-Kommission	36
6.4 Die Vorhersage der Finanzkrise durch den IWF	37
7. Die Staatshaushaltskrise in Griechenland und die Asienkrise	38
7.1 Staatshaushaltskrise in Griechenland	38
7.2 Das Auftreten und Handeln des IWF mit Bezug auf die Asienkrise	44

8. Eine Analyse der Rolle des IWF in der Finanzkrise am Beispiel Griechenlands	46
8.1 Das erste Rettungspaket, das Sparprogramm und die Prognose	47
8.2 Das zweite Rettungspaket.....	51
8.3 Der Schuldenschnitt.....	54
8.4 Eine Analyse der Wirksamkeit der Maßnahmen anhand von Kennzahlen Griechenlands.....	56
9. Fazit.....	58
Anhang.....	V
Literaturverzeichnis	IX
Ehrenwörtliche Erklärung.....	XXI

Abkürzungsverzeichnis

AKV	= Allgemeine Kreditvereinbarungen
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
ECF	= Extended Credit Facility
EZB	= Europäische Zentralbank
FCL	= Flexible Credit Line
HAPA	= High Access Precautionary Arrangement
IBRD	= International Bank for Reconstruction and Development
ICSID	= International Centre for Settlement of Investment Disputes
IDA	= International Development Association
IFC	= International Finance Corporation
IMF	= International Monetary Fond
IMFC	= International Monetary and Financial Committee
IWF	= Internationaler Währungsfonds
LIC	= Lower-Income Countries
MIGA	= Multilateral Investment Guarantee Agency
NKV	= Neue Kreditvereinbarungen
PLL	= Precautionary and Liquidity Line
PRGT	= Poverty Reduction and Growth Trust
RCF	= Rapid Credit Facility
SBA	= Stand-By Arrangements
SCF	= Standby Credit Facility
SNB	= Schweizerische Nationalbank
SZR	= Sonderziehungsrechte
WEO	= World Economic Outlook
WTO	= World Trade Organization

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Exekutivdirektoren aus den 5 Staaten mit dem größten Quotenanteil...	5
Abbildung 2: Organigramm der Organe des IWF	6
Abbildung 3: Der Währungskorb des IWF zum 3. Mai 2013	9
Abbildung 4: Die EZB Leitzinsentwicklung seit 1999	19
Abbildung 5: Griechenlands Verschuldung von 2003-2013.....	39
Abbildung 6: Die Arbeitslosenquote in Griechenland von 2003-2013	50

1. Einleitung

Der Internationale Währungsfonds stellt als internationale Organisation im Bereich der währungspolitischen Zusammenarbeit ein bedeutendes Element bei der Bewältigung von Währungskrisen dar. Ursprünglich wurde die Organisation mit dem Ziel ins Leben gerufen, in währungspolitischen Fragen zu beraten und die Stabilität im Bereich der Finanzwirtschaft und Währungspolitik auf internationaler Ebene zu unterstützen. Mit der Zeit verlagerten sich die Aktivitäten des IWF auf eine breitere Ebene und er setzte sich nicht nur mit der internationalen Währungspolitik auseinander, sondern griff bei zahlreichen Wirtschaftskrisen durch finanzielle Hilfspakete und damit verbundenen Stabilitätsauflagen ein. Die Rolle des IWF in Krisen wie der heutigen ist umstritten und es wird häufig in Frage gestellt, inwieweit die Handlungen des IWF im Rahmen seiner Kapazitäten liegen und ob die realisierten Interventionen konstruktive Auswirkungen hatten und haben.

Dieser Frage wird sich die nachfolgende Arbeit beginnend mit einer Charakterisierung und Erläuterung diverser Fakten zum IWF stellen. Um eine Basis mit den erforderlichen Informationen bezüglich der Aufgabenbereiche und Organisation des IWF zu liefern, werden diese in Kapitel 2 und 3 ausführlich erläutert. Anschließend wird in Kapitel 4 auf ausgewählte vergleichbare internationale Organisationen eingegangen, um die Abgrenzung der einzelnen Tätigkeiten zu verdeutlichen und somit den funktionalen Bereich des IWF hervorzuheben. Das wichtigste Instrument des IWF um in Krisensituationen zu agieren ist die Kreditvergabe. In Kapitel 5 wird hierzu eine Differenzierung und ausführliche Erläuterung zwischen den Kreditfazilitäten für Entwicklungs- und Industrieländer vollzogen, um einen detaillierten Eindruck der finanziellen Hilfen zu erhalten. Damit eine Organisation wie der IWF vorbeugend reagieren kann und nicht erst nach einem Krisenausbruch, sind gewisse Beobachterfunktionen von Nöten. Außerdem ermöglicht eine umfassende Beobachterrolle, exakter zu agieren und Maßnahmen auf die jeweiligen wirtschaftlichen Situationen anzupassen. Da in dieser Arbeit die Rolle des IWF in der Finanzkrise analysiert und dargestellt werden soll, wird sich Kapitel 6 mit der Finanzkrise ab 2007, von ihrem Ausbruch über ihre Entwicklung bis zu den daraus resultierenden Folgen auseinandersetzen. In den bisherigen Kapiteln wurden die nötigen Informationen über den IWF und die Finanzkrise zusammengetragen, um diese nun zu der

eigentlichen Fragestellung nach der Rolle des IWF in der Finanzkrise zusammenzuführen.

Ausgehend von dieser Fragestellung soll das konkrete Vorgehen des IWF am Beispiel Griechenland in Kapitel 7 erläutert und ebenso kritisch analysiert werden. Es soll untersucht werden, ob der IWF eine Rolle gespielt hat und in welchem Umfang er seine Rolle realisiert hat. Hier wird eine der wichtigsten Handlungen erläutert und einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Erläuterung der Finanzkrise und das konkrete Beispiel einer Staatshaushaltskrise sollen gemeinsam dazu beitragen, den Umfang der Aktivitäten des IWF hervorzuheben und zu differenzieren.

2. Der Internationale Währungsfonds

2.1 Charakterisierung und Entstehung

Der Internationale Währungsfonds ist eine internationale Organisation und hat das Ziel, das währungspolitische und wirtschaftliche Zusammenspiel des Welthandels zu optimieren, zu fundieren und zu stabilisieren. Mit der Mitgliedschaft im IWF versichern die einzelnen Staaten, dass sie maßgeblich zu der Förderung der Währungspolitik beitragen und sich durch Subventionen gemeinschaftlich unterstützen in Währungs- Finanz- und Schuldenkrisen.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington D.C. und zählt 188 Staaten zu seinen Mitgliedern, somit fast alle Staaten der Welt. Jedes Mitglied wird durch einen so genannten Gouverneur bei Entscheidungen betreffend neuer Mitglieder, der Aufteilung der Quoten der Mitglieder oder der Sonderziehungsrechte (kurz: SZR) im IWF vertreten. Insgesamt beträgt die Summe aller SZR 238.118 Mio. Die USA halten mit 42.122,4 Mio. SZR (17,69 %) den größten Anteil, gefolgt von Japan mit 15.628,5 Mio. (6,56 %) und Deutschland mit 14.565,5 Mio. (6,12 %).¹

Der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt veranlasste im Juli 1944 eine internationale Finanzkonferenz in den USA in Bretton Woods, zu der er 45 Nationen zur Teilnahme bat. Die Konferenz verfolgte konkret die Absicht, Maßnahmen und Ideen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzwelt

¹ Vgl. IMF (Quotas, 2013): IMF Member's Quotas and Voting Power.
<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>, 16.05.2013.

zu erarbeiten, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu hemmen, zu bekämpfen und zu überstehen und vor allem um einer erneuten derartigen Krise entgegenzuwirken. Diese Entscheidung basierte auf mehreren Erkenntnissen zur Ursache der Weltwirtschaftskrise. Dazu gehörte, dass Wechselkurse nicht nur auf nationalen Interessen beruhen dürfen, sondern stets die internationalen Handelsgeschäfte berücksichtigt werden müssen und nicht benachteiligt werden dürfen.² Genau das Gegenteil wurde mit dem sogenannten Abwertungswettlauf in den 30er Jahren verursacht. Vorreiter war Großbritannien, als es sich 1931 aufgrund von Zahlungsunfähigkeit durch die Krise von dem bis dato stabilen Goldstandard entfernte. Diesem Beispiel folgten 25 weitere Länder. Die restlichen Länder, die sich nicht anschlossen sahen sich gezwungen, Zollschränken zu errichten um wiederum ihre eigene Wirtschaft nicht durch billige Importe zu gefährden. Kein gemeinschaftliches Denken und Handeln war vorhanden.³ Mit dem Ziel, die Importkosten zu erhöhen, die Exportkosten zu senken und sich somit eine wettbewerbsfähige Marktposition zu sichern sowie die nationale Wirtschaft anzukurbeln, werteten Länder ihre Währung durch die Abwendung vom Goldstandard gezielt ab.⁴ Dieser Abwertungswettlauf und die daraus resultierenden Folgen werden oftmals als Hauptursache für den Zusammenbruch des Welthandels genannt. Eine weitere Erkenntnis war, dass durch feste Wechselkurse auf internationaler Ebene kein stabiles Währungssystem erschaffen werden kann und gegenläufig dazu, eine innovative Strategie für Wechselkurse geschaffen werden muss.² Daraus resultierte der Beschluss über die Gründung zweier Institutionen: des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Der IWF wurde mit dem Ziel gegründet, das internationale Währungssystem zu überwachen, indem er stabile Wechselkurse sichert, während die Weltbank die Förderung des Wirtschaftswachstums und seine Entwicklung zur Aufgabe hat.

Durch den Beitritt zum IWF garantieren die einzelnen Staaten, dass all ihre international ausgerichteten Handlungen sowie ihre Wechselkurse mit den anderen Mitgliedstaaten und deren Wirtschaft vereinbar sind. Keine Handlung eines Mitgliedsstaates soll sich negativ auf einen anderen Mitgliedsstaat

² Vgl. Stormy Mildner (Bretton Woods, 2013): Die Geschichte von Bretton Woods. <http://www.omnia-verlag.de/weltimwandel/php/start.php?flag=popup&id=1628&bc=-1606-1619-1628>, 10.05.2013.

³ Vgl. Clemens Schömann-Finck (Währungsabwertung, 2013): Die Industriestaaten rüsten sich zum Währungskrieg. http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/tid-29152/geldflut-der-notenbanken-die-industriestaaten-ruersten-sich-zum-waehrungskrieg_aid_903324.html, 04.05.2013.

⁴ Vgl. Freistein/Leininger, Handbuch internationale Organisationen, 2012, S. 146.

auswirken. Diese Erkenntnis wurde aus der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gewonnen, da unter anderem das außenwirtschaftliche Handeln der Nationen rein auf ihren eigenen Vorteil gerichtet war und kaum internationales Denken vorhanden war. Dieser Tatsache wird eine große Schuld an der Krise zu Lasten gelegt.⁵

2.2 Die Organisation im IWF

Der IWF besteht aus vier Organen, dem Gouverneursrat, der Geschäftsführung, dem geschäftsführenden Direktor sowie verschiedenen Ausschüssen. Die oberste Direktion des IWF obliegt dem Gouverneursrat. Jedes Mitgliedsland wird von einem Gouverneur vertreten, welcher meist der Präsident der jeweiligen Zentralbank oder der Finanzminister des Landes ist. Unterjährig berät sich der Gouverneursrat schriftlich und trifft sich zudem einmal im Jahr auf einer Versammlung, um seine Verantwortlichkeiten zu erörtern und zu redigieren. Der Gouverneursrat hat die Pflicht, folgende Angelegenheiten zu erörtern: die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, die Quotenverteilung sowie entsprechende Änderungen und etwaige Neuzuteilungen der Sonderziehungsrechte⁶

Die Geschäftsführung wird vom Exekutivdirektorium betrieben, welches alle übertragbaren Befugnisse vom Gouverneursrat erhalten hat.⁶ Das Exekutivdirektorium besteht aus 24 Mitgliedern, von denen fünf aus den Ländern mit den größten Quoten ernannt werden: folglich sind das die USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien.⁷ In Abbildung 1 werden die fünf Exekutivdirektoren mit der jeweiligen Quotenverteilung dargestellt. Die restlichen 19 Mitglieder werden in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren durch ein Wahlverfahren von den übrigen Mitgliedsstaaten gewählt, vertreten durch ihren jeweiligen Gouverneur. Dazu vereinigen sich die übrigen 183 zu regionalen Gruppen, innerhalb derer die Gouverneure einen Vorsitzenden wählen. Dies kann so gedeutet werden, dass alle in der Gruppe befindlichen Länder durch die Einigung auf einen Vorsitzenden im Exekutivdirektorium vertreten sind.⁸

⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.14.

⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.18 f.

⁷ Vgl. IMF (Executive Directors, 2013): IMF Executive Directors and Voting Power. <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/eds.aspx>, 14.05.2013.

⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.19.

Direktor /Stellvertreter	Stimmenabgabe	Wählerstimmen	Quote
Meg Lundsager <i>nicht besetzt</i>	USA	421.961	17,69%
Daikichi Momma <i>Tomoyuki Shimoda</i>	Japan	157.022	6,56%
Hubert Temmeyer <i>Steffen Meyer</i>	Deutschland	146.392	6,12%
Herve M. Jodon de Villeroche <i>Gabriel Cumenge</i>	Frankreich	108.122	4,51%
Steve Field <i>Christopher Yeates</i>	Großbritannien	108.122	4,51%

Abbildung 1: Die Exekutivdirektoren aus den 5 Staaten mit dem größten Quotenanteil⁹

Zu der Geschäftsführung zählt neben dem Exekutivdirektorium der geschäftsführende Direktor. Dieser wird in einem Abstand von fünf Jahren vom Exekutivdirektorium gewählt und übernimmt die Rolle des Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums sowie aller Mitarbeiter weltweit. Traditionsgemäß wird dieses Amt von einem Europäer ausgeführt, während die stellvertretende Position von einem Amerikaner besetzt wird. Bis 1994 wurde eine Stellvertretung für den geschäftsführenden Direktor gewählt, im Jahre 1994 wurde die Anzahl auf drei Stellvertreter erhöht und im Jahre 2002 noch einmal um einen Weiteren auf vier Stellvertreter, um einen regionalen Ausgleich zu garantieren.¹⁰ Seit Juli 2011 führt Christine Lagarde den IWF als erste Frau an der Spitze der Organisation - zuvor übte sie das Amt der Finanzministerin in Frankreich aus. Als ihren ersten Stellvertreter ernannte sie im September 2011 den Amerikaner David Lipton, den früheren Wirtschaftsberater des US-Präsidenten Barack Obama. Somit wurde die Tradition eines europäischen Direktors und amerikanischen ersten Stellvertreters fortgeführt. Mit der Wahl des Chinesen Min Zhu als weiteren Stellvertreter machte Christine Lagarde deutlich, dass aufstrebende Industrieländer künftig stärker vertreten sein sollen. Bevor Min Zhu im Juli 2011 diese Position antrat, war er als Vize-Gouverneur der chinesischen Zentralbank tätig. Der frühere japanische stellvertretende Finanzminister Naoyuki Shinohara sowie die aus Ägypten stammende Nemat Shafik wurden im März 2010 und im April 2011

⁹ Vgl. IMF (Executive Directors, 2013): <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/eds.aspx>. IMF Executive Directors and Voting Power, 05.05.2013.

¹⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.17 f.

ebenfalls zur Stellvertretung berufen, allerdings noch unter der Leitung von Dominique Strauss-Kahn, Lagarde's Vorgänger.¹¹

Neben den Organen Gouverneursrat, Exekutivdirektorium und der geschäftsführenden Direktion kommen diverse Ausschüsse hinzu. Den wichtigsten Ausschuss bildet der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee, kurz: IMFC), welcher aus den selben 24 Mitgliedern wie das Exekutivdirektorium besteht. Der IMFC wurde 1974 als Beratungsausschuss ins Leben gerufen und fungiert als Beratungsmedium für den Gouverneursrat über Stand und Entwicklungen im internationalen Währungs- und Finanzsystem. Er soll dem Gouverneursrat eine zuverlässige und umfangreiche Basis bieten, auf der er seine Entscheidungen aufbauen kann. Der IMFC selbst hat keine Entscheidungsbefugnisse. Er beobachtet die Bonität auf internationaler Ebene und den Ressourcentransfer zu Entwicklungsländern und setzt sich mit aktuellen Ereignissen, die die Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems gefährden könnten, auseinander.¹² In Abbildung 2 sind die vier genannten Organe grafisch dargestellt.

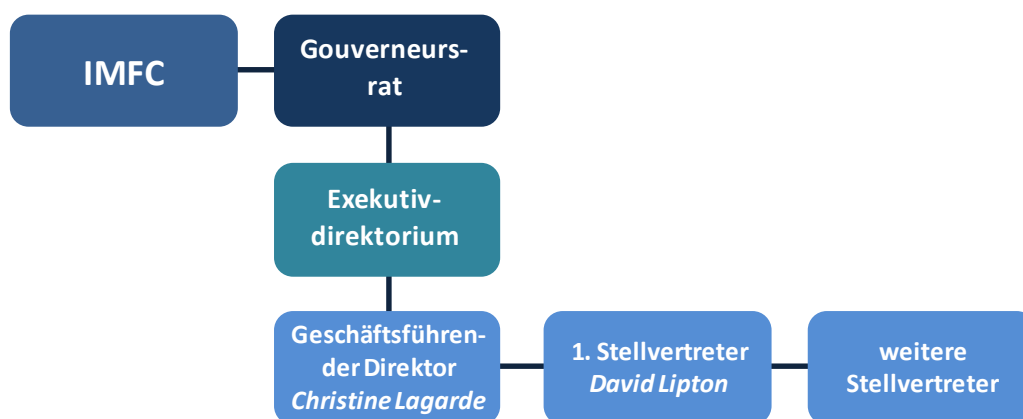


Abbildung 2: Organigramm der Organe des IWF¹³

¹¹ Vgl. IMF (Management, 2013): Management. <http://www.imf.org/external/about/mgmt.htm>, 14.05.2013.

¹² Vgl. IMF (Committees, 2013): A Guide to Committees, Groups, and Clubs. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/groups.htm>, 15.05.2013.

¹³ Vgl. Department of Finance Canada (Membership, 2009): Membership and Governance Structure. http://www.fin.gc.ca/bretwood/images/bretwd08_01-eng.gif, 24.07.2013.

2.3 Das Paritäten-System und die Sonderziehungsrechte

Als internationale Einrichtung zur Währungssicherung benötigt der IWF eine Währungsordnung. Diese wurde bei der Gründung der Organisation als Paritäten-System im ersten Übereinkommen im Jahre 1944 festgesetzt.¹⁴ Es ist auch als Bretton-Woods-System bekannt. Jede Währung, die sich innerhalb des IWF befand, das heißt die Währung eines jeden Mitgliedslandes, war an den Dollar geknüpft. Für jede einzelne Währung wurde eine Parität gegenüber dem Dollar festgelegt, der Dollar wiederum war an Gold geknüpft. Somit war Gold die wichtigste Währungsreserve des IWF. Im Falle von Zahlungsbilanzdefiziten gewährte der IWF seinen Mitgliedsländern Hilfe durch die Konvertierung ihrer Währung gegen Gold über den Dollar. Der IWF ließ sich im Gegenzug von den nationalen Zentralbanken versichern, dass sie im Falle von Abweichungen der Wechselkurse gegenüber dem Dollar von mehr als 1% in beide Richtungen durch gezieltes Eingreifen am Devisenmarkt mit den erforderlichen Maßnahmen eine Stabilität der Kurse erlangen würden. Maximale Abweichung ist die Toleranzgrenze von 1%.¹⁵ Der Dollar als Währung der Vereinigten Staaten begünstigte die USA, sie konnten ihre Wechselkurse bestimmen und eigenständig variieren. Die übrigen Mitgliedsländer mussten sich dem beugen und sich an die Toleranzgrenze halten. Sie hatten somit keinerlei Einfluss auf die Wechselkurse.¹⁶ Darüber hinaus verbreitete sich mehr und mehr die Befürchtung, dass im Falle von finanziellen Schwierigkeiten in den USA nicht mehr ausreichend Dollar im Umlauf sein könnten. Folglich würde das System nicht länger funktionieren, da die USA keine Kreditgewährung leisten könnten. In einer ersten Änderung des Übereinkommens wurde ein neues Reservemedium geschaffen: das Sonderziehungsrecht. Der befürchtete Dollarmangel trat jedoch nicht ein, es ergab sich folgendes gegenläufiges Schaubild: Die Dollarreserven stiegen in Relation zu den Goldreserven übermäßig an. Es wäre demnach im Falle von Zahlungsbilanzdefiziten in hohem Maße nicht möglich gewesen, genügend Gold auszugeben und es kristallisierte sich Misstrauen heraus.¹⁷

Die SZR wurden 1969 eingeführt und sollten als neues Reservemedium fungieren. Diese Entscheidung folgte aus der Angst heraus, dass die bis dato hauptsächlich

¹⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.14.

¹⁵ Vgl. Freistein/Leininger, Handbuch internationale Organisationen, 2012, S. 145.

¹⁶ Vgl. Wimmer/Müller, Wirtschaftsrecht, 2007, S. 45.

¹⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.15.

Reservemedien, das Gold und der Dollar, irgendwann aufgebraucht sein könnten und nicht ausreichende Finanzierungsmittel vorhanden sein würden. Daher sollten Maßnahmen ergriffen werden, um auf dieses mögliche Szenario vorbereitet zu sein. Somit wurde 1969 die erste Änderung des IWF-Übereinkommens von 1944 realisiert und das bestehende internationale Währungssystem der Paritäten von dem Sonderziehungsrecht abgelöst.¹⁷

Das SZR dient als internationales Reservemedium und Rechnungseinheit des IWF. Es soll als eine Art Ersatzwährung fungieren, um gegen eine Knappheit des Dollars gewappnet zu sein, sollten sich oben erwähnte Befürchtungen jemals verwirklichen. Staaten mit expandierendem Export vergrößern ihre Dollarreserven, es gibt jedoch auch geringer exportstarke Staaten, die somit auch keine Dollarreserven stärken. Sollte es demnach dazu kommen, dass durch eine weltweite Rezession alle Staaten exportschwach werden, so könnten sich die Dollarreserven dem Ende neigen. Jedes Mitglied erhält Zuteilungen in Form von SZR, die Höhe der Zuteilungen sind allerdings an die Quoten der jeweiligen Länder gekoppelt, um unkontrollierte Finanzströme zu vermeiden. Da die Quoten durch die Einzahlungen der Mitglieder in den IWF bestimmt werden, ist es einem Land mit geringer Beteiligung nicht möglich unbegrenzt SZR zu besitzen und somit auch nicht unbegrenzt finanzielle Unterstützung anzufordern. Die USA besitzen durch ihren hohen bzw. den höchsten Anteil von 17,69 % aller Quoten 42.122,4 Mio. SZR. Im Vergleich dazu besitzt aber beispielsweise Tuvalu nur 0,001 % der Quoten und somit auch nur 1,8 Mio SZR. Somit haben die USA durch die 42.122,4 Mio. SZR ein größeres Reservemedium verfügbar, das sie in eine konvertierbare Währung eintauschen können, um sich aus Zahlungsschwierigkeiten zu befreien, als Tuvalu mit 1,8 Mio. SZR.¹⁸

Hat ein Mitgliedsstaat A des IWF mit Zahlungsbilanzdefiziten zu kämpfen, so kann er sich über den IWF bei einem liquiden Mitgliedsstaat Mittel beschaffen, indem er seine SZR gegen konvertierbare Währung eintauscht. Dazu stellt er einen Antrag beim IWF, welcher diesen prüft, bearbeitet und an einen liquiden Mitgliedsstaat B weiterleitet, sofern er den Antrag genehmigt hat. Das Mitglied A erhält nun vom Mitglied B im Tausch gegen SZR konvertierbare Währung, um seine Zahlungsschwierigkeiten zu überbrücken und in einen Ausgleich zu bringen. Somit stellt der IWF ein Medium zwischen den Mitgliedsstaaten dar, gewährt

¹⁸ Vgl. IMF (Member's Quotas, 2013): <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>. IMF 05.05.2013.

gegenseitige Unterstützung und kommt vor allem seinem Ziel näher, die internationalen Handelsgeschäfte in einem gemeinschaftlichen Prozess zu fördern.¹⁹

Der Wechselkurs der SZR setzt sich aus einem Währungskorb zusammen, in dem die international stärksten Währungen enthalten sind. Ein Währungskorb bildet die Basis für die Berechnung von Kunstwährungen. Im Währungskorb des IWF sind der US-Dollar, der Euro, der japanische Yen und das britische Pfund enthalten. Die Umrechnungsbasis bildet der US-Dollar.²⁰ Zum 3. Mai 2013 stellte sich der Währungskorb wie folgt dar:

Währung	Währungsbetrag	Wechselkurs ¹	US-Dollar äquivalent
Euro	0,4230	1,31190	0,554934
Yen	12,1000	98,10000	0,123344
Pfund	0,1110	1,55550	0,172661
Dollar	0,6600	1,00000	0,660000
Σ			1,510939
1 US \$ = SZR			0,66184²
1 SZR = US \$			1,51094³

¹ Der Wechselkurs des japanische Yens wird in Yen je US-Dollar ausgedrückt, alle anderen Wechselkurse in US Dollar je Währung

² Die IWF Regel O-2(a) definiert den Wechselkurs des US-Dollars zu SZR als Summe der Werte der vier Währungen in US-Dollar. Die äquivalenten US-Dollar Werte werden jeweils durch die börsennotierten Kurse am Londoner Markt des jeweiligen Nachmittags festgelegt.

³ Die Umkehrsumme des Wertes eines US-Dollars in SZR auf 1 SZR in US-Dollar

Abbildung 3: Der Währungskorb des IWF zum 3. Mai 2013²¹

Durch die finanzielle Beteiligung am IWF und somit durch die Quote eines Staates ist das Anrecht auf SZR festgelegt. Hält ein Staat mehr oder weniger SZR als ihm zusteht, so wird die Differenz verzinst. Hält er mehr SZR, als ihm zusteht, was heißen würde, dass er einem anderen Mitgliedstaat bei seinen Zahlungsbilanzdefiziten ausgeholfen hat, indem er dessen SZR angenommen und umgetauscht hat, so erhält er Zinsen auf den Differenzbetrag. Im Umkehrschluss muss ein Staat mit weniger SZR als ihm zugeteilt wurden, der also finanzielle

¹⁹ Vgl. Martin Morcinek (Sonderziehung, 2011): Das Spiel mit der Sonderziehung. <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Das-Spiel-mit-der-Sonderziehung-article4705291.html>, 10.05.2013.

²⁰ Vgl. IMF (Special Drawing Rights, 2013): Basket of currencies determines the value of the SDR. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm>, 15.05.2013.

²¹ Vgl. IMF (SDR Valuation, 2013): SDR Valuation. http://www.imf.org/external/np/fin/data/rms_sdrv.aspx, 03.05.2013

Unterstützung von einem anderen Mitgliedstaat erhalten hat, Zinsen auf den Differenzbetrag erbringen. Der Zinssatz wird wöchentlich kalkuliert auf Basis des arithmetischen Mittels der Zinssätze, die für bestimmte kurzfristige Verbindlichkeiten innerhalb der im Währungskorb enthaltenen Länder gelten. Somit handelt es sich bei dem Zinssatz der SZR um einen hundertprozentig marktorientierten Zinssatz. Der Zinssatz ist also stabil, und im Vergleich zu Zinssätzen bei anderweitigen Kreditaufnahmen stellt sich die Inanspruchnahme der SZR als vorteilhaft heraus. In finanziellen Notlagen und Krisen steigen Darlehenszinsen in der Regel, der SZR-Zins aber bleibt aufgrund seiner Marktorientierung konstant.²²

2.4 Die Geschichte der Goldreserven im IWF

Ab dem Zeitpunkt seiner Gründung bis zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems hielt der IWF den größten Anteil seiner Reserven in Goldunzen. Doch auch nach der Einführung der SZR und Abschaffung des Paritätensystems blieb das Gold nicht bedeutungslos im IWF.²³ Im April 2008 wurde ein neues Einkommensregelwerk berufen, welches aus fünf Elementen bestand. Eines davon sollte durch den Verkauf von Goldunzen generiert werden und somit wurden im September 2009 nach erforderlicher 85-prozentiger Zustimmung des Exekutivdirektoriums 403,3 Tonnen bzw. 12,97 Mio. Unzen Gold verkauft.²⁴ Dies entsprach dem achten Teil der gesamten Goldreserven des IWF.²⁴

2.5 Die Mittel des Internationalen Währungsfonds

Die größte Quelle an Finanzierungsmitteln des IWF stellen die Subskriptionen, d.h. die Quotenzahlungen der Mitgliedsländer dar. Durch diese Beteiligungsleistung finanziert sich der IWF, wobei die Mitglieder im Gegenzug eine Kreditgewährleistung erhalten. Die Subskriptionen orientieren sich an der jeweiligen Position in der Weltwirtschaft und werden regelmäßig in einem

²² Vgl. Jasiczek, Sonderziehungsrechte und ihre zukünftige Bedeutung, 2009, S. 5.

²³ Vgl. IMF (Gold, 2013): Gold in the IMF. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/gold.htm>, 20.05.2013.

²⁴ Vgl. Maureen Burke (Income Model, 2008): IMF Income Model has five key elements. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/NUM040808A.htm>, 20.05.2013.

Abstand von fünf Jahren vom IWF überprüft, um Veränderungen in der Weltwirtschaftsordnung zu berücksichtigen.²⁵

Des Weiteren finanziert sich der IWF analog zu vergleichbaren Institutionen und analog zu Kreditinstituten auch durch Zinsen.²⁶

Sollte dem IWF das verfügbare Kapital durch die Subskriptionen nicht genügen um Kredite zu gewähren, so hat er die Möglichkeit, sich in Form von Krediten bei seinen Mitgliedern zusätzlich Mittel zu verschaffen. Dies ist ihm in Form von Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) und Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) möglich. Die AKV basieren auf einer Vereinbarung zwischen der so genannten Zehnergruppe und dem IWF aus dem Jahre 1962.²⁷ Die Zehnergruppe besteht aus elf Industriestaaten, zu denen die sieben führenden Industrieländer der G7, USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Italien zählen, sowie Belgien, Schweden, die Schweiz und die Niederlande. Dieses Organ wurde im Zusammenhang mit den AKV erschaffen.²⁸ Durch die Inanspruchnahme der AKV kann der IWF auf Basis von marktorientierten Zinssätzen Währungen in Form eines Kredits bei einem der Mitglieder der Zehnergruppe bzw. bei ihren Zentralbanken aufnehmen. 1962 verfügten die AKV über einen Betrag von 6 Mrd. SZR und wurden im Jahre 1983 auf 17 Mrd. SZR (entspricht nach Abbildung 3 25,68 Mrd. US-Dollar) aufgestockt. Der größte Anteil kommt von den USA mit 4,25 Mrd. SZR, gefolgt von Deutschland und Japan mit jeweils 2,38 und 2,125 Mrd. SZR. Zusätzlich hat sich Saudi Arabien mit einer Höhe von 1,5 Mrd. SZR mit einer den AKV assoziierten Vereinbarung beteiligt.²⁹ Ursprünglich war es dem IWF nur möglich die AKV in Anspruch zu nehmen, wenn dies für die Hilfeleistung an ein Mitglied der Zehnergruppe von Nöten war, seit 1983 ist dies jedoch unter festgelegten Bedingungen auch für Nicht-Mitglieder möglich. Ob die Mitglieder der Zehnergruppe dem IWF einen Kredit gewähren, obliegt ihrer freien Entscheidung. Bis dato wurden die AKV zehn Mal umgesetzt, zuletzt im Jahre

²⁵ Vgl. IMF (Kreditergabe, o.J.): Die Kreditvergabe des IWF. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/howlendd.htm>, 19.05.2013.

²⁶ Vgl. IMF (Where the IMF gets its money, 2013): Where the IMF gets its money. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/finfac.htm>, 20.05.2013.

²⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.22.

²⁸ Vgl. Bundesfinanzministerium (Zehnergruppe, 2007): Zehnergruppe(G10). http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Informelle_Gremien_der_Zusammenarbeit/g10-zehnergruppe-1783.html, 14.05.2013.

²⁹ Vgl. IMF (Borrowing Arrangements, 2013): IMF Standing Borrowing Arrangements. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/gabnab.htm>, 10.05.2013.

1998 mit einer Höhe von 6,3 Mrd. SZR aufgrund einer Finanzierungshilfe für das nicht zu der Zehnergruppe zugehörige Mitgliedsland Russland.³⁰

In den Jahren 1994 und 1995 befand sich Mexiko in einer schweren Krise, woraufhin der IWF mit einem finanziellen Hilfspaket von 17,76 Mrd. US-Dollar reagierte. Jedoch reichten dessen Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung nicht aus, woraufhin die USA 20 Mrd. US-Dollar und die BIZ sowie die Geschäftsbanken in Summe 13 Mrd. US-Dollar bereitstellten. Somit betrug die gesamte finanzielle Unterstützung für Mexiko um 50,74 Mrd. US-Dollar, wovon der IWF selbst nicht den größten Anteil beitragen konnte, wie man es von seiner Funktion her erwartet hätte.³¹ Um einem solchen Szenario in Zukunft vorbeugen zu können und zusätzlich zu den AKV genügend Mittel zur Verfügung zu haben, wurden die NKV von der Zehnergruppe und weiteren industriestarken Ländern im Jahre 1995 beschlossen. Am 27. Januar 1997 wurden die NKV vom Exekutivdirektorium verabschiedet und am 17. November 1998 aktiviert.³² Somit war neben den AKV eine zusätzliche Mittelquelle des IWF geschaffen worden. Mittlerweile sind 38 Staaten an den NKV beteiligt, mit einer Summe von 370 Mrd. SZR (entspricht nach Abbildung 3 559 Mrd. US-Dollar). Die größten Anteile kommen von den USA mit 69 Mrd. SZR, Japan mit 65 Mrd. SZR, China mit 31 Mrd. SZR und Deutschland mit 25 Mrd. SZR. Ein Kredit aus den NKV wird auf Anfrage des geschäftsführenden Direktors mit der Zustimmung jener Mitglieder des NKV, die in Summe mindestens 85 Prozent des Kreditrahmens repräsentieren, und der des Exekutivdirektoriums gewährt. Die NKV wurden bis dato vier Mal aktiviert.³¹

Wie bereits in Kapitel 2.4 erwähnt, wurde im April 2008 ein neues Einkommensregelwerk beschlossen, welches ein solides und nachhaltiges Fundament kreieren und die Kreditvergabefähigkeit des IWF stärken sollte. Das neue Einkommensregelwerk besteht aus fünf Elementen, wobei drei dieser Elemente von neuen Einkommensquellen rühren. Die zwei bereits bestehenden Elemente sind die erhaltenen Zinsen sowie das Investitionskonto, das 2006 mit einer Höhe von 6 Mrd. SZR analog zu den gegenwärtig gehaltenen Reserven eröffnet wurde.²⁴ Das dritte Element war der in 2.4 erwähnte Verkauf von 403,3

³⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.22 f.

³¹ Vgl. Wackerbeck, Der Internationale Währungsfonds als Akteur internationaler Währungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Asienkrise 1997/1998, 2004, S. 73-75.

³² Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.23.

Tonnen Gold in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wurden 212 Tonnen Gold nicht börsengehandelt verkauft, und in einem zweiten Schritt dann 191,3 Tonnen am Markt.²³ Das vierte und fünfte Element beinhaltete die Erweiterung der Investitionsmöglichkeiten und -Strategien des IWF sowie Kostendeckungsmaßnahmen der Vorzugskredite. Durch die fünf Einkommenselemente sollen nicht nur die Ausgaben gedeckt sondern vor allem die Reserven erhöht werden.²⁴

3. Das Mandat und die Funktionen des IWF

Am 22. Juli 1944 wurde mit der Gründung des IWF in Bretton Woods das Übereinkommen über den Internationalen Währungsfonds festgehalten. In Artikel I des Übereinkommens wird das auszuführende Mandat des IWF folgendermaßen definiert:

„Er soll die internationale währungspolitische Zusammenarbeit durch ein beständiges Organ, das sowohl Beratung als auch Zusammenarbeit bei währungspolitischen Problemen gewährt, fördern.“³³

Er soll ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels ermöglichen und dadurch zur Förderung und Erhaltung einer hohen Beschäftigungsquote und eines hohen Realeinkommens sowie zur Entwicklung der Produktionsmittel aller Mitglieder als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik beitragen.³³

Er soll die Stabilität der Währungen fördern sowie für geordnete Wechselkurse sorgen und somit auch gezielte Währungsabwertungen verhindern.³³

Er soll unterstützend agieren bei der Errichtung eines multilateralen Zahlungssystems für laufende Transaktionen zwischen Mitgliedern und bei der Beseitigung von Devisenverkehrsbeschränkungen, die das Wachstum des Welthandels hemmen.³³

Er soll das Vertrauen der Mitglieder erlangen, indem er ihnen vorübergehend seine allgemeinen Ressourcen zur angemessenen Absicherung zur Verfügung stellt, so dass sie die Möglichkeit haben ihre Zahlungsbilanzdefizite zu begleichen ohne Maßnahmen ergreifen zu müssen, die dem nationalen oder internationalen Wohlstand schaden.³³

Er soll die Dauer der Ungleichgewichte in der internationalen Zahlungsbilanz seiner Mitglieder verkürzen sowie die Höhe der Ungleichgewichte mindern.“³³

Um sein Mandat zu verwirklichen und seine darin festgehaltenen Ziele zu realisieren, verfolgt der IWF verschiedene Funktionen. Die Überwachung der wirtschaftlichen Regelwerke der einzelnen Mitgliedsländer stellt ein wichtiges Glied in der Kette dar. Mit dem Beitritt zum IWF erklären sich die Staaten dazu bereit, ihre wirtschaftlichen Strategien den Zielen des IWF anzupassen und zu vereinen. Das Übereinkommen befugt den IWF dazu, die Einhaltung dieses Grundsatzes zu beobachten und zu kontrollieren. Des Weiteren obliegt dem IWF die Angelegenheit der finanziellen Unterstützung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Um einem zahlungsunfähigen Staat aus der Krise zu helfen ist es dem IWF nach dem Übereinkommen gestattet, Kredite auszugeben und es dem jeweiligen Staat zu ermöglichen, erforderliche Maßnahmen anzuwenden sowie unkontrollierte Regulierungen zu vermeiden. In der Regel zieht ein Kredit des IWF ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm mit sich, um die Ungleichgewichte auszugleichen. Neben der Bereitstellung von Finanzierungen an seine Mitglieder übernimmt der IWF einen wichtigen Part bei der Mobilisierung der Fremdfinanzierung.³⁴

4. Abgrenzung des IWF zu vergleichbaren Organisationen

Neben dem IWF existieren zahlreiche weitere weltweite Organisationen in Währungspolitik und Wirtschaft. Um eine Abgrenzung dieser verschiedenen Institutionen zum IWF zu bekommen, werden im nachfolgenden Gliederungspunkt Vergleiche zu ausgewählten Institutionen herangezogen. Diese Vergleiche werden mit der Schwesternorganisation Weltbankgruppe, der Welthandelsgruppe (kurz: WTO), der Europäischen Zentralbank (kurz: EZB) sowie der EU-Kommission gezogen. Die beiden letzteren Organisationen werden insbesondere aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit dem IWF im Rahmen der Troika als Vergleich herangezogen.

³³ Vgl. IMF, International Monetary Fund Handbook, 2007, S.1. (Übersetzung: Maila Heck)

³⁴ Vgl. IMF, International Monetary Fund Handbook, 2007, S.1 f.

4.1 Die Weltbankgruppe und das Bretton Woods System

Wie bereits bekannt ist, wurde auf der Konferenz in Bretton Woods im Jahre 1944 nicht nur der IWF ins Leben gerufen, sondern auch eine Organisation namens Weltbankgruppe (kurz: Weltbank). In folgender Erörterung werden die Gemeinsamkeiten der zwei Schwesternorganisationen sowie Unterschiede bezüglich ihrer Ziele, Größe und Aufbau, Einnahmequellen und Empfänger dargestellt.

Neben der Tatsache, dass beide Organisationen ein Resultat der Konferenz in Bretton Woods sind, teilen sie noch weitere, wenn auch wenige Gemeinsamkeiten. Sowohl der IWF als auch die Weltbank werden von Vertretern ihrer Mitgliedsstaaten geführt. Fast alle Staaten der Welt zählen zu dem Mitgliedsstamm beider Organisationen.³⁵ Dem IWF gehören, wie bereits bekannt, 188 Staaten an. Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Unterorganisationen: die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (kurz: IBRD), die Internationale Entwicklungsorganisation (kurz: IDA), die internationale Finance-Corporation (kurz: IFC), die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (kurz: MIGA) sowie das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (kurz: ICSID). Außerdem muss ein Staat bereits Mitglied des IWF sein, um Mitglied der weiteren Unterorganisationen zu werden. Die IBRD zählt die meisten Mitglieder, und zwar mit 188 genauso viele wie der IWF.³⁶ Eine weitere Gemeinsamkeit stellt die Konzentration auf wirtschaftliche Aspekte sowie die Bestrebung der Expansion und Stärkung der Wirtschaft ihrer Mitgliedsländer dar. Beide Institutionen haben ihren Hauptsitz in den USA, in Washington, D.C.

Ogleich der IWF und die Weltbankgruppe sich auf den ersten Blick ähneln mögen und oftmals Unterschiede nicht explizit bekannt sind, unterscheiden sie sich bei genauerer Betrachtung in vielen Gesichtspunkten. Der fundamentalste Unterschied ist folgender: Der IWF verfolgt die Erhaltung und Beobachtung von geordneten Zahlungsströmen zwischen den Mitgliedsländern, die Weltbankgruppe ist vorrangig eine Entwicklungsorganisation. Die Weltbankgruppe konzentriert

³⁵ Vgl. David D. Driscoll (IMF and Worldbank, 1996): The IMF and the Worldbank - How do they differ. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/exrp/differ/differ.htm>, 27.05.2013.

³⁶ Vgl. The World Bank (Member Countries, 2013): Member Countries. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/0,,contentMDK:22427666~menuPK:8336899~pagePK:51123644~piPK:329829~theSitePK:29708,00.html>, 27.05.2013.

sich im Gegensatz zum IWF lediglich auf Entwicklungsländer und verfolgt somit das Ziel, den Armutsanteil der Weltbevölkerung zu reduzieren. Ihr Anliegen ist es, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wachstum in Entwicklungsländern zu fördern. Die Weltbankgruppe ist somit auch in erster Linie ein Kreditinstitut, der IWF hingegen fungiert vorrangig als Beobachter der Währungs- und Wechselkurspolitik seiner Mitglieder. Gemessen an der Größe und dem Aufbau der beiden Organisationen fallen weitere Unterschiede auf. Im Vergleich zum IWF mit rund 2300 Mitarbeitern und lediglich drei kleinen Niederlassungen in Paris, Genf und New York neben Ihrem Hauptsitz in Washington ist die Weltbankgruppe mit rund 7000 Mitarbeitern und einer Reihe von Niederlassungen wesentlich größer. Ein struktureller Unterschied besteht in den Unterorganisationen der Weltbankgruppe, die bereits erläutert wurden, wobei die IBRD und die IDA die beiden wichtigsten und größten darstellen. Des Weiteren besteht der Mitarbeiterstab des IWF größtenteils aus Ökonomen und Finanzexperten, die Weltbankgruppe hingegen beschäftigt einen breiten Stab aus verschiedenen Bereichen: Ökonomen, Ingenieure, Städteplaner, Landwirte, Statistiker, Anwälte, Portfolio Manager, Kreditberater, Gutachter sowie Experten in Bereichen der Telekommunikation, Wasserversorgung, Kanalisation, Bildung, Transportmittel, Energie, Landesentwicklung, Gesundheitswesen etc. Bereits ein Blick auf den Mitarbeiterstab des IWF und der Weltbankgruppe macht die unterschiedlichen rein wirtschaftlichen bzw. entwicklungsorientierten Ziele deutlich. Was die Rückzahlungsfrist betrifft, so erwartet der IWF eine maximale Rückzahlung binnen 10 Jahren, die Weltbankgruppe hingegen binnen 40 Jahren.³⁵ Diese Tatsache rührt daher, dass dem IWF die Mittel zeitnah wieder zur Verfügung stehen müssen, da dessen Kredite schließlich aus Währungsreserven bestehen und von den Mitgliedern kommen. Diese wollen selbstverständlich ausreichend Währungsreserven verfügbar wissen, sodass sie selbst die Möglichkeit eines sicheren Kredits wahrnehmen könnten.³⁷ Differenzieren lassen sich die Schwesternorganisationen auch anhand ihrer Einnahmequellen. Die Weltbank finanziert sich vorrangig aus Mittelaufnahmen auf den internationalen Finanzmärkten, der IWF hingegen aus den Zahlungen seiner Mitglieder.³⁵

Im Wesentlichen unterscheiden sich der IWF und die Weltbankgruppe also darin, dass der IWF primär als Beobachter der Währungspolitik seiner Mitglieder agiert

³⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.32.

und seine Mittel an all seine Mitglieder vergibt, während die Weltbankgruppe vorrangig als Kreditinstitut für Entwicklungsländer auftritt. Es wird somit deutlich, dass es der IWF ist, der die Kernfunktion der Kontrolle der Währungspolitik innehält und mit Hilfe seiner Beobachtungen seiner gesamten Mitglieder über die wirtschaftlichen und wechselkurspezifischen Aspekte der einzelnen Mitgliedstaaten unterrichtet, um das weltweite Zusammenspiel zu fördern und zu stärken. In der Rolle der Beobachtungsfunktion obliegt dem IWF die Verantwortung, die jeweiligen Lagen richtig einzuschätzen.

4.2 Die Welthandelsorganisation (WTO)

Die Welthandelsorganisation wurde im Jahre 1995 gegründet, hat ihren Hauptsitz in Genf in der Schweiz und zählt 159 Mitglieder. Sie ist ebenso wie der IWF eine internationale Organisation im Bereich der Wirtschaft. Allerdings setzt sich die WTO im Gegensatz zum IWF nicht mit währungs- oder finanzspezifischen Aspekten auseinander. Die WTO hat die Aufgabe, ein multilaterales Handelssystem zu schaffen, was bedeutet, dass jedes Land im Welthandel gleichberechtigt sein soll. Sie fungiert als Tribunal für Handelsabkommen, setzt sich mit Handelskonflikten auseinander, überwacht nationale Handelspolitiken, bietet technische Unterstützung für Entwicklungsländer und kooperiert mit anderen internationalen Organisationen. Die WTO hilft Handelsbarrieren zu beseitigen und den Zutritt zum internationalen Handel zu ebnen.³⁸ Die WTO arbeitet unter anderem mit dem IWF zusammen. Die Zusammenarbeit wird beispielsweise dadurch realisiert, dass die beiden Organisationen sich über bilaterale Geschehnisse informieren. Sie tauschen Beobachtungen aus und unterstützen somit eine gemeinschaftliche Förderung der Weltwirtschaft. Des Weiteren kooperieren WTO und IWF in Fällen von Protektionismus miteinander: Staaten mit Zahlungsbilanzdefiziten versuchen oftmals Handelsbarrieren aufzubauen, um den nationalen Handel zu schützen. Eine solche Handelsbarriere kann ein Mitglied der WTO jedoch nur dann mit der Begründung von Zahlungsbilanzdefiziten aufbauen, wenn der IWF die beschriebene finanzielle Notlage bestätigt und diese Maßnahmen für erforderlich befindet.³⁹ Auch wenn

³⁸ Vgl. WTO (Who we are, 2013): Understanding the WTO, who we are. http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/who_we_are_e.htm, 27.05.2013

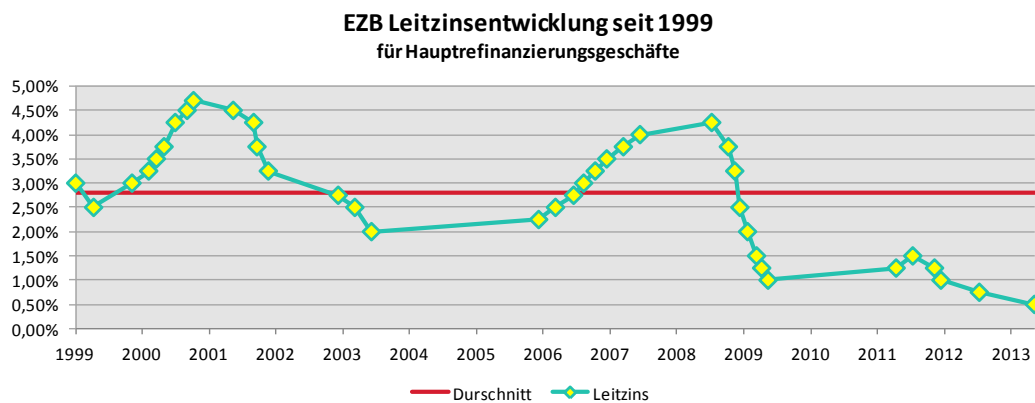
³⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.167.

sich also der IWF und die WTO mit unterschiedlichen Zielen konfrontiert sehen, münden ihre Ziele in einem gemeinschaftlichen: der Förderung und Stärkung der Weltwirtschaft.

4.3 Die Europäische Zentralbank (EZB)

Die EZB ist die Zentralbank für den gesamten Euroraum mit Sitz in Frankfurt. Eine Zentralbank ist stets für einen bestimmten Währungsraum zuständig und wird oftmals als die Bank der Banken dargestellt. Wie später in Kapitel 6 näher erläutert wird, vergeben Banken nicht nur an Privatpersonen oder Unternehmen Kredite, sondern auch an andere Banken. Kommt es zu einer Vertrauenskrise der Banken, wie es eben in jüngster Finanzkrise geschehen ist, so greifen die Banken auf die Hilfe ihrer Zentralbank zurück, denn eine Zentralbank ist eine Notenbank, d.h. sie steuert die Geldmenge und legt die Geldmengenpolitik fest. Somit ist es ihr unbegrenzt möglich, Kredite auszugeben. Des Weiteren ist die Zentralbank für die Währungspolitik zuständig, sie hält alle Währungsreserven. Durch geldpolitische Maßnahmen wie die Senkung oder Steigung der Leitzinsen kann die Zentralbank Einfluss auf den Wirtschaftsverlauf nehmen und sich so in Krisenzeiten den gegebenen Situationen leicht anpassen. Die Leitzinsen wurden im Zuge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf einen Tiefststand von 0,5% gesenkt.⁴⁰ Bei ihrer Leitzinspolitik muss die EZB allerdings stets auf die Preisstabilität achten. Dies ist für den internationalen Handel äußerst wichtig, da bei zu hohen Preisschwankungen im Verhältnis zu anderen Währungen der Export leiden kann. Ein Leitzins legt den Zinssatz fest, zu welchem sich Geschäftsbanken Geld bei der Zentralbank leihen können. Zum Vergleich wird in Abbildung 4 der historische Verlauf der Leitzinsen der EZB seit 1999 dargestellt.

⁴⁰ Vgl. Focus Online Money (EZB Leitzins, 2013): EZB senkt Leitzins auf Rekordtief von 0,5 Prozent. http://www.focus.de/finanzen/news/erste-senkung-seit-zehn-monaten-ezb-senkt-leitzins-auf-rekordtief-von-0-5-prozent_aid_978293.html, 22.06.2013.

Abbildung 4: Die EZB Leitzinsentwicklung seit 1999⁴¹

Ab 2008 ist ein deutlicher Abschwung der Leitzinsen erkennbar. Durchschnittlich lag der Leitzins im gesamten dargestellten Zeitraum bei 2,79%. Gemeinsamkeiten des IWF und EZB finden sich in der währungsorientierten Aufgabenstellung wieder. Sowohl der Fonds als auch die Zentralbanken halten Währungsreserven ihrer Mitglieder. Des Weiteren tragen beide innerhalb der Troika dazu bei, finanziell schwache Eurostaaten mit Hilfspaketen zu versorgen, dazu in Kapitel 6.3 mehr. Organisatorisch sind sich IWF und EZB sehr ähnlich, da beide Organisationen in ihrem hierarchisch höchsten Organ Vertreter aller Mitglieder haben und somit die Mitglieder beider Organisationen maßgeblich an Entscheidungen beteiligt sind und Stimmrechte innehalten. Grundlegende Unterschiede finden sich in der Funktion wieder: Die EZB hat als Zentralbank Einfluss auf die Geldpolitik, der IWF hingegen nicht. Während dem IWF beinahe alle Staaten der Welt angehören und er somit eine höhere Informationsdichte mehrerer Staaten besitzt, ist die EZB als europäische Notenbank lediglich für den Euroraum zuständig. Letztendlich sorgt die EZB als Zentralbank für die Geld- und Währungsstabilität des Euroraumes, vergibt sowohl an Staaten als auch an Geschäftsbanken des Euroraumes Kredite und ist für die Emission von Banknoten bzw. für die Geldpolitik verantwortlich. Der IWF ist ebenfalls für die Währungspolitik seiner Mitglieder zuständig und vor allem dafür, dass das globale währungspolitische Zusammenspiel funktioniert. Sein verfügbares ausschüttbares Kreditvolumen ist allerdings im Gegensatz zur EZB nicht

⁴¹ Vgl. Statista (Zinssatz, 2013): Entwicklung des Zinssatzes der europäischen Zentralbank für das Hauptrefinanzierungsgeschäft in den Jahren 1999 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaef-seit-1999/>, 22.06.2013.

unbegrenzt, da er als internationale Organisation zur weltweiten währungspolitischen Zusammenarbeit keine Banknoten emittiert. Er erhält seine Zahlungskapazitäten weitestgehend von den Subskriptionszahlungen seiner Mitglieder und refinanziert somit seine finanziell schwachen Mitgliedsländer. Die EZB besteht seit 1998, der IWF seit 1944. Somit ist es sicherlich nicht zu bestreiten, dass der IWF in Schuldenkrisen eine längere und somit auch fundiertere Erfahrung vorweisen kann als die EZB. Des Weiteren besitzt der IWF ein breiteres Wissen über das globale wirtschaftliche und währungspolitische Zusammenspiel und kann somit bei Hilfspaketen Folgen auf die Außenwirtschaft eines Staates präziser vorhersehen. In einem Zusammenschluss wie der Troika zur Bekämpfung der Schuldenkrisen bilden beide Parteien gemeinsam mit der EU-Kommission ein solides Kontrollgremium für den Euroraum.

4.4 Die Europäische Kommission

Die EU-Kommission ist das exekutive Organ der europäischen Union und somit Beobachter und Kontrollgremium der EU-Länder. Die EU-Kommission prüft beispielsweise, ob die EU-Länder ihren vertraglichen Pflichten wie dem Stabilitätspakt nachkommen. Ist eine Abweichung in Richtung der im Stabilitätspakt festgehaltenen 3 Prozent des BIP erkennbar, so kann die EU-Kommission einen sogenannten Blauen Brief verhängen. Sollte die drei-Prozent-Grenze überschritten werden, so muss der betroffene Staat einen Stabilitätsplan vorlegen, in dem er beschreibt, wie er durch Maßnahmenpläne sein Haushaltsdefizit senken will. Anschließend können Sanktionen in Form von Geldstrafen folgen, die allerdings durch den Ministerrat genehmigt werden müssen. Ein entscheidender Unterschied im Vergleich zu EZB und IWF ist, dass zu den Hauptaufgaben der EU Kommission nicht in erster Linie Kreditvergaben und keine währungspolitischen Aspekte gehören. Die EU-Kommission selbst beschreibt ihre Tätigkeiten folgendermaßen: Sie legt Ziele und Prioritäten der EU fest, liefert dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat Gesetzesvorschläge, befasst sich mit der Maßnahmenverwaltung und -verfolgung für EU-Haushalte, arbeitet europäische Gesetze gemeinsam mit dem Europäischen

Gerichtshof aus und vertritt die EU in der Außenwirtschaft.⁴² Somit fungiert die EU-Kommission sozusagen als Regierung der EU, sie vertritt die Interessen der gesamten europäischen Union. Ebenso wie die EZB unterliegt die EU-Kommission als politische Institution politischen Restriktionen, während der IWF als volkswirtschaftliche Organisation objektiver bewerten kann. Diese Meinung vertritt ein Volkswirt der Commerzbank, Ulrich Leuchtmann: „Das andere ist: IWF ist halt politisch auch objektiver. Er ist weniger unter politischen Restriktionen, wie das die EU-Kommission ist. Und daher kann er eine objektivere Sichtweise einnehmen bei der Kontrolle von Hilfsprogrammen. Und das ist etwas, was diese Hilfsprogramme effektiver macht.“⁴³ Dass der IWF eine objektivere Sichtweise als die EZB und die EU-Kommission hat, bedeutet schlichtweg, dass er unabhängiger beurteilt. Die EU-Kommission als Vertreter der Interessen der EU und die EZB als Zentralbank des Euroraumes sind beeinflussbarer und weniger rational als der IWF.

5. Die finanziellen Hilfen des IWF

Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, haben die Mitgliedstaaten des IWF die Möglichkeit, sich im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite beim IWF geben zu lassen. Es kann sich dabei entweder um ein bereits bestehendes Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz handeln oder um ein drohendes, wenn es frühzeitig erkannt wird. Mit Hilfe der gewährten finanziellen Unterstützung soll es den jeweiligen Staaten ermöglicht werden, ein Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz zurückzuerlangen. Wenn sich Einnahmen und Ausgaben eines Staatshaushaltes im Gleichgewicht befinden und genügend Mittel zur Finanzierung von Importen oder Auslandsverschuldungen oder Ausgaben für Renten, Bildung, Infrastruktur etc. verfügbar sind, erwartet man ökonomisches Wachstum und gesunde Verhältnisse, die einen existierenden bzw. drohenden Staatsbankrott beseitigen. Möchte ein Staat einen Kredit des IWF in Anspruch nehmen, so verfügt der IWF über unterschiedliche Kreditfazilitäten. Dabei gibt es Kreditfazilitäten, die an Bedingungen geknüpft sind, die Struktur Anpassungen fordern. Aus Sicht des IWF ist es unter bestimmten Umständen nicht alleine durch

⁴² Vgl. Europäische Kommission (EU Kommission, 2013): Was tun wir?. http://ec.europa.eu/about/index_de.htm, 23.06.2013.

⁴³ Vgl. Deutschlandradio (Troika, 2013): Troika irgendwann nur noch Duo?.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wirtschaftundgesellschaft/2143812/>, 23.06.2013.

einen Ausgleich der Zahlungsbilanz möglich, einer Krise zu entkommen, sondern es gibt Staaten die Änderungen in ihrer Struktur vornehmen müssen. Die Kredite werden an wirtschaftliche Regelwerke und Maßnahmen geknüpft. Dieses Vorgehen wird jedoch meist bei Entwicklungsländern angewandt, wirtschaftlich starke Ländern benötigen vorwiegend eine einmalige Zahlungshilfe und werden daher keinen Anpassungsprogrammen unterworfen. Der IWF hat unterschiedliche Kreditlinien entworfen, wodurch alle denkbaren Situationen abgedeckt sein sollen.⁴⁴ In folgender Erläuterung werden die vorhandenen Kreditlinien hinsichtlich ihren Charakteristika näher ausgeführt.

5.1 Kreditfazilitäten für Entwicklungsländer

Der IWF vergibt so genannte Vorzugsdarlehen an Entwicklungsländer. Begründet durch die andauernde wirtschaftliche Krise legte er bis Ende 2014 eine Nullzinspolitik für diese Kredite fest. Die verschiedenen Kreditfazilitäten gliedern sich nach kurzfristigem und mittelfristigem Bedarf bzw. im Notstand befindlichen einkommensschwachen Ländern (Low-Income country, kurz: LIC).

5.1.1 Standby Credit Facility (SCF)

Hierbei handelt es sich um eine Kreditfazilität für einkommensschwache Länder (LIC), die lediglich kurzzeitig auf Unterstützung zum Zahlungsbilanzausgleich angewiesen sind. Die Länder, die diesen Kredit erhalten, befinden sich meist im Wirtschaftswachstum. Die SCF zeichnet sich durch hohe Zahlungen mit niedrig gehaltenen Zinssätzen aus. Sie kann nicht nur im Falle einer bereits existierenden Zahlungsbilanzschwierigkeit, sondern bereits im drohenden Falle ausgegeben werden bzw. sie wird in einem solchen vorsorglichen Falle nicht gleich ausgezahlt, sondern sozusagen reserviert. Der Schwerpunkt wird bei dieser Art von Darlehen auf die Armutsreduzierung und die Wachstumsziele gelegt. Die SCF wurden im Rahmen der Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität (Poverty reduction and growth trust, kurz: PRGT) erschaffen um eine breitere Auswahl an Kreditfazilitäten für eben solche Länder zur Verfügung zu haben und diese in Grade einteilen zu können. Es können sich kurz- oder langfristige

⁴⁴ Vgl. IMF (Lending, 2013): IMF Lending. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/howlend.htm>, 28.05.2013.

Zahlungsbilanzschwierigkeiten bilden, Anpassungsmaßnahmen können erforderlich sein oder nicht, ein Land kann sich trotz schwachen Einkommens im Aufschwung befinden bzw. es wird ein Wirtschaftswachstum erwartet. Das Empfängerland verpflichtet sich zu der Einhaltung bestimmter festgelegter Regelwerke, um eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit in besagtem Zeitraum zu garantieren. Diese Maßnahmen werden gemeinsam von IWF und dem betreffenden Land ausgearbeitet und in einer Absichtserklärung festgehalten. Ein SCF-Kredit hat eine Rückzahlungsfrist von 4 Jahren und eine Endfälligkeit von 8 Jahren, wobei er über eine Laufzeit von 12 bis 24 Monaten gewährt wird, da angenommen wird, dass ein Land, dem dieser Kredit gewährt wird nur kurzfristig auf Hilfe angewiesen sein wird und es innerhalb von zwei Jahren schafft, sich ins Gleichgewicht zurück zu bringen. In diesem Zeitraum werden die Auszahlungen fällig und die wirtschaftlichen Anpassungsprogramme realisiert. Der Zinssatz eines SCF liegt bei 1/4, allerdings gilt bis einschließlich 2014 eine vom IWF beschlossene Nullzinspolitik für Kredite an arme Länder, wozu der SCF-Kredit zählt.⁴⁵

5.1.2 Extended Credit Facility (ECF)

Diese Kreditfazilität ist im Gegensatz zu der SCF nicht für kurzfristige, sondern für langfristige Zahlungsbilanzschwierigkeiten der LIC gedacht. Sie wurde auch auf Basis der PRGT erschaffen und ermöglicht es den Ländern, mittelfristige Kredite bei bestehenden und zu wachsen drohenden Schwierigkeiten in der Außen- und Binnenwirtschaft zu bekommen. Die ECF bringt mehr Finanzierungsbedingungen mit sich als die SCF, aus dem einfachen Grund, dass ein Land, das einen ECF-Kredit erhält, längerfristig auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist und hier nicht von einer so rapiden und mehr oder minder selbstständigen Erholung ausgegangen wird. Analog zur SCF fördert der ECF-Kredit die wirtschaftlichen Strukturprogramme mit der Bestrebung, eine stabile und starke Wirtschaft zu erlangen sowie eine nachhaltige Armutsreduzierung zu erreichen. Zudem kann durch einen ECF-Kredit die ausländische Hilfe beschleunigt werden. Die Rückzahlungsfrist beträgt 5 Jahre, die Laufzeit der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme 3 bis 4 Jahre und die Endfälligkeit 10

⁴⁵ Vgl. IMF (SCF, 2013): IMF Standby Credit Facility. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/scf.htm>, 28.05.2013.

Jahre. Der Zinssatz beträgt bis Ende 2014 null Prozent, nach selbigem Entschluss wie für die SCF. Das Kreditvolumen ergibt sich aus der Quote der einzelnen Länder. Jährlich kann ein Land nicht mehr als 100 Prozent seiner Quote als Kredit erhalten, in Summe nicht mehr als 300 Prozent. In Ausnahmefällen kann diese Regel erhöht werden. Ein SCF- und ein ECF-Kredit unterscheiden sich charakterlich vor allem in ihren Rahmenbedingungen, die sich entsprechend den kurz- oder langfristigen Zahlungsbilanzdefiziten ergeben.⁴⁶

5.1.3 Rapid Credit Facility (RCF)

Diese Kreditfazilität wird im schwersten Falle ausgegeben. Für LIC wurden bis jetzt die SCF für kurzfristige sowie die ECF für länger- bzw. mittelfristige Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz erläutert. Im dritten Szenario befindet sich ein Land in schwerwiegenden zahlungsbilanziellen Schwierigkeiten. Auch diese Kreditfazilität wurde im Rahmen der PRGT erschaffen. Im Falle eines solchen Kredites fungiert der IWF als Notstandshilfe. Er charakterisiert sich durch weitaus höhere Vergünstigungsgrade als der SCF und ECF und legt seinen Schwerpunkt noch mehr auf die Armutsreduzierung sowie Wirtschaftswachstum, da angenommen wird, dass ein Land im Notstand dies nicht ohne entsprechende Anpassungsprogramme erreichen wird. Ein RCF-Kredit zeichnet sich durch seine geringen Beschränkungen und seine schnelle Auszahlung aus. Ein Szenario für einen RCF-Kredit wäre eine Naturkatastrophe. Die vollständige Auszahlung dieser Art von Fazilität kann auf zwei Arten erfolgen. Erstens kann der Kredit über eine einmalige Auszahlung an ein LIC, das auf zeitlich absehbare finanzielle Unterstützung angewiesen ist, geleistet werden. Die zweite Variante erfolgt über gesplittete, sich wiederholende Auszahlungsbeträge für eine festgelegte Dauer, wozu auch diejenigen RCF zählen, die zu einem späteren Zeitpunkt in ECF umgewandelt werden sollen. Die Splittung in mehrere Auszahlungen ist dann möglich, wenn das LIC bereits entsprechende makroökonomische Strategien entwickelt hat oder wenn die Zahlungsbilanzdefizite durch Erschütterungen aus der Außenwirtschaft verursacht wurden. Für das Kreditvolumen eines RCF-Kredits gelten andere Regeln als für den SCF und ECF. Hier liegt die Grenze bei einem jährlichen Volumen in Höhe von 25 Prozent der Quote und einem

⁴⁶ Vgl. IMF (ECF, 2013): IMF Extended Credit Facility. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/ecf.htm>, 28.05.2013.

kumulativen Betrag von 100 Prozent der Quote. Es gibt auch Ausnahmeregelungen, die sich auf 50 Prozent jährlich und 125 Prozent kumulativ belaufen. Die Rückzahlungsfrist liegt bei 5 Jahren, die Endfälligkeit bei 10 Jahren und der Zinssatz analog zu den anderen beiden Kreditfazilitäten für arme Länder bis Ende 2014 bei null Prozent.⁴⁷

5.2 Kreditfazilitäten für Industrieländer

Für Industrieländer sieht der IWF ebenfalls verschiedene Kreditfazilitäten vor. Diese sind für mittel- und langfristig benötigte finanzielle Unterstützung gedacht und werden zu marktorientierten Zinsen ausgegeben. Obgleich diese Kreditlinien nicht zu Vorzugsbedingungen ausgegeben werden, sind sie günstiger als an internationalen Finanzmärkten. In Zeiten von Wirtschaftskrisen benötigen nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch stabile Staaten Hilfspakete um ihre Zahlungsbilanzen wieder in Gleichgewicht zu bringen. Es gibt mehrere Kreditfazilitäten, im Folgenden werden die Stand-By Arrangements (SBA), die Flexible Credit Line (FCL) sowie die Precautionary and Liquidity Line (PLL) näher ausgeführt.

5.2.1 Stand-By Arrangement (SBA)

Diese Kreditlinie wurde im Jahre 1952 ins Leben gerufen und seither oft in Anspruch genommen.⁴⁸ Im Jahre 2009 wurde die SBA erweitert. Sie wurde flexibler gestaltet, um gegen Krisen wie die gegenwärtige und auch zukünftige Krisen gewappnet zu sein und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu haben. Um den Mitgliedern des IWF vor allem bei der Bekämpfung der aktuellen Krise helfen zu können und so einen größeren Beitrag leisten zu können, wurden Reformen realisiert und die Ressourcenvorräte vergrößert.⁴⁹ Diese Kreditlinie ermöglicht schnelle finanzielle Unterstützung und hilft bei der Ausarbeitung eines Maßnahmenplans, um eine Krise bekämpfen zu können und das Wirtschaftswachstum eines Staates wieder in Schwung zu bringen. Jeder Staat hat

⁴⁷ Vgl. IMF (RCF, 2013): IMF Rapid Credit Facility. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>, 28.05.2013.

⁴⁸ Vgl. IMF (SBA, 2013): IMF Stand-By Arrangement. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sba.htm>, 28.05.2013.

⁴⁹ Vgl. IMF (Overhauls 2009): IMF Overhauls Nonconcessional Lending Facilities and Conditionality. <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2009/pn0940.htm>, 28.05.2013.

Anspruch auf diese Kreditlinie, wobei es nicht von Bedeutung ist, ob es sich um ein Entwicklungsland, ein Schwellenland oder einen Industriestaat handelt. Jedoch nehmen fast ausschließlich Schwellen- und Industriestaaten diese Kreditlinie in Anspruch, da Entwicklungsländer aus den Vorzugsdarlehen bessere Konditionen erhalten. Die SBA setzt einen kurzfristig angenommenen finanziellen Engpass voraus und wird daher mit einer Laufzeit von 12 bis 24 Monaten ausgegeben, im Höchstfall 36 Monate. Kriterien für die Genehmigung eines solchen Kredites sind die Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit einer Finanzspritze, die Rückzahlungsfähigkeit sowie die bisherigen Erfahrungen des IWF mit dem betreffenden Staat im Zusammenhang mit finanziellen Stützen. Unter Beachtung dieser Voraussetzungen kann die SBA je nach Anforderungen hinsichtlich Kreditvolumen und zeitlichem Ablauf variiert werden. Mit den oben erwähnten Reformen in der SBA wurden die jährlichen Kreditvolumina von 100 auf 200 Prozent der Quote verdoppelt, sowie die kumulative Obergrenze von 300 auf 600 Prozent der Quote erhöht. Unter bestimmten Bedingungen gibt es die Möglichkeit, auch diese Grenzen noch zu überschreiten. Durch die aktuelle Wirtschaftskrise waren viele Staaten auf diese Möglichkeit angewiesen, da sie sich mit akuten Ungleichgewichten in ihrer Zahlungsbilanz konfrontiert sahen, die sie unter den Regelgrenzen nicht ausgleichen konnten. Zudem gibt es für besonders dringende Finanzhilfen den sogenannten Emergency Financing Mechanism, der in Notfällen einen unverzüglichen Kredit ermöglicht. Auch dieses Instrument wurde in der aktuellen Wirtschaftskrise häufig in Anspruch genommen.⁴⁸

Eine weitere Änderung durch die Reformen in der SBA im Jahre 2009 wurde in dem Instrument high access precautionary arrangements (kurz: HAPA) vorgenommen. Durch diese Reform wurden die Bedingungen für eine vorbeugenden Kreditaufnahme herabgesetzt und somit der Zugang erleichtert. Wie bereits aus den Erläuterungen der Kredite für Entwicklungsländer in Kapitel 2.1 beschrieben, wird zwischen dem IWF und dem Kreditnehmerland eine Absichtserklärung festgehalten, in der Maßnahmen zur Beseitigung und Vorbeugung einer wiederkehrenden Krisensituation erarbeitet wurden. Die Anforderungen die dort festgehalten werden, wurden ebenfalls reformiert und reduziert, um den betroffenen Staaten leichter Kredite gewähren zu können. Die SBA unterliegen einer Rückzahlungsfrist von 3,25 Jahren. Ab diesem Zeitpunkt

wird über acht Quartale verteilt die Rückzahlung realisiert. Der Zinssatz berechnet sich im Normalfall aus dem SZR-Zinssatz zuzüglich 100 Basispunkten. Übersteigt der Kredit 300 Prozent der Quote, so erfolgt die Berechnung über den SZR-Zinssatz zuzüglich 200 Basispunkten. Liegt der ausstehende Betrag nach 3 Jahren immer noch bei über 300 Prozent, steigt der Zuschlag um weitere 100 Punkte an.⁴⁸

5.2.2 Flexible Credit Line (FCL)

Diese Kreditfazilität wurde für jene Länder eingeführt, die ein festes konjunkturpolitisches Gerüst besitzen und eine ökonomische Erfolgsbilanz vorweisen können. Diese Tatsache ist auch unter dem Begriff *ex-ante* Konditionalität bekannt. Jenen Ländern ist es möglich, sowohl eine FCL zu beantragen, die sofort benötigt wird um sich aus einer Krise zu winden, als auch eine vorsorgliche FCL. Für die Option einer vorsorglichen Beantragung muss das jeweilige Land eine Bereitstellungsgebühr bezahlen, die zurückerstattet wird, wenn es die Option wahrnimmt, wobei die Rückzahlungsfrist analog zum SBA Kredit bei 3,25 bis 5 Jahren liegt. Der Gebührensatz richtet sich nach dem Volumen des Kredites, er beträgt bei 500 bis 1000 Prozent der Quote 24 bis 27 Basispunkte. Der Zinssatz wird nach dem gleichen Verfahren und mit den gleichen Stufen wie die SBA-Kreditlinie ermittelt. Zu Beginn des zweiten Quartals 2012 bewegte sich der Zinssatz zwischen 1,9 und 2,5 Prozent, nach 3 Jahren zwischen 2,3 und 3,2 Prozent für ein Kreditvolumen zwischen 500 und 1000 Prozent der Quote. Das Besondere an dieser Kreditlinie ist, dass sie im Vergleich zu anderen Kreditlinien sehr schnell empfangen werden kann und durch geringe Auflagen sehr viel flexibler ist. Im Gegenzug zu diesen geringen Auflagen haben aber auch nur Staaten mit bestimmten Kriterien überhaupt die Möglichkeit, einen FCL Kredit zu beantragen. Dazu muss dieser Staat wie bereits erwähnt ökonomisch sehr stark und stabil sein. Hierzu zählt aus Sicht des IWF, dass er in der Außenwirtschaft eine solide Position hat, überwiegend private Kapitalströme in seiner Kapitalbilanz stehen, er auf den internationalen

Kapitalmärkten trivialen Zugang hat und eine niedrige und stabile Inflationsrate herrscht sowie einige andere Merkmale.⁵⁰

5.2.3 Precautionary and Liquidity Line (PLL)

Diese Kreditlinie ist ähnlich wie die FCL auch auf industriell und wirtschaftlich starke Staaten ausgerichtet, allerdings ist sie für eine größere Anzahl von Ländern zugänglich, da die Voraussetzungen etwas niedriger angesetzt sind. Zwar muss ein Staat ein solides Fundament haben, das jedoch mittelmäßige Schwachstellen vorweisen darf. Durch diese Schwachstellen kann es einem Staat verwehrt bleiben, sich für einen FCL Kredit zu bewerben. Auch die PLL-Kreditlinie kann entweder vorbeugend als Option oder als direkte Hilfe beantragt werden. Die Dauer eines PLL-Kredites kann von 6 Monaten bis zu 2 Jahren variieren, abhängig davon, ob es sich um kurz- oder längerfristige Zahlungsbilanzdefizite handelt. In der Regel kann sich das Kreditvolumen auf maximal 250 Prozent der Quote belaufen, wenn es sich um einen sechs monatigen Kredit handelt, den man im Übrigen mit einem Abstand von 2 Jahren ab dem Ausgabedatum wieder beantragen kann. Bei einer PLL über 1-2 Jahre liegt das Kreditvolumen höher, da davon ausgegangen wird, dass ein Staat, der auf längerfristige finanzielle Hilfeleistung angewiesen ist, auch dementsprechend größere Mittel benötigt, um sich wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Maximal 500 Prozent der Quote können im ersten Jahr ausgegeben werden und 1000 Prozent der Quote bilden die kumulative Grenze. Die Anforderungen an den Staat sind deutlich geringer als bei FCL-Kreditlinien: Er muss eine vernünftige wirtschaftliche Grundlage sowie dementsprechend feste Regelwerke vorweisen, diese Regelwerke sollen bereits sichtbare Erfolge erzielt haben, klare Ziele müssen definiert sein und der Staat muss danach streben, diese Strukturpolitik auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Diese drei Qualifikationen werden an den fünf folgenden Bereichen gemessen: die Position in der Außenwirtschaft sowie der Marktzutritt, die Finanzpolitik, die Währungspolitik, die Bonität und die Zulänglichkeit von Daten. In ein bis zweien dieser Bereiche darf ein Staat leichte Schwachstellen aufweisen, allerdings in keinem der fünf Bereiche erhebliche Vulnerabilität, sonst ist er nicht für einen solchen Kredit qualifiziert. Neben den aufgeführten Qualifikationen, gibt es auch

⁵⁰ Vgl. IMF (FCL, 2012): The IMF's Flexible Credit Line (FCL). <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/fcl.htm>, 29.05.2013.

einige Szenarien, die ein Land automatisch von den PLL ausschließen würden. Dazu zählen eine kontinuierliche Unfähigkeit an internationalen Kapitalmärkten, das Erfordern von starken makroökonomischen oder strukturellen Politikregulierungen, eine hohe öffentliche Verschuldung, die voraussichtlich nicht mittelfristig getilgt werden kann sowie umfangreiche Zahlungsunfähigkeiten der Banken. Liegt eines dieser Szenarien vor, so ist ein Land für diese Kreditlinie disqualifiziert. Auch wenn die Kreditlinie einige Ausschlüsse macht, so sind diese an schweren konjunkturellen und strukturellen Problemen orientiert und schließen somit immer noch weitaus weniger Länder aus, als es bei der FCL-Kreditlinie der Fall ist. Speziell wird die PLL-Kreditlinie auch eingesetzt, wenn ein Staat durch die Beobachterrolle von globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen gefährdet ist und Ansteckungsgefahr besteht. In diesem Falle reicht oftmals ein kurzfristiges Darlehen über 6 Monate für das Überstehen der Zahlungsbilanzdefizite aus. Um einen PLL-Kredit gewährt zu bekommen, muss ein Staat dazu bereit sein, Maßnahmenpläne zu verfolgen, die seine Schwachstellen bereinigen und seine allgemeine Konjunkturpolitik verbessern sollen. Dies ist ein sehr typisches Vorgehen für Kreditlinien des IWF, wie es bereits in den vorher beschriebenen Kreditlinien der Fall war. Für seine finanzielle Beihilfe wird ein solides Konjunktur- und Strukturgerüst verlangt. Wird eine kurzfristige PLL über 6 Monate in Anspruch genommen, so gibt es keine Zwischenrevisionen der Lage und ebenso wenig eine Nachbereitungsphase, jedoch können im Voraus bestimmte Handlungen ins Rollen gebracht werden, wenn das als Notwendigkeit für die Effektivität des Kredites erachtet wird. Im Gegensatz dazu wird ein mittelfristiger Kredit über 1-2 Jahre unterjährig zwei Mal revidiert, um sicherzustellen, dass das vereinbarte Programm erfolgreich umgesetzt wird.⁵¹

6. Die Finanzkrise

Es gab bereits einige Finanzkrisen in der Weltgeschichte: die japanische Bankenkrise von 1927, der Börsenkrach von 1987, der als Schwarzer Montag in die Geschichte einging, die New-Economy-Blase nach der Jahrtausendwende u.a. Doch die heutige Finanzkrise wird als die größte der Geschichte seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre gehandelt. Seit dem Sommer 2007 ist die

⁵¹ Vgl. IMF (PLL, 2013): The IMF's Precautionary and Liquidity Line (PLL).
<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/pll.htm>, 29.05.2013.

Finanzkrise weltweit Dauerthema in den Medien. Ihren Ursprung nahm die Krise in Spekulationen am Immobilienmarkt in den USA, aus denen eine Immobilienkrise entsprang, gefolgt von einer globalen Banken- und Finanzkrise, einer Weltwirtschaftskrise einschließlich Währungskrisen und Staatsbankrotten. Auswirkungen von solchen Dimensionen waren mit dem Beginn der Subprime-Krise in den USA für kaum jemanden absehbar und selbst für das Jahr 2013 werden keine deutlich positiven Prognosen gestellt. Der IWF revidierte im Juni 2013 seine Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf 0,3 %. Dies entspricht der Hälfte der Prognose im April 2013.⁵² Für die Entwicklung der Weltwirtschaft gab der IWF Prognosen von 3,1 % ab. Der Hauptgrund dafür ist die anhaltende Stagnation in der Eurozone, für die der IWF auch in 2013 noch ein rückläufiges Wachstum von -0,6 % erwartet.⁵³

Von den Anschlägen vom 11. September 2001 bis zum Sommer 2007 bildete sich eine Spekulationsblase am Immobilienmarkt in den USA. Die Banken begannen unbegrenzt Hypotheken für einen Häuser- oder Wohnungskauf bzw. Bau zu genehmigen, sodass selbst Bürger mit sehr schwachem Einkommen und somit geringer Bonität Immobilienhypotheken aufnehmen konnten. Da das Zinsniveau sehr niedrig war, ergab sich für die Käufer eine verlockende Kaufoption. Sollte ein Kreditnehmer zahlungsunfähig werden, so spekulierten die Banken auf den hohen Immobilienwert und gingen so von einer sicheren Einnahmequelle aus. Die Nachfrage auf dem Immobilienmarkt stieg immer weiter an, das Angebot aber konnte nicht so schnell folgen. Auf das scheinbar sichere Geschäft, waren nicht nur die nationalen Banken aufmerksam geworden. Internationale Investment-Banker versprachen sich eine hohe Rentabilität aus der Immobilieninvestition und wollten mit einsteigen. Die Banken verbrieften die Hypotheken mit deren Forderungen und verkauften die Verbriefungen weiter. Kurzfristig wurden so immense Gewinne erwirtschaftet. Jedoch wurden die Verbriefungen gebündelt und mit anderen Anleihen in einem Fonds weitererkauft. Empfänger waren eben Investment-Banker diverser Banken, Versicherungen oder Hedge-Fonds. Es wurden Fonds verkauft, die später als toxische Kredite bezeichnet wurden. Im August 2007 stiegen die Zinsen immens an und die Kreditnehmer gerieten in Zahlungsschwierigkeiten. Die Kredite waren schließlich ohne Erfordernis

⁵² Vgl. Zeit Online (Wachstumsprognose für Deutschland, 2013): IWF halbiert Wachstumsprognose für Deutschland. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-06/iwf-wachstumsprognose-deutschland>, 29.05.2013.

⁵³ Vgl. IMF (World Economic Outlook, 2013): World Economic Outlook Update . <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/02/>, 03.06.2013.

jeglicher Sicherheit ausgegeben worden. Viele konnten weder Zinsen zahlen noch ihre Raten tilgen. Reihenweise sahen sich die Immobilienkäufer dazu gezwungen, ihre Immobilien zu verkaufen, die sie sich nicht mehr leisten konnten. Infolgedessen stiegen Immobilienpreise nicht weiter an, sondern sanken drastisch. Die Spekulationsblase am Immobilienmarkt platzte. Die weltweit verkauften Anleihen mit den Verbriefungen waren nichts mehr wert, Eigentümer dieser Anleihen fuhren riesige Verluste ein. Zudem war es nicht mehr ersichtlich, in welchen Fonds sich die ungedeckten, toxischen Hypotheken befanden. Darauf folgte das nächste Desaster, die Vertrauenskrise. Das reguläre Leihsystem, das bis dahin unter den Banken herrschte und durch das sie sich bei Liquiditätsproblemen gegenseitig aushalfen, brach zusammen. Und da die Verbriefungen nicht nur innerhalb der USA sondern auf globaler Ebene verkauft werden, befanden sich auf der ganzen Welt verteilt so genannte strukturierte Kreditprodukte. Es stellt sich die Frage, wie es dazu kam, dass so hohe Investitionen in diese Anleihen ohne jegliches Misstrauen getätigt wurden. Die Ratingagenturen Moody's, Standard and Poors und Fitch Rating sind als die Big Three unter den Ratingagenturen bekannt und werden häufig in Verbindung mit der Finanzkrise erwähnt. Eine Ratingagentur bewertet die Bonität von Krediten aller Art, darunter auch Anleihen, ob von Unternehmen oder einzelne Staaten. Durch die strukturierten Kreditprodukte, die sich aus einem Mix von risikobehafteten bzw. toxischen Krediten und risikolosen Krediten zusammensetzten, wurden die toxischen Kredite nicht wahrheitsgemäß bewertet, sondern mit der Bestnote AAA versehen. Die Bestnote AAA steht für ein geringes Ausfallrisiko und eine hohe Rendite. Folglich stieg die Nachfrage nach diesen erstklassig bewerteten Anleihen. Einer hohen Nachfrage stand nun ein nicht ausreichend verfügbares Angebot gegenüber, wodurch weitere faule Kredite als ein strukturiertes Kreditprodukt verpackt und verkauft wurden, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Zu diesem Zeitpunkt bildete sich das zuvor erwähnte Szenario heraus: Es konnte niemand mehr wissen, speziell nicht die Ratingagenturen, welche Fonds mit welchem Risiko behaftet waren, und es wurden unwahrheitsgemäße Ratings veröffentlicht. Durch diese Intransparenz sank die Sicherheit, während das Risiko in die Höhe schoss.⁵⁴

⁵⁴ Vgl. BPB (Subprime Krise, 2012): Die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten.
<http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55766/subprime-krise?p=all, 27.05.2013>.

6.1 Der Zusammenbruch des Finanzsystems und dessen Folgen insbesondere in Deutschland

Durch die Spekulationen am Immobilienmarkt und die daraus resultierende Immobilienkrise mit strukturierten ungedeckten Kreditprodukten, gerieten zahlreiche Banken in Zahlungsschwierigkeiten. Die ausgegebenen Kredite konnten nicht zurückgezahlt werden und die Spekulation auf eine Sicherheit in Form von hohen Immobilienwerten realisierte sich ebenso wenig. Die Banken blieben auf den Schulden sitzen und mussten Abschreibungen in Milliardenhöhe tätigen. Die aus der Subprime-Krise hervorgegangene Vertrauenskrise verschloss den Banken die Möglichkeit, Hilfe von anderen Banken zu erhalten, da sie nicht mehr bereit waren, sich untereinander Geld zu leihen. Banken konnten ihre Zahlungsbilanz nicht mehr aus eigener Kraft in ein Gleichgewicht bringen und am 15. September 2008 folgte daraus der vorläufige Höhepunkt der Finanzkrise: Die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers ging insolvent. Der Tag ging als „Schwarzer Montag“ in die Geschichte ein. Im dritten Quartal des Jahres 2008 mussten sie Abschreibungen in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar tätigen. Pro Aktie entsprechen diese Abschreibungen einem Verlust von 5,92 US-Dollar.⁵⁵ Insgesamt lasteten 600 Mrd. Dollar Schulden auf dem Unternehmen. Ein Verlust, den es nur durch die Hilfe von Dritten begleichen konnte.⁵⁶ Doch sowohl andere Banken als auch letztlich der US-amerikanische Staat entschieden sich, kein Rettungspaket zur Verfügung zu stellen, und so meldete Lehman Brothers Konkurs an. Heute gilt dieser Tag oftmals als Beginn der Finanzkrise. Dies war er aber sicherlich nicht, die Ursprünge liegen weiter zurück, wie im Kapitel 6 beschrieben wird. Jedoch löste spätestens dieser Tag weltweit Panik und Angst aus und machte vor allem die Ausmaße der vorangegangenen Ereignisse deutlich. Am gleichen Tag wurde Merrill Lynch, der größte Konkurrent der Lehman Brothers, von der Bank of America aufgekauft.⁵⁷

Eine Reihe von Banken gerieten in Zahlungsnot, Anleger wurden verunsichert, Kurse brachen drastisch ein, Rettungspakete wurden ausgegeben. Am 17.

⁵⁵ Vgl. Spiegel Online (Bankenfiasco, 2008): Bankenkrisen: Lehman Brothers macht fast vier Mrd. Dollar Verlust. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/bankenfiasko-lehman-brothers-macht-fast-vier-Mrd.-dollar-verlust-a-577446.html>, 30.05.2013.

⁵⁶ Vgl. Spiegel Online (Finanz-Crash, 2010): Finanz-Crash: Lehman Brothers macht fast kaschierte Pleitegefahr mit Bilanztricks. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/finanz-crash-lehman-brothers-kaschierte-pleitegefahr-mit-bilanztricks-a-683136.html>, 30.05.2013.

⁵⁷ Vgl. New York Times (Merrill Lynch is sold, 2008): Lehman files for bankruptcy; Merrill Lynch is sold. http://www.nytimes.com/2008/09/15/business/15lehman.html?pagewanted=all&_r=0, 28.07.2013.

September 2008 wurde das Versicherungsunternehmen AIG mit einem Kredit von 85 Mrd. US-Dollar vor dem Konkurs gerettet. Im gleichen Monat wurden zahlreiche Banken aufgekauft oder durch Kredite der Notenbanken gerettet. Am 24. September 2008 blieben nur noch zwei unabhängige Investmentbanken übrig. Goldman Sachs und Morgan Stanley wurden an diesem Tag zu gewöhnlichen Geschäftsbanken benannt.⁵⁸ Der Gedanke dahinter war, dass sie somit nicht nur der Aufsicht der US-Notenbank unterliegen, sondern auch Anspruch auf Kapital der Notenbank haben sollten. Hauptsächlich lag der Hintergrund dieser Handlung aber sicherlich darin, den breiten Spielraum einzugrenzen, den sie bis dato genossen hatten und somit das Risiko zu minimieren.⁵⁹

Angefangen mit der Immobilienkrise auf amerikanischem Boden, entwickelte sich die Finanzkrise weiter und breitete sich durch die ungedeckten Hypothekepakete weltweit aus. In Deutschland mussten bereits im Jahre 2007 die Banken IKB, Sachsen LB, West LB und Bayern LB große Verluste anmelden, weil sie aufgrund von falschen Spekulationen in die hochriskanten Wertpapiere investiert hatten. Letztendlich wurden alle vier Banken gerettet.⁶⁰ Die Krise traf jedoch nicht nur Banken, sondern zusehends auch Unternehmen. Der Absatz verschlechterte sich aufgrund von niedrigem Auftragseingang. Die Menschen waren verunsichert und vorsichtig, sie verwahrten ihr Geld lieber, als es zu investieren. In Deutschland wurde insbesondere die Automobilindustrie von dem Spardenken der Bevölkerung schwer getroffen. Ende 2008 melden deutsche Autohersteller wie VW mit den Tochterfirmen Skoda und Seat sowie BMW und Opel nach und nach einen immensen Produktionsrückgang. Opel meldete im September gar Produktionsstillstand in zweien seiner Werke. BMW meldete eine nicht geplante Verlagerung des Absatzes nach China, durch die die geplante Produktion statt um 40000 lediglich um 20000 sinken sollte. Da die Automobilexporte einen bedeutenden Teil zum Bruttoinlandprodukt beitragen, wurde durch die fehlenden Umsätze die ganze deutsche Wirtschaft geschwächt.⁶¹ Die Krise zog immer weitere Kreise nach sich, auf Auftragsrückgänge, Entlassungen und

⁵⁸ Vgl. Tagesschau (Das Ende der US-Investmentbanken, 2008): Das Ende der US-Investmentbanken. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise104.html>, 30.05.2013.

⁵⁹ Vgl. Reuters, Spiegel (Finanzkrise, 2008): Finanzkrise: Goldman Sachs und Morgan Stanley werden normale Geschäftsbanken. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/finanzkrise-goldman-sachs-und-morgan-stanley-werden-normale-geschaeftsbanken-a-579553.html>, 31.05.2013.

⁶⁰ Vgl. Handelsblatt (IKB, 2008): IKB bringt den Stein ins Rollen. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/ein-jahr-finanzkrise-ikb-bringt-den-stein-ins-rollen-seite-2/2995880-2.html>, 31.05.2013.

⁶¹ Vgl. FAZ (Produktion, 2008): Finanzkrise trifft zunehmend Unternehmen. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/produktion-auf-sparflamme-finanzkrise-trifft-zunehmend-die-unternehmen-1715609.html>, 15.06.2013.

Produktionsstillstände folgt eine Pleitewelle. Unternehmen weltweit melden Insolvenz an, speziell in Deutschland nehmen die Unternehmenspleiten durch die Krise um 16 Prozent von 2008 auf 2009 zu.⁶²

Nach und nach erreichte die Krise also ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Auftragslage verschlechterte sich, die Arbeitslosigkeit stieg an, Unternehmen meldeten Konkurs an, die Exportrate sank, riesige Verluste mussten verzeichnet werden. Die Krise steckte ein Land nach dem anderen an. Deutschland ist in dieser Krise besonders verwundbar, auch wenn es an sich ein Land ist, das als stabil gilt. Viele Marktführer sind in Deutschland etabliert. Doch diese Krise trifft auch Deutschland ziemlich heftig. Bis zum Jahre 2008 war Deutschland Exportweltmeister und der Exportanteil in Relation zum BIP machte etwa 40 Prozent aus. Im Jahre 2007 betrug das BIP 2.428.500 Mio Euro, wobei der Export 965.200 Mio. Euro, das sind 39,74 Prozent, ausmachte. 2008 stieg der Exportanteil minimal auf 39,78 Prozent an. 2009 sank das BIP auf 2.374.500 Mio. Euro und der Export auf 803.300, die Exportrate sank auf 33,83 Prozent.^{63 64} Der IWF gab im April 2009 eine Prognose ab, die einen Verlust von 4,1 Billionen US-Dollar in der globalen Finanzwirtschaft vorhersagte.⁶⁵

Eine große Auswirkung hatte die Finanzkrise auch auf den Staatshaushalt vieler Länder, vor allem im Euro-Raum entstand eine Staatsschuldenkrise.⁶⁶ Die Krise und ihre Auswirkungen zwangen Griechenland dazu, seine finanzielle Situation aufzudecken und seinen Haushaltsstand nicht weiter zu verdecken. Nach Griechenland folgten weitere Euro-Länder in die Staatsschuldenkrise: Irland, Portugal, Spanien, Zypern und Italien. Wenn sich ein Land in der Staatsschuldenkrise befindet, fehlen ihm die finanziellen Mittel um seine Schulden zu begleichen. Ohne die Hilfe Dritter kann es sich also nicht mehr aus der Schuldenschlinge befreien.

⁶² Vgl. Focus Online (Insolvenzen, 2009): Die bittere Bilanz der Krise.

http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/insolvenzen-die-bittere-bilanz-der-krise_aid_459307.html, 15.06.2013.

⁶³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Außenhandel, 2013): Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/Tabellen/GesamtenwicklungAussenhandel.pdf?__blob=publicationFile, 31.05.2013.

⁶⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Konjunkturindikatoren, 2013): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/vgr11.html>, 31.05.2013.

⁶⁵ Vgl. FAZ (Verluste, 2009): IWF schätzt Verluste auf 4 Billionen Dollar.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/finanzkrise-iwf-schaetzt-verluste-auf-4-billionen-dollar-1784272.html>, 31.05.2013.

⁶⁶ Vgl. Cicero (Bankenschwindel, 2012): Wie aus der Finanz- eine Schuldenkrise gemacht wurde.

<http://www.cicero.de/kapital/wie-aus-der-finanz-eine-schuldenkrise-gemacht-wurde/49258>, 31.05.2013.

6.2 Die Zentralbanken-Krisenmaßnahmen

Ob Banken, Unternehmen oder Staaten, die durch die Finanzkrise verursachten Verluste und Schulden aus eigener Kraft zu begleichen ist größtenteils nicht möglich. Die internationalen Finanzmärkte erlitten durch den Zusammenbruch der Lehman Brothers und darauffolgende Insolvenzen und Ereignisse Schäden in hohem Ausmaß. Zahlungsbilanzen konnten nicht ausgeglichen werden ohne die Zugabe von Rettungspaketen. Um ein Gleichgewicht an den Finanzmärkten schnellstmöglich zurückzuerlangen und zu fördern, schlossen sich im November 2011 Zentralbanken der ganzen Welt zusammen: die EZB, die Federal Reserve der Vereinten Nationen, die Bank of Canada, die Bank of Japan, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank (SNB). Dieser Zusammenschluss wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Liquidität der globalen Finanzmärkte zu unterstützen bzw. zurückzuerlangen. Ein stabiles Finanzsystem sollte sich auch positiv auf die Realwirtschaft auswirken und somit letztlich das Wirtschaftswachstum fördern. Die SNB begründete die Aktion in einer offiziellen Presseerklärung folgendermaßen: „Diese Maßnahmen haben zum Ziel, den Anspannungen an den Finanzmärkten entgegenzutreten, dadurch die Folgen dieser Anspannungen auf die Kreditversorgung der Haushalte und Unternehmen zu mildern und so das Wirtschaftswachstum zu stützen. Die genannten Zentralbanken haben sich geeinigt, die Zinssätze für die bestehenden, befristeten Liquiditäts-Swap-Abkommen in US-Dollar um 50 Basispunkte zu senken, womit der neu geltende Zinssatz demjenigen des Overnight Index Swap (OIS) plus 50 Basispunkte entspricht. Dieser Zinssatz gilt für alle ab dem 5. Dezember 2011 durchgeführten Operationen. Die Swap-Abkommen wurden bis 1. Februar 2013 verlängert. Zudem werden die Bank of England, die Bank of Japan, die EZB und die SNB weiterhin Geschäfte mit Laufzeiten von drei Monaten anbieten. Im Sinne einer vorsorglichen Maßnahme sind die genannten Zentralbanken übereingekommen, befristete bilaterale Liquiditäts-Swap-Abkommen abzuschließen, so dass in allen Währungsgebieten Liquidität in allen ihren Währungen angeboten werden kann, falls es die Marktbedingungen erfordern. Zurzeit besteht keine Notwendigkeit, Liquidität in Nicht-Lokalwährungen außer dem US-Dollar anzubieten. Die Zentralbanken erachten es jedoch als sinnvoll, die nötigen Maßnahmen zu treffen, damit liquiditätszuführende Operationen bei Bedarf schnell in die Wege geleitet werden

können. Diese Swap-Abkommen laufen bis zum 1. Februar 2013.”⁶⁷ Die Maßnahmen sahen koordinierte Finanzströme in die Finanzmärkte vor, indem Dollar-Swaps reguliert wurden. Ein Swapgeschäft ist ein Tauschgeschäft, in der Regel von Zinsen und Währungen. Die genannten Notenbanken einigten sich darauf, dass der Leitzins für bestehende Dollar-Swaps zum 5. Dezember 2011 um 50 Basispunkte gesenkt wird. Durch das bilaterale Liquiditäts-Swap-Abkommen war es den Zentralbanken möglich, ihren Geschäftsbanken Kredite in jeder Währung auszugeben, denn wie bereits bekannt befanden sich die Banken untereinander in einer Vertrauenskrise und wollten sich gegenseitig keine Kredite mehr gewähren und Geld leihen. Die Reaktionen auf dieses Abkommen fielen durchaus positiv aus, wie man am Leitindex DAX an der Börse in Frankfurt durch einen Anstieg um 4,5 Prozent und an einem kurzzeitigen Wechselkursanstieg des Euro von 1,35 auf 1,33 US-Dollar erkennen kann.⁶⁷ Die SNB gab am 13. Dezember 2012 bekannt, dass die Swap-Abkommen bis zum 1. Februar 2014 verlängert wurden.⁶⁸

6.3 Die Troika: IWF, EZB und EU-Kommission

Staatshaushaltsdefizite sind im EU-Raum seit dem Ausbruch der Finanzkrise allgegenwärtig. Ob durch die Finanzkrise hervorgerufen oder nicht, ist besonders im Fall Griechenland umstritten, worauf in Kapitel 7.1 näher eingegangen wird. Nichtsdestotrotz bedürfen Staaten der Hilfe Dritter um sich aus der Schuldenfalle zu befreien, sich zu erholen, wieder auf eigenen Beinen stehen können und vor allem Maßnahmen zu treffen, um die Wiederholung eines solchen Szenarios zu vermeiden. Oftmals liegt der Ursprung für ein so hohes Ausmaß an Defiziten, dass daraus eine Staatsschuldenkrise entsteht, in der Wirtschafts- oder Sozialpolitik eines Staates. In Griechenland sind die immensen Staatsschulden offensichtlich auf den verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Geldern zurückzuführen. Griechische Beamte erhalten Bonuszahlungen für pünktliches Erscheinen am Arbeitsplatz, für Fremdsprachenkenntnisse, für Computerkenntnisse. Jeder einzelne griechische Arbeitnehmer erhält 14,5 Monatsgehälter im Jahr. Jeder griechische Beamte hat ab dem 50. Lebensjahr

⁶⁷ Vgl. Zeit Online (Finanzkrise, 2011): Zentralbanken greifen gemeinsam in Geldmarkt ein. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-11/zentralbanken-geldmarkt-aktion>, 15.06.2013.

⁶⁸ Vgl. SNB (Zentralbanken, 2012): Zentralbanken verlängern Swap-Abkommen bis Februar 2014. http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre_20121213_2/source/pre_20121213_2.de.pdf, 15.06.2013.

bereits das Recht auf Rentenbezüge und kann in den Ruhestand gehen. Allein die genannten Ausgaben belaufen sich auf einen Milliardenbetrag, der sicherlich nicht notwendig ist für das Wohlergehen eines Landes und ebenso wenig fördernd für seine Wirtschaft ist.⁶⁹ Um Staaten wie Griechenland unterstützend zur Seite zu stehen, nicht nur mit Krediten sondern auch mit strukturpolitischen Aspekten, wurde die sogenannte Troika als Kontrollgremium eingesetzt. Zur Troika haben sich der IWF, die EZB und die EU-Kommission zusammengeschlossen. Der IWF wurde bereits in Kapitel 2 und 3 näher erläutert, die EZB und die EU-Kommission jeweils in Kapitel 4.3 und 4.4.

6.4 Die Vorhersage der Finanzkrise durch den IWF

Zu den Aufgabenbereichen des IWF gehört die Überwachung, die Finanzhilfen sowie technische Hilfen. Im Bereich der Überwachung erfüllt der IWF eine wichtige Funktion bei Krisen. Durch seine Überwachungsfunktion und den damit verbundenen halbjährlichen Bericht World Economic Outlook (kurz: WEO), in dem er einen Ausblick auf die Weltwirtschaftslage gibt, sollte er bereits vor Eintreten einer Krise die Anzeichen erkennen und publizieren. In den Jahren 2006 und 2007 erkannte der IWF die drohende Krise im darauffolgenden Jahr und warnte davor, die Anzeichen zu ignorieren und keine Maßnahmen zu ergreifen. Im Jahre 2006 warnte er vor einem Börsencrash, er sah dies durch einen plötzlichen Wirtschaftsabschwung voraus. Preiserhöhungen und daraus resultierende Zinserhöhungen stellten ein erhebliches Risiko für den Finanzmarkt dar, da er darauf nicht vorbereitet war. Ebenso nannte der IWF den Immobilienmarkt als Risiko. Zu viel Aufmerksamkeit war zu diesem Zeitpunkt auf den amerikanischen Immobilienmarkt gesetzt worden, so dass im Falle eines Einsturzes oder auch nur einer Abkühlung deutliche Auswirkungen am Finanzmarkt zu spüren sein würden. Vorbereitet zu sein auf das was kommen kann, sei wichtig, so der IWF Kapitalmarktexperte Jaime Caruana bei der Vorstellung des WEO.⁷⁰ Im Jahre 2007 warnte das damalige Oberhaupt des IWF, Rodrigo Rato, vor einem Umschwung der Krise im Jahre 2008. Er sagte voraus,

⁶⁹ Vgl. Focus (Griechenland, 2010): Wo die Regierung Geld verschwendet. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/griechenland-wo-die-regierung-geld-verschwendet_aid_503393.html, 15.06.2013.

⁷⁰ Vgl. Reuters, FAZ (Turbulenzen, 2006): Währungsfonds befürchte Turbulenzen am Finanzmarkt. <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/iwf-halbjahresbericht-waerungsfonds-befuerchtet-turbulenzen-am-finanzmarkt-1355605.html>, 31.05.2013.

dass die Ereignisse sich 2008 entladen würden, und warnte davor, die Hypothekenkrise zu unterschätzen. Als Maßnahme nannte der IWF eine Regulierung der Finanzmärkte, unter anderem neue Auflagen, um die Transparenz zwischen den Banken zu erhöhen. Außerdem kritisierte er, dass nicht analysiert worden war, wie die Verkäufe der Kredite sich bis dahin bereits auf die Stabilität der Finanzmärkte ausgewirkt hatten, und ohne Kenntnis darüber könne auch keine Prognose über die zu erwartenden weiteren Auswirkungen gemacht werden.⁷¹ In einem Bericht aus dem Jahre 2009 prognostiziert der IWF eine Weltrezession als Folge der Finanzkrise und des vorangegangenen Zusammenbruchs des Finanzsystems, welcher in Kapitel 6.1 ausführlich erläutert wird.

7. Die Staatshaushaltskrise in Griechenland und die Asienkrise

Nachfolgend werde ich ausgehend von einer ausführlichen Beschreibung der Griechenland Krise auf die Reaktionen des IWF eingehen und diese analysieren. Eine ausführliche Beschreibung der Griechenlandkrise ist notwendig, um im Nachhinein das Handeln des IWF wahrheitsgemäß zu analysieren. Außerdem wurde in Kapitel 6 bereits erwähnt, dass der IWF als Hauptgrund für das langsame Weltwirtschaftswachstum die immer noch bestehende Stagnation in der Eurozone verantwortlich macht. Dass Griechenland die Eurozone zunehmend schwächt und mit seiner immensen Krise auch Auswirkungen auf die Prognosen für die europäische Wirtschaft bedeutet, führte zu der Entscheidung, anhand dieses Beispiels die Rolle des IWF in der Finanzkrise zu untersuchen. Im zweiten Gliederungspunkt dieser Analyse wird chronologisch auf die realisierten Aktionen des IWF in Zusammenhang mit der Griechenlandkrise eingegangen, diese erläutert und einer kritischen Betrachtung unterzogen.

7.1 Staatshaushaltskrise in Griechenland

Der Beginn des Zusammenbruchs des griechischen Haushaltes kam mit einem Regierungswechsel im Jahre 2009: Kostas Karamanlis wurde am 4. Oktober 2009 von Georgios Andrea Papandreou als Ministerpräsident abgelöst. Karamanlis veranlasste damals um fast 2 Jahre vorgezogene Neuwahlen, da ihm aufgrund

⁷¹ Vgl. Dowideit (Finanzkrise, 2007): Finanzkrise soll 2008 noch dramatischer werden. <http://www.welt.de/finanzen/article1209660/Finanzkrise-soll-2008-noch-dramatischer-werden.html>, 31.05.2013.

zahlreicher Skandale sowohl im Parlament als auch beim Volk wenig Vertrauen entgegengebracht wurde. Er besaß lediglich eine Mehrheit von einem Sitz im Parlament und schnitt bei Umfragen zunehmend schlechter ab.⁷² Schon in vorangegangenen Jahren waren Defizite im griechischen Haushalt bekannt, doch die Höhe der Defizite wurde von der Regierung unter Karamanlis und seinen Vorgängern seit 1997 geschönt.⁷³ Betrachtet man nachfolgende Grafik, wird ersichtlich, dass Griechenlands Ausgaben seit 2005 die Einnahmen übersteigen und stetig ansteigen, mit einer kurzzeitigen Besserung im Jahre 2012, um dann im Jahre 2013 erneut einen Höchststand zu erreichen. Es ist auch deutlich zu erkennen, dass Griechenland bereits vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise über seine Verhältnisse lebte. Ab dem Jahre 2009 bis einschließlich 2011 zeichnen sich jedoch immense Anstiege von bis zu 22 Prozentpunkten ab, wie man in Abbildung 5 erkennen kann.

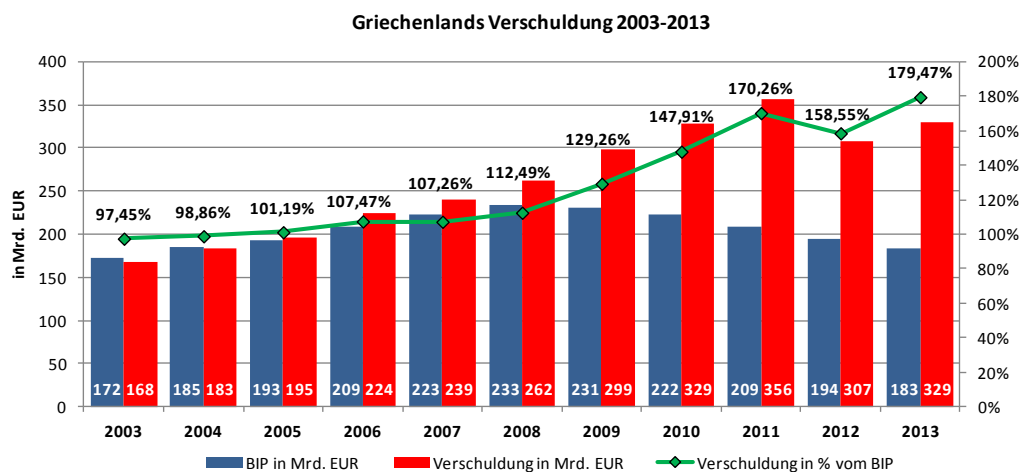


Abbildung 5: Griechenlands Verschuldung von 2003-2013^{74,75}

Über die Gründe der immensen Schulden Griechenlands wird in der Öffentlichkeit viel debattiert. Auch wenn die globale Wirtschaftskrise nicht die Ursache der Defizite ist, war Griechenland ebenso wie andere Staaten gezwungen, seine Ausgaben immer weiter zu steigern, um sich gegen die drohende weltweite

⁷² Vgl. Reuters, Spiegel Online (Parlamentswahl, 2009): Parlamentswahl: Griechische Sozialisten feiern ihren Sieg. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/parlamentswahl-griechische-sozialisten-feiern-ihren-sieg-a-653155.html>, 16.06.2013.

⁷³ Vgl. Statista (Griechenland, 2013): Griechenland - Gemeldetes und tatsächliches Haushaltsdefizit. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/185917/umfrage/gemeldetes-und-tatsaechliches-haushaltsdefizit-von-griechenland/>, 16.06.2013.

⁷⁴ Vgl. Statista (Staatsverschuldung, 2013): Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/>, 20.06.2013.

⁷⁵ Vgl. Statista (Staatsverschuldung, 2013): Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 in Relation zum BIP. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>, 20.06.2013.

Rezession abzusichern. Da Griechenland bereits zu Beginn der globalen Krise hohe Schulden hatte und ohne dritte Mittel nicht die erforderlichen Ausgaben beispielsweise zur Rettung von Banken oder Unternehmen tätigen konnte, musste es immer mehr Kredite aufnehmen und verschuldete sich weiter. Letztlich stiegen für Griechenland die Kreditkosten aufgrund seiner bereits hohen Verschuldung, und die Schulden selbst stiegen weiterhin aufgrund von Zinsen und Tilgungskosten. Zudem wurde es schwerer, an Kredite zu kommen, nachdem Griechenlands Kreditwürdigkeit von den Big Three herabgestuft wurde. Die bereits existierende Krise Griechenlands wurde also durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verschlimmert, aber nicht verursacht.

Die Gründe für die Krise in Griechenland liegen weit zurück in der Vergangenheit. Wie bereits in Kapitel 6.3 erwähnt, lebte Griechenland jahrelang über seine Verhältnisse und betrieb eine expansive Geldpolitik. Viel Geld fließt in die Bürokratie. Nach einer Zählung Mitte 2010 stellte sich heraus, dass Griechenland 768.000 Staatsbedienstete beschäftigt.⁷⁶ Einer Studie des IWF zufolge waren in Griechenland im Jahre 2010 4,39 Mio. Menschen beschäftigt. Somit war fast jeder fünfte Grieche als Staatsbediensteter tätig.⁷⁷ Deutschland hat verglichen mit Griechenland wesentlich weniger Beamte beschäftigt: Hier sind lediglich 11 Prozent der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst tätig, und selbst über diesen Anteil an Beamten gab es in der Vergangenheit immer wiederkehrende Debatten.⁷⁸ Der Beamtenstatus bringt zahlreiche Privilegien mit sich, die für den Staat hohe Kosten verursachen. Beginnend bei den Bonuszahlungen für gutes Verhalten wie pünktliches Erscheinen am Arbeitsplatz, Händewaschen oder Computerkenntnisse, kommen noch weitere Aspekte hinzu. Griechische Staatsbedienstete sind befreit von Rentenversicherungsabgaben, können aber bereits ab dem 50. Lebensjahr in den Ruhestand gehen und eine Rente beziehen. Folglich sind die Ausgaben bedingt durch Rentenzahlungen sehr hoch. Eine unverheiratete oder geschiedene Frau hat außerdem nach dem Tod ihrer Eltern Anspruch auf deren Pension, vorausgesetzt die Eltern dienen dem Staat. Das bedeutet, dass der Staat über den Tod hinaus eine Pension auszahlt. Seit 2002 und der Einführung des Euro stieg das Lohnniveau in Griechenland an. Im

⁷⁶ Vgl. Die Welt (Zählung, 2010): Das kleine Griechenland hat 768.000 Beamte. <http://www.welt.de/reise/article8729748/Das-kleine-Griechenland-hat-768-000-Beamte.html>, 20.06.2013.

⁷⁷ Vgl. Statista (Erwerbstätige in Griechenland, 2013): Griechenland: Anzahl der Erwerbstätigen von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/204350/umfrage/erwerbstaetige-in-griechenland/>, 20.06.2013.

⁷⁸ Vgl. Landezentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hilfspaket, 2013): Das erste Hilfspaket für Griechenland. https://www.lpb-bw.de/1_hilfspaket_griechenland.html, 29.06.2013.

Vorjahr der Euro-Einführung stieg das Lohnniveau im Bereich des Gewerbes um 1,5 Prozent, in der Industrie um 2,6 Prozent und im öffentlichen Dienst um 4,7 Prozent an. Mit dem Euro stiegen die Lohnkosten plötzlich immens an: im Gewerbe um 11,7 Prozent, in der Industrie um 13 Prozent und im öffentlichen Dienst um 15,1 Prozent.⁷⁹

Im Gegensatz dazu stiegen die Investitionsausgaben nicht weiter an sondern nahmen ab 2001 fast stetig ab.⁷⁹ Investitionen sind aber für einen Staat sehr wichtig, vor allem für die Konjunktur, ob es Investitionen in die Infrastruktur, in Gebäudesanierungen, Bildung oder Umwelt sind. Griechenland ließ viel Geld fließen um sein Lohnniveau zu erhöhen wodurch die Konjunktur auf der Strecke blieb und keine Nahrung hatte, um zu wachsen. Im Jahre 2001, also vor Einführung des Euro, betrug die Staatsverschuldung 152 Mrd. Euro. Im Jahre 2011 ist sie auf mehr als das Doppelte angestiegen: 355,79 Mrd. Euro.⁸⁰ Ein weiterer Aspekt, der zu dem immensen Wachstum der Staatsverschuldung beitrug, ist Korruption. Das Meinungsforschungsinstitut Public Issue ließ nach einer Umfrage verlauten, dass im Jahre 2009 in Griechenland mehr als 780 Mio. Euro an Bestechungsgeld gezahlt wurden. Die Dunkelziffer dürfte sich auf einen weitaus höheren Betrag belaufen. Bestechung ist in Griechenland weit verbreitet, ob es sich um Manipulation der Steuererklärung, Ausweiserstellung oder Baugenehmigungen handelt.⁸¹ Streng genommen gelten Bauvorschriften, die beispielsweise besagen, dass ein Wohnhaus nicht mehr als zwei Etagen haben darf. Trotzdem gibt es zahlreiche Wohnhäuser, die diese Voraussetzung nicht erfüllen, dank Schmiergeldern. Staatsausgaben sind intransparent, was den Nepotismus nur erleichtert. Noch eine weitere Ausgabe, die unnötige Milliarden Euro über die Jahre verschluckt hat, statt zu investieren. Im Sektor Militär finden sich ebenfalls überdimensionale Ausgaben wieder. Die Nato ließ verlauten, dass europäische Nato-Staaten im Jahre 2009 durchschnittlich 1,7 Prozent des BIP für das Militär ausgeben, Griechenland liegt mit 3,1 Prozent des BIP fast beim Doppelten. Bei der Betrachtung der geplanten Militärausgaben kommt die Frage auf, wo Griechenland seine Prioritäten setzt: Alleine für 40 neue Kampfflugzeuge

⁷⁹ Vgl. Focus Money Online (Schulden-Krise, 2011): Die fatalen Folgen der Euro-Einführung. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/schulden-krise-die-fatalen-folgen-der-euro-einfuehrung_aid_612834.html, 23.06.2013.

⁸⁰ Vgl. Statista (Staatsverschuldung von Griechenland 2013, 2013): Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/>, 23.06.2013.

⁸¹ Vgl. Spiegel Online (Wirtschaftskrise, 2010): Transparency beklagt Korruptionsboom in Griechenland. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wirtschaftskrise-transparency-beklagt-korruptionsboom-in-griechenland-a-681123.html>, 23.06.2013.

sollen 2,3 Mrd. Euro ausgegeben werden, für französische Fregatten 2,5 Mrd. Euro. Diese beiden Beispiele stellen nur einen Bruchteil der geplanten Ausgaben dar.⁸²

Die Staatsausgaben stiegen also an, während aber die Staatseinnahmen nicht anstiegen, sondern sanken.

Eine wichtige Einnahmequelle für einen Staat sind die Steuern. In Griechenland betrug die Konsumsteuer im Jahre 2007 lediglich 15,4 Prozent bei einem durchschnittlichen Konsumsteuersatz in der EU von 22,2 Prozent. Deutschland erhob zum gleichen Zeitpunkt einen Steuersatz von 19,8 Prozent⁸³. Der Kapitalsteuersatz betrug in Griechenland im gleichen Jahr 15,9 Prozent und in Deutschland 24,4 Prozent.⁸⁴ Verschwendung von Einnahmequellen traten somit hauptsächlich im Steuerbereich auf. Hätte Griechenland einen angemessenen Steuersatz erhoben, um seine Staatseinnahmen zu erhöhen und den Staatsausgaben anzupassen, hätte es seine Schulden vielleicht aus eigener Kraft begleichen können. Die Ausgaben hätten sicherlich auch angepasst werden müssen, jedoch herrschte ein absolut unausgeglichenes Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staates und Griechenland unternahm nichts um das zu ändern. Die Schattenwirtschaft spielte hier natürlich auch mit, denn durch das Billigen von Korruption gingen Milliarden an Steuergeldern verloren. Die Schätzwerte der Schattenwirtschaft gehen auseinander: Friedrich Schneider von der Universität Linz schätzt den Anteil auf 25 Prozent des offiziellen BIP⁸⁵, während der griechische Journalist Kostas Tsouparopoulos sogar von 40 Prozent des BIP ausgeht.⁸⁶ Beide Angaben stammen aus dem Jahre 2010, doch selbst wenn man von nur 25 Prozent ausgeht, so kann man das Ausmaß der Korruption in Griechenland erkennen, denn Deutschland hat im Vergleich im gleichen Jahr einen Anteil von 13,9 Prozent gemessen am BIP.⁸⁷ Bedenkt man, wie viele Gelder durch Steuerhinterziehungen verloren gehen, so erscheint es verständlich, dass

⁸² Vgl. Die Tageszeitung (Griechenlands Militärausgaben, 2013): Hochgerüstet in die Pleite. <http://www.taz.de/!58063/>, 22.06.2013.

⁸³ Vgl. European Commission, Taxation trends in the European Union, 2009, S.66.

⁸⁴ Vgl. European Commission, Taxation trends in the European Union, 2009, S.326.

⁸⁵ Vgl. Zeit Online (Griechenland, 2010): Abkehr von Fakelaki. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/griechenland-korruption-schwarzarbeit>, 23.06.2013.

⁸⁶ Vgl. Tagesschau (Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft in Griechenland, 2010): Anzeichen für die Krise gab es schon lange. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenlandsteuerhinterziehung100.html>, 23.06.2013.

⁸⁷ Vgl. Statista (Schattenwirtschaft in Deutschland, 2013): Umfang der Schattenwirtschaft in Deutschland in Prozent des BIP von 1995 bis 2012 und Prognose für 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/253682/umfrage/schattenwirtschaft-in-deutschland-in-prozent-des-bip/>, 23.06.2013.

Griechenland seine Einnahmequellen falsch nutzte. Schätzungen zufolge entgingen Griechenland alleine durch die Schattenwirtschaft 12 bis 30 Mrd. Euro.⁸⁸

Nachdem im Dezember 2009 Griechenlands Kreditwürdigkeit von allen drei großen Ratingagenturen, den Big Three, herabgestuft wurde und daraus folgend die Zinsaufwendungen stiegen sowie mehrere Länder verkündeten, nicht weiter in griechische Staatsanleihen zu investieren, begann Griechenland zu handeln. Am 14. Januar 2010 stellte Griechenland das erste Sparprogramm vor, das aus Steuererhöhungen sowie Gehaltskürzungen bestand und einen Einstellungsstopp im staatlichen Dienst vorsah. Durch diese Maßnahmen sollten die Staatsdefizite bis zum Jahre 2012 unter die 3-Prozent-Richtlinie nach den Maastricht Kriterien fallen. Zwei Wochen später segnete die EU-Kommission in Brüssel das vorgelegte Sparprogramm ab, erlegte Griechenland aber als Gegenleistung eine verpflichtende monatliche Berichterstattung auf. Nicht einmal zwei Monate nach der Verkündung des ersten Sparprogrammes, legte Griechenland das zweite Sparprogramm vor. Auch dieses Sparprogramm beinhaltete Steuererhöhungen im Bereich der Mehrwertsteuer sowie das Streichen der Beamtenrente. Dadurch sollten 4,8 Mio. Euro gespart werden. Am 23. April 2010 beantragt Griechenland das Hilfsprogramm, das zwei Wochen zuvor von EU und IWF verkündet wurde. Am 2. Mai 2010 einigten sich schließlich die EU-Kommission, die EZB und der IWF auf ein Hilfspaket in Höhe von 110 Mio. Euro. Das Hilfspaket wird in Tranchen ausgezahlt, wovon die erste Zahlung in Höhe von 5,5 Mio. Euro am 12. Mai 2010 durch den IWF erfolgt, 6 Tage später in Höhe von 14,5 Mio. Euro durch die EU.⁸⁹ Weitere Tranchen wurden in einem vierteljährlichen Abstand ausgezahlt, bis Ende 2011 in Summe 73 Mio. Euro. Die restlichen 37 Mio. Euro wurden auf das zweite Hilfspaket übertragen. Nach zahlreichen Verhandlungen stimmte die griechische Regierung letztlich einem Anpassungsprogramm zu, das 78 Mil. Euro einsparen sollte.⁹⁰ Das Sparprogramm bestand zu 50 Mio. Euro aus Privatisierungen von Staatsunternehmen und zu 28 Mio. Euro aus Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Bereich des öffentlichen

⁸⁸ Vgl. Handelsblatt (Griechenland Steuerhinterziehung, 2011): Bargeld lacht - aber nicht mehr in Griechenland. <http://blog.handelsblatt.com/global-reporting/2011/02/11/bargeld-lacht-aber-nicht-mehr-in-griechenland/>, 23.06.2013.

⁸⁹ Vgl. Arte Journal (Griechische Krise, 2011): Chronologie der griechischen Krise. <http://www.arte.tv/de/chronologie-der-griechischen-krise/3070230,CmC=3070054.html>, 27.06.2013.

⁹⁰ Vgl. Tagesschau (Euro-Rettungspakete, 2012): Der Geldfluss in die Krisenstaaten. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete106.html>, 27.06.2013.

Dienstes.⁹¹ Zum 21. Juli 2011 wurde das zweite Hilfspaket für Griechenland über 109 Mio. Euro beschlossen.⁹² Es folgen zahlreiche weitere Sparmaßnahmen und Sparprogramme. Details der einzelnen Sparprogramme werden in Kapitel 8 erläutert.

7.2 Das Auftreten und Handeln des IWF mit Bezug auf die Asienkrise

Um einer kritischen Betrachtung der Handlungen des IWF in der Griechenlandkrise gerecht zu werden, sollte ein Rückblick auf diese Sonderorganisation mit Hinblick auf die ursprünglichen Gründungszwecke erfolgen. Wie bereits in Kapitel 2.1 erwähnt, wurde der IWF in Bretton Woods in Folge der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre geschaffen und sollte ein globales Währungssystem erschaffen und diesbezüglich als Aufseher fungieren, sowie darüber hinaus als Kreditgeber seiner Mitgliedstaaten. Dadurch, dass der IWF eine internationale Organisation ist und fast alle Staaten dieser Welt zu seinem Mitgliedsstamm zählt, besitzt er Informationen über Finanzsituationen der ganzen Welt. Somit ist es ihm möglich, Krisen und ihre quantitativen Auswirkungen zu erfassen. Außerdem veröffentlicht der IWF eine Prognose des Weltwirtschaftswachstums im WEO. Somit spielt der IWF komplex betrachtet keine unwichtige Rolle, da es für einen optimalen Umgang mit Weltwirtschaftskrisen für alle Staaten notwendig ist, über die Ausmaße konkret informiert zu sein. In Griechenland herrscht in erster Linie eine Staatshaushaltskrise, d.h. eine finanzielle Krise und keine Währungskrise. Das Agieren des IWF in Währungskrisen ist seine ursprüngliche und priorisierte Aufgabe; inwieweit es seine Aufgabe war und ist, in der Staatshaushaltskrise Griechenlands einzugreifen, sei in Frage gestellt. Währungskrisen in Asien, Lateinamerika und Russland wurden durch den IWF bewältigt. In folgender Ausführung werden die konkreten Aktionen des IWF in der Asienkrise erläutert und bewertet.

Die Asienkrise begann im Jahre 1997 in Thailand und breitete sich auf Südkorea, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Singapur aus. Die Ursachen lagen in

⁹¹ Vgl. Tagesschau (Neue Kredite, 2011): Papandreu bringt Sparpläne durch. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland1322.html>, 27.06.2013.

⁹² Vgl. Tagesschau (Griechenland, 2011): Gipfel beschließt Beteiligung der Banken. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eurokrise134.html>, 27.06.2013.

eine unausgeglichene Außenwirtschaft bzw. immensen Auslandsverschuldung und einer Spekulationsblase auf dem Kreditmarkt. Des Weiteren existierte keine Fremdwährungssicherung. Dies wäre essentiell notwendig gewesen, denn asiatische Banken nahmen in großem Maße Kredite an den internationalen Finanzmärkten auf, vorwiegend in US-Dollar und in Yen. Im Inland wurden parallel Kredite vorwiegend in inländischer Währung und mit einer kürzeren Laufzeit ausgegeben. Somit standen die Rahmenbedingungen der aufgenommenen und ausgegebenen Kredite in keinem ausgeglichenen Verhältnis zueinander. Letztendlich konnten die Kredite an den internationalen Finanzmärkten nicht beglichen werden und die Auslandverschuldung trat ein. Es gab außerdem kaum Finanzaufsichten, Kredite wurden ausgegeben ohne Hinterfragung oder Prüfung der Bonitäten; ungedeckte Kredite waren die Folge. Die asiatische Währungsabwertung durch die immense Auslandsverschuldung führte zu sinkenden Exportpreisen und steigenden Importpreisen. Mit dem Ausbruch im Jahre 1997 in Thailand und daraus folgenden Ansteckungen weiterer asiatischer Länder, kam der IWF ins Spiel. Am schwersten getroffen waren Thailand, Südkorea und Indonesien. Der IWF entwickelte ein Hilfsprogramm, welches folgende drei Säulen beinhaltet: ein Refinanzierungspaket zur Begleichung der Schulden, makroökonomische Maßnahmen und grundlegende Modifikationen in den erforderlichen Sektoren der Wirtschaft. Die Finanzierung dieser Länder zu unterstützen, lag zweifellos innerhalb des Pensums des IWF. Insgesamt stellte der IWF 35 Mio. US-Dollar für die drei Länder bereit.⁹³ Diese Maßnahme ist der erste und wichtigste Schritt in einer solchen Krise, um die Wogen zu glätten und eine stabile Grundlage für weitere Maßnahmen zu schaffen. Dass weitere Maßnahmen nötig sind, ist nicht zu bestreiten. Eine Krise entsteht niemals ohne Eigenverschuldung, daher ist es essentiell, die Ursachen für eine solche Situation wie die der Asienkrise zu finden, und Maßnahmen zu erarbeiten um diese in Zukunft zu verhindern. In diesem Zusammenhang schaffte der IWF auch entsprechende Auflagen, die die Wirtschaft wieder stärken und den Finanzsektor stabilisieren sollten. Konkret fielen die makroökonomischen Auflagen auf eine restriktive Fiskalpolitik. Dadurch sollte eine weitere Abwertung der asiatischen Währungen verhindert werden. Das Regulieren der Fiskalpolitik ermöglicht ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht, einen hohen Beschäftigungsstand,

⁹³ Vgl. IMF (Asienkrise, 2000): Erholung von der Asienkrise und die Rolle des IWF. <http://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/deu/062300g.htm#chart7>, 27.06.2013.

Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum: das magische Viereck.⁹⁴ Generell ist es für eine stabile Wirtschaft wichtig, dass diese vier Sektoren existieren. Daher lässt sich durchaus die Maßnahme der restriktiven Fiskalpolitik dadurch begründen, dass die Zahlungs- und Leistungsbilanz der asiatischen Staaten zurück auf ein Gleichgewicht geführt werden mussten. Die Importe sollten reduziert werden und durch ein Bilanzgleichgewicht die Außenwirtschaft stabilisiert werden. Die Asienkrise entstand also aus anderen Ursachen als die Griechenlandkrise, nicht durch eine Staatsverschuldung. Auch wenn der IWF massive Kritik an seiner Vorgehensweise einstecken musste, so wie es aufgrund seiner strengen Auflagen oft der Fall war und ist, so gibt es auch durchaus positive Kommentare: „Die Medizin des IWF war richtig. Er konnte nur nicht durchsetzen, dass sie die Patienten richtig einnehmen“, wurde Rüdiger Dornbusch, Wirtschaftswissenschaftler der MIT Universität, zitiert.⁹⁵ Es lässt sich nicht bestreiten, dass der IWF keine Kontrolle darüber hat, ob die durch ihn auferlegten Maßnahmen realisiert werden, ob die Maßnahmen jedoch korrekt waren ist umstritten.

8. Eine Analyse der Rolle des IWF in der Finanzkrise am Beispiel Griechenlands

Am 25. März 2010 einigten sich die 16 Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder auf dem EU-Gipfel, im äußersten Notfall finanzielle Hilfe an Griechenland auszugeben. Der äußerste Notfall ist eine drohende Staatspleite. Auf einen Vorschlag von Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel einigte man sich außerdem darauf, den IWF unterstützend an dem Programm zu beteiligen.⁹⁶ Falls sich alle 16 Euro-Länder dafür entscheiden, dass der Notstand eingetreten ist und Griechenland ohne Rettung von außerhalb nicht in der Lage ist, sich gegen eine Staatspleite zu stemmen, würden Hilfspakete zugesichert werden.

⁹⁴ Vgl. Springer Gabler Verlag (Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, 2013): Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/stabilitaets-und-wachstumsgesetz-stwg.html?referenceKeywordName=Gesetz+zur+F%C3%B6rderung+der+Stabilit%C3%A4t+und+des+Wachstums>, 25.07.2013.

⁹⁵ Vgl. Handelsblatt (Asienkrise 1997,2010): Nachwehen bis in die heutige Zeit. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/asienkrise-1997-nachwehen-bis-in-die-heutige-zeit/3427028.html>, 24.07.2013.

⁹⁶ Vgl. BPB (EU-Gipfel, 2010): EU-Gipfel: Griechenland und "Europa 2020". <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69141/griechenland-und-europa-2020-26-03-2010>, 27.06.2013.

8.1 Das erste Rettungspaket, das Sparprogramm und die Prognose

Nachdem Griechenland das Hilfsprogramm beantragt hatte, einigten sich am 2. Mai 2010 die griechische Regierung und die Troika nach mehrtägigen Verhandlungen auf die Konditionen dafür. Dass ein Land, das sich vor dem Staatsbankrott befindet, nicht nur finanzielle Hilfe benötigen wird, ist offensichtlich. Insofern ist es durchaus sinnvoll, verständlich und auch relevant, dass die griechische Regierung sich einem Sparprogramm unterziehen muss, welches im Interesse der Troika liegt. Hier lässt sich ein Argument aus Kapitel 4.4 einbringen: Dem IWF obliegt eine objektivere Sichtweise in seinen Handlungen, da er als internationale Sonderorganisation keinen politischen Auflagen unterliegt, im Gegensatz zu seinen beiden Partnern. In nachfolgender Erörterung werden die Handlungen der Troika und des IWF im Einzelnen chronologisch beschrieben und einer kritischen Betrachtung unterzogen, inwieweit die Handlungen mit den Zielen des IWF vereinbar waren und inwieweit die Maßnahmen tatsächlich fördernd für Griechenland waren.

In dem ersten Hilfspaket vom 2. Mai 2010 wurde ein Kredit mit einer Laufzeit von 3 Jahren über insgesamt 110 Mrd. Euro vereinbart. Davon kamen 80 Mrd. Euro von der EU und 30 Mrd. Euro vom IWF. Es handelte sich um einen SBA Kredit, der in Kapitel 5.2.1. ausführlich erläutert wurde. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich Griechenlands Schulden auf rund 300 Mrd. Euro.⁹⁷ Das drastische Sparprogramm, das die Regierung mit der Kreditgewährung realisierte, ist umstritten, und genau hier spielt der IWF eine bedeutende Rolle, denn diese Vorgehensweise gehört zu seinem Charakter und wird seit jeher so praktiziert: Kredit gegen strikte Anpassungsprogramme. Der IWF geriet sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart aufgrund seiner harten Maßnahmen in Kritik, da ihm vorgeworfen wird, dass seine Maßnahmen zu drastisch seien und letztlich der Wirtschaft schaden würden.

Das Sparprogramm sah Einsparungen in den Sektoren Steuern, Renten, Beamtengehälter, Neueinstellungen und Militär vor. Wie in Kapitel 7.1 beschrieben, sind das die größten Quellen des Defizites in Griechenland. Das 13. und 14. Monatsgehalt für Beamte wurde komplett gestrichen und die Bonuszahlungen um 8 Prozent gekürzt. Arbeitnehmer mit einem monatlichen

⁹⁷ Vgl. Tagesschau (Staatspleite, 2010): Griechenland bittet um Finanzspritze. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland512.html>, 28.06.2013.

Einkommen unter 3000 Euro brutto haben das Anrecht auf 250 Euro Ostern- und Urlaubsgeld und weitere 500 Euro Weihnachtsgeld. Das Gehalt von Beschäftigten in staatlichen Unternehmen wird um 3 Prozent gekürzt. Angesichts der immensen Ausgaben im Bereich dieser Gehälter lässt sich dieser Schritt durchaus plausibel erklären. Die Einsparungen durch diese Maßnahme wurden für das Jahr 2010 mit 1,1 Mrd. Euro beziffert. Ebenfalls wird das 13. und 14. Monatsgehalt für Pensionäre gestrichen, wobei Pensionäre mit einem monatlichen Einkommen unter 2500 Euro Anspruch auf jeweils 200 Euro zu Ostern und im Sommer sowie 400 Euro zu Weihnachten haben. Durch diese Maßnahme sollten im Jahre 2010 1,5 Mrd. Euro eingespart werden. Durch das Aufschieben von Sonderzahlungen an 2,5 Millionen bedürftige Griechen sollten zusätzliche 400 Mio. Euro gespart werden. Weitere geplante Investitionen in den öffentlichen Sektor Griechenlands in Höhe von 500 Mio. Euro wurden gestrichen, womit in Summe 3,5 Mrd. Euro an Ausgabenkürzungen durch das auferlegte Sparprogramm fällig wurden.⁹⁸

Neben den zu hohen Ausgaben sind auch zu niedrige Einnahmen verantwortlich für die Misere. Demnach wurden in dem Sparprogramm nicht nur Ausgabenkürzungen, sondern auch potenzielle Einnahmequellen berücksichtigt, um das Defizit zu verringern. In Kapitel 7.1 wurden die Steuern als nicht wahrgenommene Einnahmequelle der Griechen erwähnt. Die Mehrwertsteuer wurde von 21 Prozent auf 23 Prozent erhöht, der ermäßigte Steuersatz von 10 auf 11 Prozent. Dadurch sollten im Jahre 2010 Einnahmen in Höhe von 800 Mio. Euro realisiert werden, in 2011 sogar 1 Mrd. Euro. Eine Erhöhung der Steuersätze auf Tabak, Alkohol und Benzin sollte zusätzliche Einnahmen von 450 Mio. Euro im Jahre 2010 und 600 Mio. Euro im Jahre 2011 generieren. In Summe beliefen sich die zusätzlichen Einnahmen aus dem Sparprogramm für das Jahr 2010 auf 1,2 Mrd. Euro.⁹⁸

Das Wirtschaftswachstum wurde für das Jahr 2010 mit einem Rückgang von 4 Prozent, für 2011 lediglich mit einem Rückgang von 2,6 Prozent und ab 2012 mit einem Aufschwung von 1,1 Prozent und 2,1 Prozent jährlich. Die Verschuldung in Prozent vom BIP wurde bis einschließlich 2014 mit einem Anstieg prognostiziert. Für 2010 auf 133,3 Prozent, für 2011 auf 145,1 Prozent, für 2012 auf 148,6 Prozent und für 2013 auf 149,1 Prozent. 2014 soll sich die Verschuldung nur noch

⁹⁸ Vgl. Bloomberg (Greece, 2010): Greece outlines conditions of EU-IMF Package. <http://www.bloomberg.com/news/2010-05-02/greece-to-cut-spending-raise-taxes-as-part-of-eu-imf-package-summary.html>, 28.06.2013.

auf 144,3 Prozent des BIP belaufen. Das Staatshaushaltsdefizit soll gegenläufig dazu aber sinken, da sich nach dem Sparprogramm schließlich die Einnahmen erhöhen sollen, während die Ausgaben sinken. Für 2010 wurde eine Reduzierung auf 8,1 Prozent, für 2011 auf 7,6, für 2012 auf 6,5, für 2013 auf 4,9 prognostiziert und ab 2014 soll das Staatshaushaltsdefizit die Maastricht-Grenze von 3 Prozent erreicht haben.⁹⁸

Die Ausgabenkürzungen sind sicherlich gerechtfertigt. In Kapitel 7.1 wurden beispielsweise Vergleiche des Beamtentums in Griechenland und Deutschland herangezogen. Sowohl die Anzahl der Beamten als auch die Zusatzkonditionen, die Beamte in Griechenland genießen, sind überspitzt und vor allem verglichen mit Griechenlands Einnahmen absolut nicht gerechtfertigt. Der jahrelang aufgeblähte Beamtenapparat hat Unmengen an griechischen Gelder verschwendet. Auch die weiteren Ausgabenkürzungen sind sicherlich in dem Sinne gerechtfertigt, dass die Ausgaben als Quellursache für das Defizit verantwortlich gemacht werden können. Doch ob ein solch radikaler Einschnitt nicht auch zu große negative Einflüsse auf die Wirtschaft birgt, sollte auch untersucht werden. Wie bereits erwähnt geriet der IWF bereits des Öfteren in Kritik aufgrund seiner rigorosen Maßnahmen in den betroffenen Ländern, denen er Kredite genehmigt. Auf den ersten Blick klingen alle genannten Maßnahmen des Sparprogramms plausibel und leuchten ein. Doch das Wirtschaftswachstum, das bei Einhalten des Sparprogrammes prognostiziert wurde, blieb aus. Prognostiziert wurde ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent für das Jahr 2012. Tatsächlich aber schwächte die Wirtschaft um 6,38 Prozent im Vergleich zu 2011 ab.⁹⁹ Griechenland befindet sich nicht wie vorhergesagt im Aufschwung, sondern immer noch in der Rezession. Hier wurden offensichtlich falsche Annahmen, zu optimistische Annahmen, und gravierende Fehleinschätzungen gemacht. Das nicht eingetretene Wirtschaftswachstum kann man auf das Sparprogramm zurückführen. Die Staatssanierung bremst das Wachstum zumindest kurzfristig; langfristig lassen sich die Prognosen eher als realitätsnah bewerten. Dass Griechenland sich zum Zeitpunkt der ersten Zahlung des IWF nicht in einer für eine Darlehensgewährung erforderlichen Position befand und trotzdem Zahlungen

⁹⁹ Vgl. Statista (BIP in Griechenland, 2013): Griechenland: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14538/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-griechenland/>, 28.06.2013.

seitens des IWF erhielt, gestand der IWF offiziell als Fehlhandeln ein.¹⁰⁰ Er war sich bewusst, dass die Schulden nicht tragfähig sind und unterschätzte die Folgen dieser harten Maßnahmen im ersten Rettungspaket. Als Folge des strikten Sparprogrammes stieg die Arbeitslosenquote von 2009 auf 2013 auf fast das Dreifache an. In folgender Abbildung werden die Details deutlich.

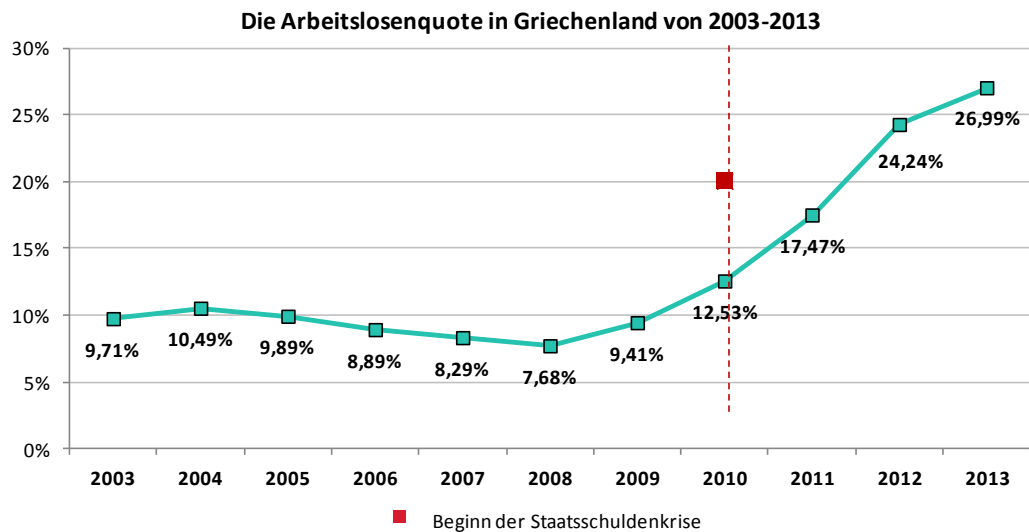


Abbildung 6: Die Arbeitslosenquote in Griechenland von 2003-2013¹⁰¹

Letztlich kommt es auf die Sichtweise an, ob man die Maßnahmen als notwendig erachtet oder nicht. Allerdings sollte man die negativen Folgen daraus nicht verharmlosen, denn dass die Wirtschaft nicht gewachsen ist, ist Fakt, ebenso wie die sinkende Arbeitnehmerzahl. Dass der eigentliche Zweck dieser Maßnahmen verfehlt wurde, lässt kaum Raum für Ausreden, dass hier falsch gehandelt wurde. Das straffe Sparprogramm dieses ersten Hilfspaketes hat die Krise nicht bewältigt, sondern weiter geschürt. Dies lässt sich durch das Sparparadoxon erklären: Dadurch, dass der Staat Griechenland hohe Einsparungen vornehmen musste, wurden beispielsweise Gehälter gekürzt, Sonderzulagen gekürzt oder gestrichen, und Stellen gestrichen. Mit sinkendem Gehalt und steigender Arbeitslosenquote verringerte sich das Einkommen des griechischen Volkes. Durch das sinkende Einkommen musste der Konsum verringert werden und die Nachfrage sank, was sich wiederum auf die Realwirtschaft Griechenlands auswirkte. Hier kommt der

¹⁰⁰ Vgl. IMF (Greece, 2013): Greece: Ex post evaluation access under the 2010 Stand-By Arrangement. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13156.pdf>, 24.07.2013.

¹⁰¹ Vgl. Statista (Arbeitslosenquote, 2013): Griechenland: Arbeitslosenquote von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>, 25.07.2013.

so genannte Multiplikator-Effekt hinzu, denn das reale gesamtwirtschaftliche Einkommen sinkt nicht analog zum anfänglichen Einkommensrückgang, sondern um einen Multiplikator gesteigert. Mit diesem Sparparadoxon lässt sich die Auswirkung des straffen Sparprogrammes in Griechenland erklären. Ob dieses mögliche Szenario beispielsweise in die Prognosen mit einbezogen wurde, ist fraglich. Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob das Sparprogramm mit realitätsnäheren Prognosen - und zwar Prognosen, die die andauernde Rezession gezeigt hätten, genehmigt worden wäre. Der IWF als internationale Organisation mit fundierter Erfahrung in Krisenbewältigung hätte sich jedenfalls der Konsequenzen bewusst sein sollen und vor allem die Konsequenzen deutlich machen müssen.¹⁰²

8.2 Das zweite Rettungspaket

Ob der IWF im zweiten Rettungspaket die gleiche Strategie verfolgte oder ob er hier bereits durchscheitern ließ, dass er sich über das erste Rettungspaket und dessen Fehlschlagen bewusst war, wird in folgendem Kapitel erörtert. Am 8. September 2010 wurde ein Rückgang der griechischen Wirtschaft um 3,7 Prozent verzeichnet. Der Rückgang wird auf das Sparprogramm zurückgeführt.¹⁰³ Eurostat veröffentlichte am 26. April 2011 ein Haushaltsdefizit für Griechenland von 10,5 Prozent des BIP im Jahre 2010. Auch hier gingen der IWF und seine EU-Partner der Troika von falschen Prognosen aus und gaben lediglich 9,6 Prozent an. Verglichen mit 2009 wiederum zeichnen sich Besserungen ab: 2009 lag das Defizit noch bei 15,4 Prozent des BIP.¹⁰⁴ Der IWF bestätigte am 15. März 2012 seine Beteiligung an einem zweiten Rettungspaket über 28 Mrd. Euro.¹⁰⁵ Die griechische Regierung hob den SBA-Kredit des ersten Rettungspaketes auf, bevor die Auszahlung in voller Höhe realisiert wurde. Es wurden lediglich 73 Mrd. Euro, davon 20,1 Mrd. des IWF, ausgezahlt. Somit blieben in Summe 34,3 Mrd. Euro übrig, die auf das zweite Rettungspaket übertragen werden sollten, davon 9,9 Mrd. Euro vom IWF stammend. Im Gegenzug für die Gewährung des 28 Mrd.

¹⁰² Vgl. Springer Gabler Verlag (Sparparadoxon, 2013): Sparparadoxon.

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/sparparadoxon.html>, 25.07.2013.

¹⁰³ Vgl. Tagesschau (Griechenland, 2010): Wirtschaft am Peloponnes schrumpft.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland908.html>, 28.06.2013.

¹⁰⁴ Vgl. Tagesschau (Griechenland Verschuldung, 2011): Griechisches Defizit höher als befürchtet.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland1040.html>, 28.06.2013.

¹⁰⁵ Vgl. Tagesschau (Euro Rettungspakete, 2013): Der Geldfluss in die Krisenstaaten.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete108.html>, 01.07.2013.

Euro Kredits erwartete der IWF wiederum die Einwilligung Griechenlands in bestimmte Sparmaßnahmen. “The new Fund-supported program will enable Greece to address these challenges while remaining in the Eurozone. The program focuses on restoring competitiveness and growth, fiscal sustainability, and financial stability,” kommentierte Christine Lagarde, Chefin des IWF, die Notwendigkeit der Sparmaßnahmen.¹⁰⁶ Sie bemerkte in ihrem Kommentar enorme Anstrengungen in Griechenland, um die schmerzhaften Maßnahmen des ersten Rettungspaketes über die vorangegangenen zwei Jahre zu implementieren und erwähnte auch die Reduzierung des Haushaltsdefizites. Dennoch betonte sie, dass sich Griechenland weiterhin mit enormen Herausforderungen konfrontiert sähe, welche sich vor allem auf die Reduzierung der öffentlichen Verschuldung, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie das unterkapitalisierte Bankensystem stützten. Der IWF bezeichnet als Hauptziel das Wachstum, da dies für eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit essentiell sei.¹⁰⁶ Welche Maßnahmen er zu Erreichung dieses Zieles fordert, wird in folgendem Abschnitt detailliert erläutert.

Gehalts- und Lohnreduzierungen werden abermals als Ursache für die prekäre Situation verantwortlich gemacht. Löhne stiegen um ein Vielfaches an, verglichen mit anderen Euro-Ländern (vgl. Kapitel 7.1), während die Produktivität nicht analog dazu folgen konnte. Lohnstückkosten können entweder durch eine Steigerung der Produktivität oder durch Lohnanpassungen reguliert werden. Daher sieht das Sparprogramm des IWF Arbeitsmarktreformen vor, um die Lohnkosten zu senken, aber gleichzeitig nicht die Arbeitslosenquote zu erhöhen, sondern möglichst gering zu halten.¹⁰⁶ Der Mindestlohn der griechischen Bevölkerung ist ebenso hoch in Relation zu anderen Euro-Ländern wie das Lohnniveau. Im Jahre 2012 lag der Mindestlohn bei 756 Euro und sollte um 22 Prozent gesenkt werden.¹⁰⁷

Des Weiteren verlangte der IWF die Zustimmung zum Verkauf öffentlicher Güter. Durch die Privatisierung von öffentlichen Sektoren fährt der Staat zusätzliche Einnahmen ein, die er dringend benötigt, um seine Schulden zu reduzieren. Der IWF bezifferte den Betrag, der durch Privatisierungen eingenommen werden

¹⁰⁶ Vgl. IMF (IMF Survey: Greece Program, 2013): IMF Board Approves €28 Billion Loan for Greece. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/car031512b.htm>, 01.07.2013.

¹⁰⁷ Vgl. Handelsblatt (Offene Fragen, 2012): Griechischer Mindestlohn soll drastisch sinken. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/offene-fragen-griechischer-mindestlohn-soll-drastisch-sinken/6187706.html>, 01.07.2013.

kann, auf 50 Mrd. Euro. Kurzfristig, das heißt bis 2015, sollen davon bereits 15 Mrd. Euro realisiert worden sein.¹⁰⁶ Die Privatisierungen sollen vor allem in Flughäfen und Stromanbietern vorgenommen werden.

Außerdem werden weitere Kürzungen zusätzlich zu den realisierten Kürzungen aus dem ersten Rettungspaket im Bereich der Rentenzahlungen verlangt. Allerdings werden diese Kürzungen nur bei Rentenzahlungen über 1.300 Euro monatlich erfolgen.¹⁰⁸

Wie ebenfalls bereits im ersten Rettungspaket vorgenommen, werden auch in dem Sparprogramm des zweiten Rettungspaketes Einsparungen im staatlichen Dienst erfolgen. Nachdem bereits das 13. und 14. monatliche Beamtengehalt gestrichen sowie die Rentenzahlungen gekürzt wurden, sollen nun Stellen gestrichen werden. Bis Ende 2015 sollen 150.000 Staatbedienstete entlassen werden. Diese Maßnahme ist wichtig, da der aufgeblähte Beamtenapparat Griechenlands die Ausgabenseite des Staates über die letzten Jahre unermesslich und unnötig erhöht hat. Sollte das Streichen dieser 150.000 Stellen nicht die erwarteten Einsparungen bringen bzw. nicht ausreichend sein, behält sich das Sparprogramm die Möglichkeit eines Einstellungsstopps vor.¹⁰⁸

Steuererhebungen bilden für jeden Staat eine Haupteinnahmequelle; nicht so in Griechenland. Bereits das erste Sparprogramm, welches an das erste Rettungspaket geknüpft war, sah Steuererhöhungen im Bereich der Mehrwertsteuer und der Verbrauchersteuer vor. Zusätzlich dazu sollen mit dem neuen Sparprogramm Befreiungen von Steuerabgaben komplett gestrichen werden. Außerdem soll es mehr Kontrollen geben, um Steuerrückständen und Steuerhinterziehungen vorzubeugen, welche auch ein großes Problem in Griechenland darstellen. Die griechische Korruption wurde bereits in Kapitel 8.1 näher beschrieben; hier sind eindeutig Maßnahmen erforderlich, um diese Vorkommnisse zu beseitigen. Bisher wurden wider besseres Wissen kaum Sanktionen auferlegt bei solchen Vergehen, das soll sich grundlegend ändern. Konkret sollen dazu Einstellungen im Bereich der Verwaltung stattfinden, um das Steuerwesen zu überprüfen, Steuerbehörden sollen fusioniert werden und Finanzämter die als nicht effizient betrachtet werden sollen im Gegenzug geschlossen werden.¹⁰⁸

¹⁰⁸ Vgl. Tagesschau (Auflagen für Griechenland, 2012): Sparen an allen Ecken und Enden. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/sparmassnahmen102.html>, 03.07.2013.

Zu Beginn dieses Kapitels wurde der unterkapitalisierte Bankensektor erwähnt, was bedeutet, dass die griechischen Banken einen zu geringen Eigenkapitalanteil besitzen. Eine Folge der Staatsverschuldung ist, dass Fremdkapital im Überfluss existiert, während kaum Eigenkapital vorhanden ist. Damit Griechenland sich aus der Staatsverschuldung tatsächlich befreien kann, müssen also auch im Bankensektor Änderungen vorgenommen werden und Ziele gesetzt werden. Bis zum dritten Quartal des Jahres 2012 sollen die Banken hierzu eine Kernkapitalquote von 9 Prozent vorweisen. Die Kernkapitalquote ergibt sich aus dem Kreditvolumen und dem Eigenkapital, wobei weniger als 6 Prozent als risikoreich gelten und Insolvenzgefahr besteht, da die Wahrscheinlichkeit, dass die betroffene Bank Verluste nicht abdecken kann sehr hoch ist.¹⁰⁹

Zusätzlich musste die griechische Regierung bereits vor Genehmigung des zweiten Rettungspaketes Kürzungen zustimmen, die umgehend in Höhe von 3,3 Mrd. Euro erfolgten. Dazu gehören Einsparungen im Gesundheitssektor von 1 Mrd. Euro und 860 Mio. Euro im Bereich der Investitionen. Auch die Militärausgaben, die in Kapitel 8.1 als bedeutende Ausgabequelle genannt wurden, wurden um 300 Mio. Euro gekürzt. Die restlichen 325 Mio. Euro wurden durch Kürzungen in der Verteidigung, Verwaltung sowie den Lohnkosten erwirtschaftet.¹⁰⁸

Summa summarum handelt es sich also um ein Sparprogramm mit enorm schmerzhaften Veränderungen. Neben der Voraussetzung, dass kurzfristig 3,3 Mrd. Euro eingespart werden, gab es noch eine weitere: der Schuldenschnitt. Dieser wird in folgendem Kapitel erläutert, sowie auf seine Auswirkungen eingegangen.

8.3 Der Schuldenschnitt

Eine Voraussetzung für die Gewährung des zweiten Rettungspaketes war der Schuldenschnitt. Ein Schuldenschnitt bedeutet einen Schuldenerlass, welcher in der Regel erst dann realisiert wird, wenn es als unmöglich erachtet wird, dass ein Staat sich ohne dieses Vorgehen aus einem Haushaltsdefizit befreien kann. Mit einem Schuldenschnitt fallen nicht nur die Rückzahlungen aus, sondern auch

¹⁰⁹ Vgl. ARD (Kernkapitalquote, 2013): Kernkapitalquote.
<http://boerse.ard.de/boersenwissen/boersenlexikon/kernkapitalquote-100.html>, 24.07.2013.

Zinszahlungen, welche durchgehend eine hohe Belastung für einen Staat mit Haushaltsdefizit darstellen.

Der IWF drängte auf einen Schuldenschnitt Griechenlands, da er andernfalls keinen langfristigen Haushaltsausgleich für möglich sah. Ohne einen Schuldenschnitt hätte sich der IWF nicht an einem zweiten Rettungspaket beteiligt, da er die Schulden Griechenlands nicht für tragfähig hielt und nicht daran glaubte, dass bis 2020 die geforderten 120 Prozent von Griechenlands Verschuldung am BIP erreicht werden könnten. Der IWF forderte nicht nur eine Beteiligung der privaten Gläubiger, sondern auch eine Beteiligung der staatlichen Gläubiger. Dem stellte sich allerdings die EZB entgegen, sie verlangte eine ausreichende Stabilisierung Griechenlands durch den Schuldenerlass seitens des Privatsektors. Vor der Realisierung des Schuldenschnittes stammten 66,12% der Schulden von Krediten privater Gläubiger und 33,88% von öffentlichen Gläubigern, wozu der IWF, die EZB und die Eurostaaten zählen.¹¹⁰

Tatsächlich wurde ein Schuldenerlass der privaten Gläubiger durchgeführt. Dazu zählen Banken, Versicherer und Fonds. Dies erfolgte, indem Anleihen zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes, längerer Laufzeit und niedrigeren Zinsen umstrukturiert wurden. Es wird unterschieden zwischen Anleihen nach griechischem und nach ausländischem Recht. 85,8 Prozent Griechenlands privater Gläubiger stimmten einem Schuldenerlass durch Restrukturierung ihrer griechischen Anleihen um mehr als die Hälfte, nämlich 53,5 Prozent, vermindert zu. 69 Prozent der Gläubiger ausländischer Anleihen stimmten ebenfalls einer Restrukturierung zu.¹¹¹ Insgesamt wurden Griechenland durch den Schuldenschnitt rund 107 Mrd. Euro von den 200 Mrd. Euro Schulden aus Staatsanleihen erlassen. Zum Zeitpunkt des Schuldenschnittes beliefen sich Griechenlands Schulden auf 350 Mrd. Euro und wurden somit um rund ein Drittel gemindert. Ziel des IWF ist es, durch den Schuldenschnitt bis 2020 eine Verschuldungsquote von 124 Prozent zu erreichen. Zwei Jahre später sollen sogar 110 Prozent erreicht werden. Nach neuen Prognosen allerdings werden 2022 lediglich 113 Prozent erreicht sein, weshalb es Diskussionen um einen zweiten

¹¹⁰ Vgl. Focus Online Money (Schuldenschnitt für Griechenland, 2012): Bundesregierung stellt sich vor die EZB. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/schuldenschnitt-fuer-griechenland-bundesregierung-stellt-sich-voor-die-ezb_aid_706746.html, 06.07.2013.

¹¹¹ Vgl. Focus Online Money (Athener Schuldenschnitt, 2012): Beteiligung an Athener Schuldenschnitt bei 85,5 Prozent. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/griechische-regierung-beteiligung-an-athener-schuldenschnitt-bei-85-8-prozent-_aid_722157.html, 06.07.2013.

Schuldenschnitt mit Einbeziehung der öffentlichen Gläubiger gibt.¹¹² Der IWF plädiert darauf, dass Griechenlands Schulden ohne einen weiteren Schuldenschnitt nicht tragfähig sind. Ein Schuldenschnitt bringt jedoch immer Nachteile mit sich. Die Bonität wird negativ beeinflusst, es wird ersichtlich, dass der betroffene Staat zahlungsunfähig ist. Da wiederum die Kreditgeber des Staates keine Rückzahlung erhalten oder zumindest nur zu einem geringen Anteil des ursprüngliche Wertes, verschlechtert sich auch deren Bonität. Deswegen ist ein Schuldenschnitt der letzte Schritt, der vollzogen wird, wenn alle anderen Maßnahmen nicht ausreichend waren. Resultierend aus einem Schuldenschnitt kann es dazu kommen, dass die existierenden Probleme nicht weiter bekämpft werden. Es könnte schließlich ein weiterer Schuldenerlass kommen. Doch genau dieses Phänomen versucht der IWF durch seine strikten Kontrollen der Einhaltung der Sparprogramme zu verhindern. Dass ein Schuldenschnitt in Griechenland unausweichlich war, liegt auf der Hand, wenn man seine Verschuldung vor dem Schuldenerlass und die Höhe der Einsparungen betrachtet. Die Einsparungen weiter zu erhöhen um Schulden begleichen zu können, hätte verheerende Folgen mit sich bringen können, da bereits drastische Maßnahmen realisiert wurden, wie in den beiden vorherigen Kapiteln beschrieben, und das Sparpotential irgendwann ausgeschöpft ist.

8.4 Eine Analyse der Wirksamkeit der Maßnahmen anhand von Kennzahlen Griechenlands

In diesem Kapitel soll anhand von ausgewählten Kennzahlen Griechenlands die Entwicklung der Wirtschaft durch die auferlegten Maßnahmen verdeutlicht werden (vgl. Anlage 1). In dem gesamten Kapitel wird der Zeitraum von 2009-2012 betrachtet, sofern nicht anders angegeben. Das reale BIP ist ein wichtiger Indikator für den Wohlstand bzw. die Wirtschaftlichkeit einer Volkswirtschaft. Im Zeitraum von 2009-2011 sank das reale BIP Griechenlands im Vergleich zum Vorjahr mit steigender Tendenz jeweils um 3,1 %, 4,9 % und 7,1 %.¹¹³ 2012 sank das reale BIP zwar auch im Vorjahresvergleich, mit 6,4 % allerdings um weniger

¹¹² Vgl. Focus Online (Zweiter Schuldenschnitt, 2013): Kommt bald der zweite Griechen-Schuldenschnitt. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/euro-retter-im-clinch-kommt-bald-der-zweite-griechen-schuldenschnitt_aid_1008786.html, 24.07.2013.

¹¹³ Vgl. IMF (Economic Indicators): Greece: Selected Economic Indicators, 2009-13. <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1364.htm>, 25.07.2013.

Prozentpunkte als im Vorjahr.¹¹⁴ Der IWF gab eine Prognose von -6 % für das Jahr 2012 ab und rechnet für das Jahr 2013 mit einer Veränderung von -4,2 % im Vergleich zu 2012.¹¹³ Es wird also weiterhin nicht mit einer wachsenden Wirtschaft in Griechenland sondern gegenläufig mit einer schrumpfenden Wirtschaft gerechnet. In Kapitel 8.1 wurde erwähnt, dass der IWF in einem offiziellen Statement ein Fehlhandeln eingestand. Dabei bezog er sich unter Anderem auf seine Prognosen, die in großem Maße zu positiv aussahen, da sie die Auswirkungen der starken Sparmaßnahmen unterschätzten. Er prognostizierte eine prozentuale Reduzierung des realen BIP von 5,5 %, tatsächlich verringerte es sich aber um 17 %.¹¹⁵ Gründe für eine Reduzierung des realen BIP sind Rückgänge im Konsum, in Investitionen, in Staatsausgaben sowie in Exporten. In Griechenland wurde dies durch die Sparauflagen bewirkt.

Wesentliche Sparmaßnahmen der beiden Hilfspakete, die in den Kapiteln 8.1 und 8.2 beschrieben wurden, waren Kürzungen der Staatsausgaben. Darunter fielen unter Anderem Kürzungen im Lohnsektor. Betrachtet man die prozentuale Vorjahres-Veränderung der Lohnstückkosten, so erkennt man einen deutlichen Rückgang. 2009 stiegen die Lohnstückkosten noch an, ab 2010 gingen sie zurück. In Summe wurde in dem betrachteten Zeitraum ein Rückgang von 6,9 % erwirkt. Nach dem Anstieg in 2009 von 4,2 %, erfolgte in den Jahren darauf jeweils eine Reduzierung von 1,1 %, 3,9 % und 6,1 %.¹¹³ Diese Veränderung lässt sich auf die in den Sparprogrammen enthaltenen Lohnsenkungen zurückführen und somit auch auf den IWF.

Generell sollen die Einnahmen steigen während die Ausgaben sinken. Die Einnahmen stiegen seit 2009, ausgehend von 38,3 % des BIP, bis 2012 (geschätzter Wert) auf 44,1 % des BIP um 5,8 Prozentpunkte an. Die Ausgaben auf der anderen Seiten nahmen im gleichen Zeitraum um 3,6 Prozentpunkte ab. Bis zum Jahresende 2013 erwartet der IWF einen Anstieg der Einnahmen um weitere 0,2 Prozentpunkte sowie einen Rückgang der Ausgaben um weitere 2 Prozentpunkte.¹¹³

¹¹⁴ Vgl. Statista (Reales BIP): Griechenland: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14538/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-griechenland/>, 25.07.2013.

¹¹⁵ Vgl. IMF (Greece, 2013): Greece: Ex post evaluation access under the 2010 Stand-By Arrangement. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13156.pdf>, 25.07.2013.

Da Griechenland in Zahlungsbilanzschwierigkeiten steckt, wird auch auf die Leistungsbilanz eingegangen, die Einnahmen und Ausgaben eines Staates gegenüberstellt. Prozentual gemessen am BIP zeigt diese eine Verbesserung von 7,8 Prozentpunkten für den betrachteten Zeitraum (2012: geschätzter Wert). Bis zum Jahresende 2013 erwartet der IWF eine kumulierte Verbesserung von 10,4 Prozentpunkten, womit die Leistungsbilanz nur noch -0,8 % des BIP beträgt.¹¹³

Essentiell ist auch eine Betrachtung der Bruttostaatsverschuldung, die bis auf einen Abschwung im Jahre 2012 stetig ansteigt, wie man auch in Abbildung 5 erkennen kann.

9. Fazit

Zweifelsohne spielt der IWF eine bedeutende Rolle in der heutigen Finanzkrise. Dass diese Rolle begrenzt ist und sich teilweise auch situationsbedingt ergibt, wurde in vorangegangener Auslegung erörtert. In nachfolgendem Kapitel sollen die wichtigsten Aspekte noch einmal wiedergegeben werden und ein Resümee dargelegt werden.

In Kapitel 2 und Kapitel 3 wurden die Funktion und das Mandat des IWF beschrieben. Dazu zählt die Sicherung des internationalen währungspolitischen Zusammenspiels, das gerade in existierenden Staatshaushaltskrisen essentiell ist, denn das Vertrauen anderer Staaten ist dann oftmals nicht stabil. Dies schafft der IWF auch zu realisieren, indem er wie in Griechenland agiert und sich an der Rettung gefährdeter Währungsräume beteiligt. Der IWF hielt Griechenlands Schulden laut einem offiziellen Bericht für nicht tragfähig, was seinem Grundsatz nach eine finanzielle Unterstützung für nicht vertretbar erklärt hätte. Dass er trotz besserem Wissen seine Unterstützung zusagte, wird durch eine Betrachtung seines Mandates ersichtlich: ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels, Währungsstabilitäten, Zahlungsungleichgewichte zu verkürzen, ein multilaterales Zahlungssystem - all das zählt zu seinen Interessen, die er nur durch Zusage seiner Unterstützung vertreten konnte.

In der globalen Finanzkrise übernimmt der IWF eine Beobachterrolle, stellt Prognosen und berät die Weltwirtschaft und analysiert deren Entwicklung. Ein

breites Informationsspektrum, welches ihm durch seine Kapitalmarktteiligung gegeben ist, ermöglicht ihm sehr genaue Beobachtungen und analytische Fähigkeiten an den globalen Finanzmärkten. Von globalen Finanzkrisen sind, wie in der heutigen, anfangs die privaten Marktteilnehmer betroffen, wobei der IWF nicht aktiv wird, indem er Entscheidungen treffen kann oder konkrete Handlungen vollzieht; was nicht bedeutet, dass seine Rolle in der globalen Finanzkrise minder wichtig ist. Es ist lediglich so, dass er hauptsächlich eine Beobachter- und Beraterrolle übernimmt. Er verfügt über eine exzellente Expertise um wirtschaftliche Gegebenheiten zu analysieren. Im Jahre 2007 warnte er vor einer starken Ausbreitung der Krise - und behielt damit Recht. Er bemängelt beispielsweise bereits seit Jahren die fehlende Bankenaufsicht, womit er einen wichtigen oder überhaupt den wichtigsten Punkt in der aktuellen globalen Finanzkrise offenlegt. Mit einer strikteren Bankenaufsicht und einer höheren Kapitalbeschaffungsgrenze hätten die Banken die in Kapitel 6 beschriebenen strukturierten Kreditprodukte, die bekanntermaßen Auslöser der Krise waren, gar nicht erst verbreiten können. Großbanken werden im Endeffekt meistens von einem Rettungsschirm aufgefangen, da sie zu groß sind und eine Insolvenz verheerende Auswirkungen haben würde; wie bei der Schließung der Investmentbank Lehman Brothers. Auch die daraus resultierenden Folgen sind aus Kapitel 6.1 bekannt. Der IWF berät also nicht nur prognostizierend, sondern auch nachhaltig: Er zieht Lehren aus den vergangenen oder noch bestehenden Krisen. Ein weiteres Beispiel: Kapitalverkehrskontrollen wurden vom IWF nicht als erforderlich befunden - bis sie durch die Asienkrise das Gegenteil erkennen konnten und diese als legitim befanden.

Wird der IWF in einer Staatshaushaltskrise tätig und fungiert als Geldgeber, so greift er aktiver ein, indem er sich in eine Position lenkt, in der ihm eine gewisse Entscheidungsfreiheit obliegt. Generell sind die Auszahlungen von Kredittranchen durch den IWF an Bedingungen geknüpft. Da Staaten in Not, wie Griechenland, auf finanzielle Hilfe angewiesen sind, erzwingt er gewissermaßen wirtschaftliche und strukturelle Maßnahmen: Ohne Realisierung seiner Bedingungen wird die Auszahlung verweigert. Diese Vorgehensweise wird in der Öffentlichkeit oftmals starker Kritik unterzogen, wobei man sicherlich die Folgen der Maßnahmen abwägen muss. Im Falle der Staatshaushaltskrise in Griechenland waren die realisierten Sparprogramme angesichts der enormen Ausgaben in den in Kapitel

8.1 beschriebenen Bereichen durchaus gerechtfertigt und notwendig. Finanzspritzen zu geben ohne die Ursachen der existierenden Situation zu bekämpfen, führt ins Bodenlose. Dass er mit seinen Prognosen nicht immer richtig liegt, und dass es auch falsche Einschätzungen hinsichtlich der Sparmöglichkeiten Griechenlands gab, hat er öffentlich gestanden. Für eine definitive Analyse seiner Handlungen ist die Situation nicht ausgereift genug, da eine Restrukturierung und damit einhergehende Sanierungsmaßnahmen ihre Wirksamkeit nicht sofort entfalten. Schulden können auch durch einen Schuldenschnitt und zahlreiche Geldflüsse nicht umgehend bereinigt werden. Die neue Wirtschaftsstruktur durchläuft einen andauernden Anpassungsprozess und die Einnahmen müssen konsistent steigen bei sinkenden Ausgaben. Dass Griechenland in einer sehr angespannten und intensiven Krise steckt, kann auch der IWF nicht alleine ändern. Die Vorgehensweise, Tranchen auszuzahlen und keine einmalige Auszahlung zu tätigen, nicht zu hohe Beträge in den kranken Staat zu pumpen und Maßnahmen gewissermaßen zu erzwingen, sollte sich langfristig gesehen positiv auf die griechische Wirtschaft ausüben. Die Voraussetzung der Umsetzung der Maßnahmen, die sich der IWF sichert, bevor er Auszahlungen tätigt, mag sicher ein harter Prozess sein und ist, wie bereits erwähnt, vielerorts kritisiert, jedoch kann Griechenland ohne radikale Veränderungen keinen Aufschwung erwarten. Ob der betroffene Staat, so wie Griechenland, die Maßnahmen auch tatsächlich in der Form realisieren wird oder kann, liegt außerdem nicht in den Händen des IWF. Bleibende Reformorientierung ist aber in jedem Falle unverzichtbar. Insofern spielt der IWF eine bedeutende Rolle in der Staatshaushaltskrise in Griechenland nicht nur als Geldgeber, sondern auch oder vor allem aufgrund seiner Überwachungsfunktion.

Auch wenn der IWF bereits bedeutende Rollen übernommen hat und in Zukunft sicherlich auch übernehmen wird, ob als Beobachter oder durch aktive Handlungen; er wird nicht immer gebraucht. Dass er Prognosen über die globale Finanzkrise stellt und seine Aktivitäten auf diesem Gebiet weiter ausführt, ist nicht in Frage zu stellen, da es Teil seines Mandates ist und er als wichtiges Medium zwischen seinen Mitgliedern fungiert. Doch in Ungleichgewichten der internationalen Zahlungsbilanzen seiner Mitgliedstaaten wird er nur auf die Bitte des betroffenen Staates hin tätig. Litauen befreite sich aus eigener Kraft aus der Krise, erlegte sich eigenständig Sparprogramme auf und erreichte tatsächlich

einen Aufschwung, und das ohne die finanzielle und wirtschaftspolitische Unterstützung des IWF. Der Vorteil hierbei ist das Vertrauen des eigenen Landes, nachdem man sich selbst aus der Schlinge befreien konnte und keine Spardiktate durch den IWF auferlegt bekam, sondern eigens kreierte Sparmaßnahmen vollziehen konnte.

Zusammenfassend aus der gesamten Arbeit kann man sagen, dass der IWF eine bedeutende Rolle in der Finanzkrise gespielt hat und auch in Zukunft spielen wird, ebenso wie in Staatshaushaltskrisen. Doch sein Agieren ist begrenzt, er ist und bleibt eine Sonderorganisation, die keinen Einfluss auf alle wichtigen Aspekte besitzt. Einen Einfluss auf die Geldpolitik wie die EZB oder ein unbegrenztes Kreditvolumen gehören nicht zu seinen Machtbereichen. Somit ist er auch nicht als primärer Krisenbewältiger anzusehen, sondern vielmehr als unterstützende Organisation im Zusammenspiel mit anderen Organisationen, wie denen, die in Kapitel 4 beschrieben wurden. Verzichtbar wäre er in Krisensituationen keinesfalls, da ihm schon einzig durch seine umfangreichen Analysemöglichkeiten der makroökonomischen Gegebenheiten, seinen zahlreichen Ökonomischen Experten und jahrzehntelanger Erfahrung sowie seiner internationale Ausrichtung eine wichtige Rolle in Finanzkrisen zugeschrieben werden kann.

Anhang

Anhang 1: Griechenland: Ausgewählte ökonomische Indikatoren, 2009-13

	2009	2010	2011	2012	2013	
				Prog.	Est. Proj.	
	(Percentage change, unless otherwise indicated)					
Domestic economy						
Real GDP	-3.1	-4.9	-7.1	-6.0	-6.4	-4.2
Output gap (percent of pot. output)	7.3	3.3	-2.6	-7.3	-7.7	-10.6
Total domestic demand	-5.5	-7.0	-8.7	-8.7	-10.4	-5.6
Private consumption	-1.6	-6.2	-7.7	-7.7	-9.1	-6.9
Public consumption	4.9	-8.7	-5.2	-6.2	-4.2	-4.0
Gross fixed capital formation	-13.7	-15.0	-19.6	-14.4	-19.2	-4.0
Change in stocks (contribution)	-1.2	0.7	-0.4	0.4	0.0	0.4
Foreign balance (contribution)	3.0	3.0	2.4	3.3	3.7	2.6
Exports of goods and services	-19.4	5.2	0.3	-1.2	-2.4	3.0
Imports of goods and services	-20.2	-6.2	-7.3	-11.5	-13.8	-6.4
Unemployment rate (percent) 1/	9.4	12.5	17.5	24.4	24.2	27.0
Employment 1/	-1.0	-2.7	-6.6	-9.2	-8.2	-3.7
Unit labor costs	4.2	-1.1	-3.9	-8.1	-6.1	-6.5
Consumer prices (national definition), period avg. 1.2		4.7	3.3	1.2	1.5	-0.8
Consumer prices (HICP), period average	1.3	4.7	3.1	...	1.0	...
Core prices, period average 2/	2.3	2.6	1.1	...	-0.3	...
GDP deflator	2.3	1.1	1.0	-0.5	-0.8	-1.1
	(Percent of GDP, unless otherwise indicated)					
Balance of payments						
Current account	-11.2	-10.1	-9.9	-4.2	-3.4	-0.8
Structural current account balance	-7.0	-8.3	-10.9	...	-5.4	-4.9
Trade balance	-7.8	-6.8	-6.0	-2.5	-2.5	-0.2
Export of goods and services	18.3	20.5	23.4	25.3	25.4	27.4

Imports of goods and services	-26.2	-27.3	-29.5	-27.8	-27.9	-27.6
Total transfers	0.6	0.1	0.3	0.3	0.7	1.8
Net income receipts	-3.9	-3.5	-4.1	-2.0	-1.6	-2.5
Net international investment position	-86.4	-98.4	-86.1	-94.2	-114.1	-118.9
Public finances (general government)						
Total revenues	38.3	40.6	42.4	43.6	44.1	44.3
Total expenditures	54.0	51.4	52.0	50.3	50.4	48.4
Primary expenditures	48.8	45.5	44.8	45.1	45.4	44.3
Overall balance	-15.6	-10.8	-9.6	-6.7	-6.3	-4.1
Primary balance	-10.5	-4.9	-2.4	-1.5	-1.3	0.0
Cyclically-adjusted primary balance	-13.0	-6.1	-1.3	...	2.2	5.0
Gross debt	130	148	170	158	157	176
Interest rates and credit						
Lending interest rate (percent) ^{3/}	5.1	6.1	6.8	...	5.8	6.4
Private credit growth (percent change) ^{4/}	4.2	0.0	-3.1	-7.2	-4.0	-6.5
Exchange rates, end-period (percent change) ^{3/}						
Nominal effective exchange rate	0.4	-3.7	0.0	...	-0.5	0.1
Real effective exchange rate (CPI-based)	1.7	-1.2	-0.7	...	-1.9	-2.1
Real effective exchange rate (man. ULC-based)	1.1	0.8	-6.1	...	-8.4	-8.4
Memorandum items:						
Nominal GDP (billions of euros)	231	222	209	195	194	183
Nominal GDP (percent change)	-0.9	-3.9	-6.1	-6.5	-7.1	-5.3

1/ Based on Labor Force Survey.

2/ Core prices exclude energy, food, alcohol, and tobacco.

3/ Data for 2013 as of March.

4/ Includes securitized or otherwise transferred loans from 2010 onward.

Anlage 2: Basis der Abbildung 4

	Leitzins	Ø	Δ
1. Januar 1999	3,00%	2,79%	
9. April 1999	2,50%	2,79%	
5. November 1999	3,00%	2,79%	
4. Februar 2000	3,25%	2,79%	
17. März 2000	3,50%	2,79%	
28. April 2000	3,75%	2,79%	
28. Juni 2000	4,25%	2,79%	
1. September 2000	4,50%	2,79%	
6. Oktober 2000	4,70%	2,79%	
11. Mai 2001	4,50%	2,79%	
31. August 2001	4,25%	2,79%	
18. September 2001	3,75%	2,79%	
19. November 2001	3,25%	2,79%	
6. Dezember 2002	2,75%	2,79%	
7. März 2003	2,50%	2,79%	
6. Juni 2003	2,00%	2,79%	
6. Dezember 2005	2,25%	2,79%	
8. März 2006	2,50%	2,79%	
15. Juni 2006	2,75%	2,79%	
9. August 2006	3,00%	2,79%	
11. Oktober 2006	3,25%	2,79%	
13. Dezember 2006	3,50%	2,79%	
14. März 2007	3,75%	2,79%	
13. Juni 2007	4,00%	2,79%	
9. Juli 2008	4,25%	2,79%	
8. Oktober 2008	3,75%	2,79%	0,50%
12. November 2008	3,25%	2,79%	0,50%
10. Dezember 2008	2,50%	2,79%	0,75%
21. Januar 2009	2,00%	2,79%	0,50%
11. März 2009	1,50%	2,79%	0,50%
8. April 2009	1,25%	2,79%	0,25%
13. Mai 2009	1,00%	2,79%	0,25%
13. April 2011	1,25%	2,79%	-0,25%
13. Juli 2011	1,50%	2,79%	-0,25%
9. November 2011	1,25%	2,79%	0,25%
14. Dezember 2011	1,00%	2,79%	0,25%
11. Juli 2012	0,75%	2,79%	0,25%
8. Mai 2013	0,50%	2,79%	0,25%

Anlage 3: Basis der Abbildung 5

	BIP in Mrd. EUR	Verschuldung in Mrd. EUR	Verschuldung in % vom BIP
2003	172	168	97,45%
2004	185	183	98,86%
2005	193	195	101,19%
2006	209	224	107,47%
2007	223	239	107,26%
2008	233	262	112,49%
2009	231	299	129,26%
2010	222	329	147,91%
2011	209	356	170,26%
2012	194	307	158,55%
2013	183	329	179,47%

Anhang 4: Basis der Abbildung 6

Jahr	ALQ
2003	9,71%
2004	10,49%
2005	9,89%
2006	8,89%
2007	8,29%
2008	7,68%
2009	9,41%
2010	12,53%
2011	17,47%
2012	24,24%
2013	26,99%

Literaturverzeichnis

1. Internetquellen

ARD: Kernkapitalquote.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://boerse.ard.de/boersenwissen/boersenlexikon/kernkapitalquote-100.html>.

Zugriffsdatum: 24.07.2013.

Arte Journal: Chronologie der griechischen Krise.

Aktualisierungsdatum: 16.09.2011.

<http://www.arte.tv/de/chronologie-der-griechischen-krise/3070230,CmC=3070054.html>.

Zugriffsdatum: 27.06.2013.

Bloomberg: Greece outlines conditions of EU-IMF Package.

Aktualisierungsdatum: 02.05.2010.

<http://www.bloomberg.com/news/2010-05-02/greece-to-cut-spending-raise-taxes-as-part-of-eu-imf-package-summary.html>.

Zugriffsdatum: 28.06.2013.

Bundesfinanzministerium: Zehnergruppe (G10).

Aktualisierungsdatum: 01.03.2007.

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Informelle_Gremien_der_Zusammenarbeit/g10-zehnergruppe-1783.html.

Zugriffsdatum: 14.05.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung: Die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten.

Aktualisierungsdatum: 20.01.2012.

<http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55766/subprime-krise?p=all>.

Zugriffsdatum: 27.05.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung: EU-Gipfel: Griechenland und "Europa 2020".

Aktualisierungsdatum: 26.03.2010.

<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69141/griechenland-und-europa-2020-26-03-2010>.

Zugriffsdatum: 27.06.2013.

Cicero: Wie aus der Finanz- eine Schuldenkrise gemacht wurde.

Aktualisierungsdatum: 12.05.2002.

<http://www.cicero.de/kapital/wie-aus-der-finanz-eine-schuldenkrise-gemacht-wurde/49258>.

Zugriffsdatum: 31.05.2013.

- Clemens Schömann-Finck: Die Industriestaaten rüsten sich zum Währungskrieg.
Aktualisierungsdatum: 22.01.2013.
http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/tid-29152/geldflut-der-notenbanken-die-industriestaaten-rueten-sich-zum-waehrungskrieg_aid_903324.html.
Zugriffsdatum: 04.05.2013.
- David D. Driscoll: The IMF and the Worldbank - How do they differ.
Aktualisierungsdatum: August 2013.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/exrp/differ/differ.htm>.
Zugriffsdatum: 27.05.2013.
- Department of Finance Canada: Membership and Governance Structure.
Aktualisierungsdatum: 31.03.2009.
http://www.fin.gc.ca/bretwood/bretwd08_1-eng.asp.
Zugriffsdatum: 24.07.2013.
- Deutschlandradio: Troika irgendwann nur noch Duo.
Aktualisierungsdatum: 04.06.2013.
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wirtschaftundgesellschaft/2143812/>.
Zugriffsdatum: 23.06.2013.
- Die Tageszeitung: Hochgerüstet in die Pleite.
Aktualisierungsdatum: 08.09.2010.
<http://www.taz.de/!58063/>.
Zugriffsdatum: 22.06.2013.
- Die Welt (Zählung, 2010): Das kleine Griechenland hat 768.000 Beamte.
Aktualisierungsdatum: .
<http://www.welt.de/reise/article8729748/Das-kleine-Griechenland-hat-768-000-Beamte.html>.
Zugriffsdatum: 20.06.2013.
- Die Welt: Finanzkrise soll 2008 noch dramatischer werden.
Aktualisierungsdatum: 12.09.2006.
<http://www.welt.de/finanzen/article1209660/Finanzkrise-soll-2008-noch-dramatischer-werden.html>.
Zugriffsdatum: 31.05.2013.
- Europäische Kommission: Was tun wir.
Aktualisierungsdatum: 11.07.2013.
http://ec.europa.eu/about/index_de.htm.
Zugriffsdatum: 23.06.2013.
- Focus Money Online: Die fatalen Folgen der Euro-Einführung.
Aktualisierungsdatum: 28.03.2011.
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/schuldenkrise-die-fatalen-folgen-der-euro-einfuehrung_aid_612834.html.
Zugriffsdatum: 23.06.2013.

- Focus Online Money: Beteiligung an Athener Schuldenschnitt bei 85,5 Prozent.
Aktualisierungsdatum: 09.03.2012.
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/griechische-regierung-beteiligung-an-athener-schuldenschnitt-bei-85-8-prozent-_aid_722157.html.
Zugriffsdatum: 06.07.2013.
- Focus Online Money: Bundesregierung stellt sich vor die EZB.
Aktualisierungsdatum: 25.01.2012.
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/schuldenschnitt-fuer-griechenland-bundesregierung-stellt-sich-vor-die-ezb_aid_706746.html.
Zugriffsdatum: 06.07.2013.
- Focus Online Money: Die bittere Bilanz der Krise.
Aktualisierungsdatum: 02.12.2009.
http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/insolvenzen-die-bittere-bilanz-der-krise_aid_459307.html.
Zugriffsdatum: 15.06.2013.
- Focus Online Money: EZB senkt Leitzins auf Rekordtief von 0,5 Prozent.
Aktualisierungsdatum: 02.05.2013.
http://www.focus.de/finanzen/news/erste-senkung-seit-zehn-monaten-ezb-senkt-leitzins-auf-rekordtief-von-0-5-prozent_aid_978293.html.
Zugriffsdatum: 22.06.2013.
- Focus Online: Kommt bald der zweite Griechen-Schuldenschnitt.
Aktualisierungsdatum: 09.06.2013.
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/euro-retter-im-clinch-kommt-bald-der-zweite-griechen-schuldenschnitt_aid_1008786.html.
Zugriffsdatum: 24.07.2013.
- Focus Online: Wo die Regierung Geld verschwendet.
Aktualisierungsdatum: 29.04.2010.
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/griechenland-wo-die-regierung-geld-verschwendet_aid_503393.html.
Zugriffsdatum: 15.06.2013.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Finanzkrise trifft zunehmend Unternehmen.
Aktualisierungsdatum: 07.10.2008.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/produktion-auf-sparflamme-finanzkrise-trifft-zunehmend-die-unternehmen-1715609.html>.
Zugriffsdatum: 15.06.2013.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: IWF schätzt Verluste auf 4 Billionen Dollar.
Aktualisierungsdatum: 21.04.2009.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/finanzkrise-iwf-schaetzt-verluste-auf-4-billionen-dollar-1784272.html>.
Zugriffsdatum: 31.05.2013.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Währungsfonds befürchtet Turbulenzen am Finanzmarkt.

Aktualisierungsdatum: 12.09.2006.

<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/iwf-halbjahresbericht-waehrungsfonds-befuerchtet-turbulenzen-am-finanzmarkt-1355605.html>.

Zugriffsdatum: 31.05.2013.

Handelsblatt: Bargeld lacht - aber nicht mehr in Griechenland.

Aktualisierungsdatum: Februar 2013.

<http://blog.handelsblatt.com/global-reporting/2011/02/11/bargeld-lacht-aber-nicht-mehr-in-griechenland>.

Zugriffsdatum: 23.06.2013.

Handelsblatt: Griechischer Mindestlohn soll drastisch sinken.

Aktualisierungsdatum: 08.02.2012.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/offene-fragen-griechischer-mindestlohn-soll-drastisch-sinken/6187706.html>.

Zugriffsdatum: 01.07.2013.

Handelsblatt: IKB bringt den Stein ins Rollen.

Aktualisierungsdatum: 29.07.2008.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/ein-jahr-finanzkrise-ikb-bringt-den-stein-ins-rollen/2995880.html>.

Zugriffsdatum: 31.05.2013.

Handelsblatt: Nachwehen bis in die heutige Zeit.

Aktualisierungsdatum: 04.05.2010.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/asienkrise-1997-nachwehen-bis-in-die-heutige-zeit/3427028.html>.

Zugriffsdatum: 24.07.2013.

International Monetary Fund: IMF Member's Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors.

Aktualisierungsdatum: 14.05.2013.

<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>.

Zugriffsdatum: 16.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Member's Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors.

Aktualisierungsdatum: 04.05.2013.

<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>.

Zugriffsdatum: 05.05.2013.

International Monetary Fund: A Guide to Committees, Groups, and Clubs.

Aktualisierungsdatum: 04.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/groups.htm>.

Zugriffsdatum: 15.05.2013.

International Monetary Fund: Die Kreditvergabe des IWF.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/howlendd.htm>,

Zugriffsdatum: 19.05.2013.

International Monetary Fund: Erholung von der Asienkrise und die Rolle des IWF.

Aktualisierungsdatum: Juni 2000.

<http://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/deu/062300g.htm#chart7>.

Zugriffsdatum: 27.06.2013.

International Monetary Fund: Gold in the IMF.

Aktualisierungsdatum: 31.03.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/gold.htm>.

Zugriffsdatum: 20.05.2013.

International Monetary Fund: Greece: Ex post evaluation access under the 2010 Stand-By Arrangement.

Aktualisierungsdatum: Juni 2013.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13156.pdf>.

Zugriffsdatum: 24.07.2013.

International Monetary Fund: Greece: Selected Economic Indicators, 2009-13.

Aktualisierungsdatum: 05.06.2013.

<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1364.htm>.

Zugriffsdatum: 25.07.2013.

International Monetary Fund: IMF Board Approves €28 Billion Loan for Greece.

Aktualisierungsdatum: 15.03.2012.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/car031512b.htm>.

Zugriffsdatum: 01.07.2013.

International Monetary Fund: IMF Executive Directors and Voting Power.

Aktualisierungsdatum: 13.05.2013.

<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/eds.aspx>.

Zugriffsdatum: 14.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Executive Directors and Voting Power.

Aktualisierungsdatum: 05.05.2013.

<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/eds.aspx>.

Zugriffsdatum: 05.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Extended Credit Facility.

Aktualisierungsdatum: 11.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/ecf.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Lending.

Aktualisierungsdatum: 02.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/howlend.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Overhauls Nonconcessional Lending Facilities and Conditionality.

Aktualisierungsdatum: 03.04.2009.

<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2009/pn0940.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Rapid Credit Facility.

Aktualisierungsdatum: 11.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rcf.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Stand-By Arrangement.

Aktualisierungsdatum: 30.03.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sba.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Standby Credit Facility.

Aktualisierungsdatum: 11.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/scf.htm>.

Zugriffsdatum: 28.05.2013.

International Monetary Fund: IMF Standing Borrowing Arrangements.

Aktualisierungsdatum: 11.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/gabnab.htm>.

Zugriffsdatum: 10.05.2013.

International Monetary Fund: Management.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://www.imf.org/external/about/mgmt.htm>.

Zugriffsdatum: 14.05.2013.

International Monetary Fund: SDR Valuation.

Aktualisierungsdatum: 03.05.2013.

http://www.imf.org/external/np/fin/data/rms_sdrv.aspx.

Zugriffsdatum: 03.05.2013.

International Monetary Fund: Special Drawing Rights (SDRs).

Aktualisierungsdatum: 10.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm>.

Zugriffsdatum: 15.05.2013.

International Monetary Fund: The IMF's Flexible Credit Line (FCL).

Aktualisierungsdatum: 03.04.2012.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/fcl.htm>.

Zugriffsdatum: 29.05.2013.

International Monetary Fund: The IMF's Precautionary and Liquidity Line (PLL).

Aktualisierungsdatum: 03.04.2013.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/pll.htm>.

Zugriffsdatum: 29.05.2013.

International Monetary Fund: Where the IMF gets its money.

Aktualisierungsdatum: 12.04.2008.

<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/finfac.htm>.

Zugriffsdatum: 20.05.2013.

International Monetary Fund: World Economic Outlook Update.

Aktualisierungsdatum: 09.07.2013.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/02/>.

Zugriffsdatum: 03.06.2013.

Landezentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Das erste Hilfspaket für Griechenland.

Aktualisierungsdatum: o.J.

http://www.lpb-bw.de/1_hilfspaket_griechenland.html.

Zugriffsdatum: 29.06.2013.

Martin Morcinek: Das Spiel mit der Sonderziehung.

Aktualisierungsdatum: 07.11.2011.

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Das-Spiel-mit-der-Sonderziehung-article4705291.html>.

Zugriffsdatum: 10.05.2013.

Maureen Burke/International Monetary Fund: IMF Income Model has five key elements.

Aktualisierungsdatum: 08.04.2008.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/NUM040808A.htm>.

Zugriffsdatum: 20.05.2013.

New York Times: Lehman files for bankruptcy; Merrill Lynch is sold.

Aktualisierungsdatum: 14.09.2008.

http://www.nytimes.com/2008/09/15/business/15lehman.html?pagewanted=all&_r=0.

Zugriffsdatum: 28.07.2013.

Schweizerische Nationalbank: Zentralbanken verlängern Swap-Abkommen bis Februar 2014.

Aktualisierungsdatum: 13.12.2012.

http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre_20121213_2/source/pre_20121213_2.de.pdf.

Zugriffsdatum: 15.06.2013.

Spiegel Online: Bankenkrise: Lehman Brothers macht fast vier Milliarden Dollar Verlust.

Aktualisierungsdatum: 10.09.2008.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/bankenfiasko-lehman-brothers-macht-fast-vier-Mrd.-dollar-verlust-a-577446.html>.

Zugriffsdatum: 30.05.2013.

Spiegel Online: Finanz-Crash: Lehman Brothers kaschierte Pleitegefahr mit Bilanztricks.

Aktualisierungsdatum: 12.03.2010.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/finanz-crash-lehman-brothers-kaschierte-pleitegefahr-mit-bilanztricks-a-683136.html>.

Zugriffsdatum: 30.05.2013.

Spiegel Online: Finanzkrise: Goldman Sachs und Morgan Stanley werden normale Geschäftsbanken.

Aktualisierungsdatum: 22.09.2008.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/finanzkrise-goldman-sachs-und-morgan-stanley-werden-normale-geschaeftsbanken-a-579553.html>.

Zugriffsdatum: 31.05.2013.

Spiegel Online: Parlamentswahl: Griechische Sozialisten feiern ihren Sieg.

Aktualisierungsdatum: 04.10.2009.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/parlamentswahl-griechische-sozialisten-feiern-ihren-sieg-a-653155.html>.

Zugriffsdatum: 16.06.2013.

Spiegel Online: Transparency beklagt Korruptionsboom in Griechenland.

Aktualisierungsdatum: 02.03.2010.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wirtschaftskrise-transparency-beklagt-korruptionsboom-in-griechenland-a-681123.html>.

Zugriffsdatum: 23.06.2013.

Springer Gabler Verlag: Sparparadoxon.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/sparparadoxon.html>.

Zugriffsdatum: 25.07.2013.

Springer Gabler Verlag: Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55470/stabilitaets-und-wachstumsgesetz-stwg-v8.html>.

Zugriffsdatum: 25.07.2013.

Statista: Entwicklung des Zinssatzes der europäischen Zentralbank für das Hauptrefinanzierungsgeschäft in den Jahren 1999 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: Mai 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaeft-seit-1999>.

Zugriffsdatum: 22.06.2013.

Statista: Griechenland - Gemeldetes und tatsächliches Haushaltsdefizit von Griechenland von 1997 bis 2009 (in Prozent des BIP).

Aktualisierungsdatum: Mai 2011.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/185917/umfrage/gemeldetes-und-tatsaechliches-haushaltsdefizit-von-griechenland/>.

Zugriffsdatum: 16.06.2013.

Statista: Griechenland: Anzahl der Erwerbstätigen von 2003 bis 2013 in Relation zum BIP.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/204350/umfrage/erwerbstaetige-in-griechenland>.

Zugriffsdatum: 20.06.2013.

Statista: Griechenland: Arbeitslosenquote von 2003 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland>.

Zugriffsdatum: 25.07.2013.

Statista: Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 in Relation zum BIP.

Aktualisierungsdatum: .

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip>.

Zugriffsdatum: 20.06.2013.

Statista: Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland>.

Zugriffsdatum: 20.06.2013.

Statista: Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland>.

Zugriffsdatum: 23.06.2013.

Statista: Griechenland: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14538/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-griechenland>.

Zugriffsdatum: 28.06.2013.

Statista: Griechenland: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013.

Aktualisierungsdatum: April 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14538/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-griechenland>.

Zugriffsdatum: 25.07.2013.

Statista: Umfang der Schattenwirtschaft in Deutschland in Prozent des BIP von 1995 bis 2012 und Prognose für 2013.

Aktualisierungsdatum: Februar 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/253682/umfrage/schattenwirtschaft-in-deutschland-in-prozent-des-bip>.

Zugriffsdatum: 23.06.2013.

Statistisches Bundesamt: Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950.

Aktualisierungsdatum: 19.07.2013.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/Tabellen/GesamtentwicklungAussenhandel.pdf?__blob=publicationFile.

Zugriffsdatum: 20.07.2013.

Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Aktualisierungsdatum: o.J.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/vgr111.html>.

Zugriffsdatum: 31.05.2013.

Stormy Mildner: Die Geschichte von Bretton Woods

Aktualisierungsdatum: o.J.

<http://www.omnia-verlag.de/weltimwandel/php/start.php?flag=popup&id=1628&bc=-1606-1619-1628>.

Zugriffsdatum: 10.05.2013.

Tagesschau: Anzeichen für die Krise gab es schon lange.

Aktualisierungsdatum: 03.03.2010.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenlandsteuerhinterziehung100.html>.

Zugriffsdatum: 23.06.2013.

Tagesschau: Das Ende der US-Investmentbanken.

Aktualisierungsdatum: 21.11.2008.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise104.html>.

Zugriffsdatum: 30.05.2013.

Tagesschau: Der Geldfluss in die Krisenstaaten.

Aktualisierungsdatum: 13.12.2012.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete106.html>.

Zugriffsdatum: 27.06.2013.

Tagesschau: Der Geldfluss in die Krisenstaaten.

Aktualisierungsdatum: 23.05.2013.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete108.html>,

Zugriffsdatum: 01.07.2013.

Tagesschau: Gipfel beschließt Beteiligung der Banken.

Aktualisierungsdatum: 22.07.2011.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eurokrise134.html>.

Zugriffsdatum: 27.06.2013.

Tagesschau: Griechenland bittet um Finanzspritze.

Aktualisierungsdatum: 23.04.2010.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland512.html>.

Zugriffsdatum: 28.06.2013.

- Tagesschau: Griechisches Defizit höher als befürchtet.
Aktualisierungsdatum: 26.04.2011.
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland1040.html>.
Zugriffsdatum: 28.06.2013.
- Tagesschau: Papandreou bringt Sparpläne durch.
Aktualisierungsdatum: 29.06.2011.
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland1322.html>.
Zugriffsdatum: 27.06.2013.
- Tagesschau: Sparen an allen Ecken und Enden.
Aktualisierungsdatum: 20.02.2012.
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/sparmassnahmen102.html>.
Zugriffsdatum: 03.07.2013.
- Tagesschau: Wirtschaft am Peloponnes schrumpft.
Aktualisierungsdatum: 08.09.2010.
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland908.html>.
Zugriffsdatum: 28.06.2013.
- The World Bank: Member Countries.
Aktualisierungsdatum: 19.01.2012.
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/0,,contentMDK:22427666~menuPK:8336899~pagePK:51123644~piPK:329829~theSitePK:29708,00.html>.
Zugriffsdatum: 27.05.2013.
- World Trade Organization: Understanding the WTO, who we are.
Aktualisierungsdatum: 2013.
http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/who_we_are_e.htm.
Zugriffsdatum: 27.05.2013.
- Zeit Online: Abkehr von Fakelaki.
Aktualisierungsdatum: 06.05.2010.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/griechenland-korruption-schwarzarbeit>.
Zugriffsdatum: 23.06.2013.
- Zeit Online: IWF halbiert Wachstumsprognose für Deutschland.
Aktualisierungsdatum: 03.06.2013.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-06/iwf-wachstumsprognose-deutschland>.
Zugriffsdatum: 29.05.2013.
- Zeit Online: Zentralbanken greifen gemeinsam in Geldmarkt ein.
Aktualisierungsdatum: 30.11.2011.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-11/zentralbanken-geldmarkt-aktion>.
Zugriffsdatum: 15.06.2013.

2. Bücher und Handbücher

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.14.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.14.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.15.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.167.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.17 f.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.18 f.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.19.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.22 f.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.22.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.23.

Deutsche Bundesbank, Weltweite Organisationen, 2003, S.32.

Diana Jasiczek, Sonderziehungsrechte und ihre zukünftige Bedeutung, 2009, S. 5.

European Commission, Taxation trends in the European Union, 2009, S.66.

European Commission, Taxation trends in the European Union, 2009, S.326.

Freistein/Leininger, Handbuch internationale Organisationen, 2012, S. 146.

International Monetary Fund, International Monetary Fund Handbook,
2007, S.1 f.

International Monetary Fund, International Monetary Fund Handbook,
2007, S.1. (Übersetzung: Maila Heck)

Katja Freistein/Julia Leininger, Handbuch internationale Organisationen,
2012, S. 145.

Markus Wackerbeck, Der Internationale Währungsfonds als Akteur
internationaler Währungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der
Asienkrise 1997/1998, 2004, S. 73-75.

Norbert Wimmer/Thomas Müller, Wirtschaftsrecht, 2007, S. 45.

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Stadtprozelten, den 29.07.2013



Maila Heck